

DIE RUSSISCHE REVOLUTION 1917 UND DIE LINKE AUF DEM WEG IN DAS 21. JAHRHUNDERT



**DIE RUSSISCHE REVOLUTION
1917 UND DIE LINKE AUF DEM
WEG IN DAS 21. JAHRHUNDERT**

**Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages
der Russischen Revolution am 8. November 1997**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 1998

**Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
herausgegeben von
Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz**

ISBN 3-932725-70-0

**© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 1998
Sternwartenstr. 31
D-04103 Leipzig**

**Redaktion: Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz
Titelillustration: Wladimir Majakowski: »Genossen! Dornig ist der Weg zur Kommun'!«
Detail aus dem ROSTAFENSTER Nr. 409 (Oktober 1920). In: Wiktor Duwakin:
ROSTAFENSTER. Majakowski als Dichter und bildender Künstler. Dresden 1975. S. 110.
Korrektur: Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz
Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN-Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz**

Inhalt

Editorial	5
I: Die Russische Revolution als historisches Ereignis	7
Helga Watzin-Heerdegen: Gab es eine Alternative zum bolschewistischen Aufstand im Oktober 1917?	7
Wladislaw Hedeler: »Die Wache ist müde ...«: Das Auftreten der Bolschewiki in der Konstituierenden Versammlung	14
II: Theoretische Reflexionen	23
Ernstgert Kalbe: Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung in Osteuropa. Nachdenken über die Oktoberrevolution	23
Monika Runge: Die Oktoberrevolution und ihr Weg in die Sackgasse	35
Manfred Weißbecker: Das gescheiterte Parteikonzept und der Weg »linker« Parteien ins 21. Jahrhundert	41
Wolfgang Geier: Das Ende der Alternative. Vom VII. Weltkongreß der Komintern 1935 bis zu den Schauprozessen 1948–1952	49
Sarkis Latchinian: Die Idee der Revolution ist unvergänglich	67
III: Die historisch-politische Rezeption	73
Klaus Kinner: 7. und 9. November: Der deutsche Kommunismus und die Russische Revolution	73
Volker Caysa: Der andere Bloch – Bloch contra Lenin. Blochs »Vademecum für heutige Demokraten« und die Russische Revolution 1917	82
Jürgen Schlimper: »Es ist eine Umwälzung von ungeheuren Dimensionen.« Die sozialdemokratische »Leipziger Volkszeitung« über die Russische Revolution (1917–1933)	93

4 Inhalt

IV: Die künstlerische Rezeption	123
Nyota Thun: Erwartungen der Kunst-Linken: die absolute Freiheit der Kunst Oder Legenden und Realität	123
Willi Beitz: Literarische Lektüre als vergegenwärtigte Revolutionsgeschichte. Schlüsselkapitel aus Scholochows Romanepos »Der stille Don« rekapituliert	130
Gerhard Wappler: Auswirkungen der Oktoberrevolution auf das sowjetische Musikschaffen	136
Zu den Autoren dieses Heftes	147
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen	151

Editorial

Aus Anlaß des 80. Jahrestages der Oktoberrevolution fand am 8. November 1997 in Leipzig ein Kolloquium statt, das vom PDS-Landesvorstand Sachsen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. veranstaltet wurde. Das Thema des Kolloquiums, »Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert«, gab der Debatte eine Richtung vor, bei der auf der Grundlage aktueller Forschungsergebnisse vor allem um eine Positionsbestimmung zu diesem Epochenereignis gerungen wurde. Immerhin wurde 1997 erstmals an einem großen Jubiläum der Oktoberrevolution nach ihrem späteren, endgültigen Scheitern gedacht. Der Umgang mit der Russischen Revolution, mit dem Mythos von der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« wie mit der Realhistorie, erwies sich wiederum als Frage von existentieller Bedeutung für das Selbstverständnis sich als »links« definierender politischer Kräfte.

Zu folgenden thematischen Schwerpunkten entwickelte sich eine lebhaft und zum Teil auch kontroverse Diskussion: Die Russische Revolution – Früh- oder Fehlgeburt?; Russische Revolution und Modernisierungskonzeptionen; Putsch oder Revolution? Der bolschewistische Parteityp und die »Machbarkeit« von Revolutionen; Komintern, Kominform: Das Scheitern des kommunistischen Parteityps im Gefolge der Oktoberrevolution; Das Demokratiedefizit – Geburtsfehler der Russischen Revolution; russischer Oktober und deutscher November; Weltwirkungen der Russischen Revolution; Der Stalinismus – Konsequenz oder Verrat der Revolution?; Der »Mythos Oktoberrevolution« und die »Linke« heute. Selbstverständlich konnten nicht alle aufgeworfenen Fragen auch beantwortet werden, und erst recht nicht abschließend, denn Geschichte ist ein ergebnisoffener Prozeß, bei dem sich der Platz wichtiger Ereignisse für den Betrachter bei jeder neuen Wende ändert.

Der hiermit vorliegende Protokollband kann nur eine Auswahl der auf diesem Kolloquium gehaltenen Beiträge publizieren, die wir zur besseren Übersichtlichkeit in vier Problemkreise – die Russische Revolution als historisches Ereignis, theoretische Reflexionen, die historisch-politische, und die künstlerische Rezeption – eingeordnet haben.

Die Herausgeber

I

HELGA WATZIN-HEERDEGEN

Gab es 1917 in Rußland eine Alternative zum bolschewistischen Aufstand?

Sowohl Zeitgenossen als auch die Mehrzahl der Historiker sind sich darüber einig, daß die Februarrevolution in Rußland mit Urgewalt losbrach. Schon im Vorfeld des Ersten Weltkrieges hatte das schwere Schicksal der Menschen in Stadt und Land des riesigen Zarenreiches zu erheblichen Unruhen geführt. 1914, unmittelbar vor dem Ausbruch des großen Völkermordens, war eine revolutionäre Situation entstanden. Der Beginn des Krieges und die damit verbundene Welle der patriotischen Vaterlandsverteidigung rettete die Monarchie für eine Galgenfrist. Aber unter der Decke schwelte der Brand weiter.

Schon bald gab es neue Unruhen und Streiks. Bereits 1916 nahmen mehr Menschen an Streiks mit klaren politischen Forderungen teil als im Revolutionsjahr 1905.

Die Demonstranten des Februar 1917 nahmen schnell die Losungen der besiegten Revolution von 1905 wieder auf; wenige Tage nach dem Meeting zum Internationalen Frauentag erschien auf den Straßen die Forderung »Nieder mit dem Zaren!«, »Nieder mit dem Krieg!«

Nach dem schnellen Sieg im Februar wurde oft die Frage gestellt, wer eigentlich die führende Kraft in jenen historischen Tagen war.

Pawel Miljukow erhob diesen Anspruch für die Duma, d. h. vor allem für die Partei der Kadetten. »Die Einmischung der Duma gab der Straßen- und Militärbewegung ein Zentrum, gab ihr ein Banner und Losungswort und verwandelte dadurch den Aufruhr in eine Revolution.«¹ Allerdings begann seiner Meinung nach die Revolution eigentlich schon Monate vorher, nämlich am 1. November 1916, als derselbe Abgeordnete Miljukow in einer Rede vor der Duma die Frage stellte, wo denn die Ursachen der miserablen Kriegspolitik des Zarenregimes lägen, ob es »Dummheit oder Verrat« sei. Nikolai Suchanow – erst Sozialrevolutionär, dann Menschewik-Internationalist – ein Chronist der russischen Revolution, urteilte dazu: »Die

1 Pawel Miljukow: Geschichte der zweiten russischen Revolution. Wien 1920. S. 45.

Spitzen der Gesellschaft, die die Reichsduma darstellte, strebten nicht zur Revolution. Es war die Revolution, die so oder so zu ihnen kam.«²

Eindeutig ist wohl, daß keine der Parteien, weder bürgerliche noch sozialistische, den Aufstand im herkömmlichen Sinne leitete. »Direktiven aus den Parteizentren waren absolut nicht zu verspüren ...«³ berichtete ein bolschewistischer Zeitzeuge. Aber Verzweiflung und Erbitterung über die Notlage der Menschen allein reichte für diesen Ausbruch nicht aus. Zweifellos sprachen die historischen Erfahrungen aus den Jahren der ersten russischen Revolution ein gewichtiges Wort mit: die schnelle Herausbildung von Deputiertensowjets, die 1905 – zunächst als Streikorgane entstanden – Schritt für Schritt weitere Funktionen übernehmen mußten und übernahmen; eine direkte Lehre aus jenen Jahren bestand auch in der sofortigen Einbeziehung von Soldaten in die Sowjets (wenn das auch bei deren schnell steigenden Zahlen – z. B. in Petrograd – bald auch Probleme der realen Vertretung aufwarf).

In den vergangenen Jahrzehnten stellten Historiker der UdSSR und der DDR stets die bolschewistische Partei in den Mittelpunkt der Betrachtungen, die spontanen Elemente der Bewegung blieben dabei – völlig zu Unrecht – weitgehend ausgeklammert. Sie spielten aber im russischen Revolutionsjahr eine große Rolle und bestimmten im Februar/März ebenso wie im Juni und Juli stark den Verlauf der Ereignisse.

Welche Konzepte gab es für die Weiterführung der Revolution?

In seinen Erinnerungen kam Miljukow zu der Schlußfolgerung, daß Lenin einer der wenigen gewesen sei, der bei seiner Rückkehr einen festen Plan hatte.⁴ Die »Aprilthesen« sind als dieser Plan Lenins in die Geschichte eingegangen. Bekannt ist der Schock, den die Rede Lenins dazu am 4. April, dem Tag nach seiner Ankunft, auf einer Konferenz von Vertretern aller sozialdemokratischen Richtungen auslöste. Von einer »Rede im Fieberwahn« berichteten Menschewiki; Suchanow sprach von einer »donnergleichen Rede«. »Die zentralen Parteiinstitutionen«, so Leo Trotzki, »begegneten ihnen (den Thesen) mit Feindseligkeit, die nur durch Faszinoslosigkeit gemildert war.«⁵

2 Nikolaj Suchanow: Tagebuch der russischen Revolution 1917. München 1967. S. 42.

3 Zitiert nach Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Erster Teil. Frankfurt am Main 1982. S. 131.

4 Siehe Pawel Miljukow: Rußlands Zusammenbruch. Berlin, Leipzig 1925. S. 35.

5 Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Erster Teil. Frankfurt am Main 1982. S. 256. – Siehe auch Nikolaj Suchanow: Tagebuch der russischen Revolution 1917. München 1967. S. 287.

Für die Weiterführung der Revolution stand vor allem im Vordergrund, wie sich die politischen Kräfte zum Kriege verhielten, wie sie sich die Lösung der Agrarfrage vorstellten, bzw. in welcher Form der russische Staat in Zukunft existieren sollte.

Im ersten Manifest der Provisorischen Regierung war zur Frage Krieg/Frieden zunächst nichts zu lesen. Als Hauptaufgabe wurde die »Wiederherstellung der Ordnung« bezeichnet. Etwas später wurde das »Selbstverständliche« genannt: die Weiterführung des Krieges und die volle Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten.⁶ (Die Vertreter der Alliierten waren übrigens in diesen Monaten in Petrograd ständig präsent und erfüllten nicht selten die Funktion des Beraters). Kriegsminister Miljukow sah nicht nur die Weiterführung des Krieges »bis zum siegreichen Ende« als seine Aufgabe an, sondern hielt auch in jenen ersten Wochen an seinen annexionistischen Forderungen fest, was ihm zeitweilig auch den Spitznamen »Dardanellen-Miljukow« eintrug.

Im Petrograder Sowjet, der von Menschewiki und Sozialrevolutionären dominiert war, herrschte der Standpunkt vor, solange es keinen Friedensschluß gebe, müsse man an der Position der Vaterlandsverteidigung festhalten. Auch im April gab es noch keine einheitliche Meinung über mögliche Friedensschritte. Pawel Axelrod, Menschewik-Internationalist, mit seiner Meinung eher die Ausnahme, forderte den Verzicht auf Annexionen, während sich der Altmeister der Sozialdemokraten, Georgi Plechanow, zunächst überhaupt nicht zu diesem Thema äußerte, die im Sommer gestartete Offensive aber euphorisch begrüßte.⁷

Auch die Linken hatten zu Beginn der Revolution noch keine klaren Vorstellungen, unter welchen Bedingungen ein Friedensschluß möglich sein könnte. Nach den Worten Trotzki sprachen die Bolschewiki vor dem April 1917 in dieser entscheidenden Frage nicht mit eigener Stimme.⁸ Lenin hatte allerdings bereits am 17. März 1917 formuliert, daß die Provisorische Regierung dem Volk weder Frieden, noch Brot, noch Freiheit geben könne.⁹ Wenig später kritisierte er einen Aufruf Maxim Gorkis, in dem dieser von der Regierung einen baldigen Friedensschluß forderte, mit dem Hin-

6 Siehe Juli Martow: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926. S. 293.

7 Siehe Nikolaj Suchanow: Tagebuch der russischen Revolution 1917. München 1967. S. 251, 260 und 271.

8 Siehe Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Erster Teil. Frankfurt am Main 1982. S. 244.

9 Siehe W. I. Lenin: Thesenentwurf vom 4. (17.) März 1917. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 23. S. 302.

weis, daß der Krieg imperialistisch sei und man von dieser Regierung keinen Frieden erwarten könne. »Die Friedensreden, mit denen man sich an die bürgerliche Regierung wendet, sind in Wirklichkeit Volksbetrug.«¹⁰

Lenin hatte sich unmittelbar nach seiner Rückkehr erneut gegen jedes Zugeständnis an die »revolutionäre Vaterlandsverteidigung« gewandt. Gleichzeitig hielt er eine geduldige Aufklärungsarbeit für notwendig, da viele ehrliche Menschen die Argumente der Vaterlandsverteidiger nicht durchschauten.

Auch als der Sozialrevolutionär Alexandr Kerenski zunächst als Minister, schließlich als Ministerpräsident die Regierung vertrat, änderte sich deren Stellung zum Krieg nicht. Um die noch von Miljukow geplante Offensive zu realisieren, fuhr der Minister höchstpersönlich an die Front, um dort – wie Zeitzeugen berichteten – in flammenden Reden die Soldaten auf den blutigen Kampf vorzubereiten. Für Kerenski war die Offensive zur »Förderung des russischen nationalen Selbstbewußtseins« absolut geboten und sollte außerdem die deutschen Truppen an der Ostfront binden, bis die USA im Westen eingreifen könne. »Um Rußlands Zukunft willen mußte dieser Akt heroischer Selbstaufopferung vollbracht werden.« Kerenski vermerkt außerdem, daß lediglich die Bolschewiki gegen diese Offensive auftraten.¹¹

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Beschlüsse der internationalen Sozialdemokratie zum imperialistischen Krieg (1907, 1912 usw.) bei der Beurteilung der verschiedenen sozialdemokratischen Richtungen Rußlands im Jahre 1917 in der Literatur fast keine Rolle spielen. Sie scheinen vergessen! Was bleibt, ist lediglich die Kritik an der Haltung Lenins.

Wenig Initiative zeigte die Regierung auch im Hinblick auf die Frage der Staatsform. Generell wurde sie auf die Entscheidung einer zu wählenden Konstituierenden Versammlung verschoben. Aber vorerst gab es einen regelrechten Kampf um den Erhalt der Monarchie. Zwar wollte die russische Bourgeoisie stärker an der Macht beteiligt sein als bisher, doch auf das Schutzschild des »Väterchen Zar«, das »gewohnte Symbol der Macht«, wollte sie nicht verzichten. »Die Regierung allein ist ein leckes Boot, das im Ocean der Volksmassen sinken kann.«¹² Als schließlich der Bruder des

10 W. I. Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 4. In: Ebenda. S. 351.

11 Siehe Alexander. F. Kerenski: Erinnerungen. Vom Sturz des Zarentums bis zu Lenins Staatsstreich. Dresden 1928. S. 277.

12 Pawel Miljukow: Die Geschichte der zweiten russischen Revolution. Wien 1920. S. 64.

gestürzten Zaren Nikolai II., Michail, abdankte, würdigte ihn der Sozialrevolutionär Kerenski mit den Worten: »Kaiserliche Hoheit, sie sind ein edler Mensch«, und versprach, diese Erkenntnis überall zu verbreiten.¹³

Neben der Provisorischen Regierung gab es in Petrograd – wie auch in vielen anderen Städten – den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Doppelherrschaft war eine Realität. Während sich die Regierung immer wieder über ihre dadurch eingeschränkte Macht beklagte, machte die Führung des Petrograder Sowjets deutlich, daß sie die Macht nicht haben wolle.¹⁴ Die Begründung: die Revolution sei eine bürgerliche, und die Sozialisten dürften sich durch die Machtergreifung nicht kompromittieren. Die Untätigkeit der Regierungsorgane in bestimmten Bereichen der Stadtverwaltung (Versorgung der Bevölkerung, Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben, Achtstundentag) ließ dem Sowjet aber ständig Macht zuwachsen. Seine Führung gewann an Gewicht. Eine herausragende Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang der Befehl Nr. 1 vom 1. März 1917, spontan von revolutionären Soldaten formuliert, vom Sowjet beschlossen, der direkt in die militärische Leitung eingriff und faktisch Armee und Flotte dem Petrograder Sowjet unterstellte.¹⁵ Während die Regierung die Existenz der Doppelherrschaft immer wieder als Alibi für die Vernachlässigung bestimmter Aufgaben nutzte, leugnete das Exekutivkomitee deren Existenz. Für die Partei der Sozialrevolutionäre war der wachsende Widerspruch zwischen der Stimmung der Massen und den Möglichkeiten der Regierung die Begründung für den Eintritt in die Regierung, wobei die beiden führenden Köpfe – Kerenski und Tschernow – ihre Entscheidung schon vor den entsprechenden Parteibeschlüssen getroffen hatten.¹⁶ Was die Staatsform betraf, so konnte sich Kerenski erst im September zur Deklaration der Republik durchringen, zu einem Zeitpunkt also, da das in der Öffentlichkeit wenig Widerhall fand.

Lenin gelang es nach seiner Rückkehr, in der bolschewistischen Partei allmählich den Standpunkt durchzusetzen, daß der Provisorischen Regierung keinerlei Unterstützung gewährt werden dürfe. Kamenew und Stalin,

13 Siehe ebenda. S. 65.

14 Siehe Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Erster Teil. Frankfurt am Main 1982. S. 151 und 203.

15 Siehe Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki. Hrsg. von Manfred Hellmann. München 1977. S. 134.

16 Siehe Sonja Striegnitz: Sozialrevolutionäre und Koalitionsregierung. In: Der Widerschein der russischen Revolution. Hamburg 1997. S. 47f.

die als erste prominente Bolschewiki nach Petrograd zurückgekehrt waren, vertraten – wie andere im Sowjet ebenfalls – die Meinung, man könne die Regierung unter bestimmten Bedingungen unterstützen. Die nach der ersten russischen Revolution von Lenin geforderte revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern sah dieser in der neuen Form der Sowjets am ehesten realisiert. Für Sozialrevolutionäre und Menschewiki kam der Sowjet dagegen nicht als Machtorgan, sondern höchstens als Kontrollorgan in Frage.

Die Losung »Alle Macht den Sowjets«, zunächst auch in der bolschewistischen Partei eine Minderheitsforderung, setzte sich allmählich durch und wurde im Spätsommer und Herbst 1917 dominierend. Für die Massen war das nicht etwa die Forderung nach der Diktatur des Proletariats, sondern die Konsequenz aus ihrem Kampf um demokratische Rechte, für Frieden, Land und demokratische Freiheiten.

Da die Auflösung der Konstituierenden Versammlung nach dem Oktoberaufstand immer wieder Gegenstand kontroverser Debatten ist, seien hier nur zwei Aspekte dazu aus der Vorgeschichte des Oktober genannt:

Erstens, die verschiedenen provisorischen Regierungen hatten seit Februar immer wieder die Einberufung der Versammlung versprochen, die Wahlen aber ständig verschoben – zugegebenermaßen auch aus machtpolitischen Interessen heraus.¹⁷ Die Bolschewiki forderten deshalb immer wieder die baldige Einberufung der Versammlung und vor allem auch die Teilnahme der Soldaten an deren Wahl.

Zweitens, schon im April machte Lenin keinen Hehl daraus, daß mit der Herausbildung der Sowjets als neuer Machtorgane die Orientierung auf die parlamentarische Republik in seinen Augen ein Rückschritt sei. Da diese Erkenntnis aber noch nicht weit verbreitet war, waren Zeit und Überzeugung erforderlich. »Je länger die Konstituierende Versammlung hinausgeschoben wird, um so leichter wird es dem Volk fallen, sich für die Regierung der Sowjets [...] zu entscheiden, durch die Vermittlung der Konstituierenden Versammlung oder ohne sie ...«¹⁸

Das waren klare Aussagen. Abgesehen von der historischen Bewertung der Versammlung und ihrer gewaltsamen Auflösung kann man den Bolschewiki keine Heuchelei in dieser Frage vorwerfen. Isaak Deutscher ur-

17 Siehe Isaak Deutscher: Die unvollendete Revolution 1917–1967. Frankfurt am Main 1967. S. 164.

18 W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. S. 54.

teilte dazu: »Wäre die Konstituierende Versammlung rechtzeitig einberufen worden, hätte sie den Sowjet in den Schatten gestellt [...] So entstand ein konstitutionelles Vakuum und die Massen waren von der Sowjetkonstitution ergriffen ...«¹⁹

Nach dem Zusammenbruch der Offensive an der Front drohte der Revolution der schon mehrfach indirekt von den Kadetten angedrohte Militärputsch. Kornilow, ursprünglich gerufen, um die Regierung zu schützen, machte eigene Machtansprüche geltend. Das verursachte nicht nur den Bruch mit Kerenski, sondern buchstäblich auch den Verlust der »kämpfenden Truppe«. Die Verschwörung verfiel. Die Regierungstruppen mußten nicht einmal Gewalt gegen die Putschisten anwenden. Der Petrograder Sowjet, vor allem das bei ihm gebildete Revolutionäre Militärkomitee, war faktisch Herr des Handelns.

Die Bolschewiki verfügten im Herbst 1917 als einzige politische Kraft über ein klares Programm, sie waren bereit, (sie hatten den Mut) die Macht zu übernehmen, sie nahmen die Forderungen der Massen in ihre Losungen auf und die Massen folgten diesen Losungen.

Der Verlauf der wenigen Monate vom Februar bis zum Oktober, die Rolle der verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Kräfte, bestätigen nicht etwa die These von Pipes, die als entscheidende Triebkraft des Oktoberaufstandes »die zerstörerische Wut Lenins« definiert, sondern wohl doch die Untersuchungen z. B. Altrichters, in deren Mittelpunkt die gesellschaftlichen Kräfte und Konflikte insgesamt stehen und der schlußfolgert: »Am Anfang stand nicht Lenin. Am Anfang war die Krise.«²⁰

Das Demokratiedefizit bereits in den ersten Wochen nach der Machtnahme, die mangelnde Kompromißbereitschaft in der Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Parteien, Gruppen oder auch Personen – das sind Probleme, die nicht die Frage berühren, ob der Aufstand »legitim« war oder nicht, sondern die das Wie der politische Machtausübung, des Verhältnisses zwischen Demokratie und Diktatur in einer Revolution überhaupt bzw. in dieser Revolution des Oktober 1917 in Rußland betreffen.

19 Isaak Deutscher: Die unvollendete Revolution 1917–1967. Frankfurt am Main 1967. S. 165.

20 Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst. Paderborn, München, Wien, Zürich 1997. S. 9.

»Die Wache ist müde ...«: Das Auftreten der Bolschewiki in der Konstituierenden Versammlung

Kurz nachdem die vierzig Abgeordneten der linken Sozialrevolutionäre in den Morgenstunden des 6. Januar 1918 unter Protest den Saal verlassen hatten – die 175 bolschewistischen Abgeordneten waren lange vor ihnen gegangen – rief der Vorsitzende der Konstituierenden Versammlung Viktor Tschernow den von der Fraktion der Sozialrevolutionäre eingebrachten Entwurf des Gesetzes über den Boden zur Abstimmung auf.¹ Als er Punkt 10 des Gesetzentwurfes über die entschädigungslose Enteignung und Überführung des Grund und Bodens in Volkseigentum verlas, trat Anatoli Shelesnjakow,² Kommandant der Wache des Taurischen Palais, an Tschernow heran und teilte dem überraschten Vorsitzenden die Weisung des Kommissars Pawel Dybenko mit, den Versammlungssaal unverzüglich zu räumen. Seine Begründung: die Wache sei müde.

Lenin, der die unmittelbar im Anschluß an den Auszug der Bolschewiki einberufene Sitzung des Rates der Volkskommissare im Ministerpavillon des Taurischen Palais leitete, hatte Shelesnjak angewiesen, keine Gewalt anzuwenden.³ In der offiziellen KPdSU-Geschichtsschreibung beschränkte man sich in der Regel auf die Mitteilung dieses Sachverhalts über das Ende der Konstituante. »Die eigentliche Lösung der Aufgaben aber erfolgt nicht durch Abstimmung, sondern durch den Klassenkampf in allen seinen Formen bis zum Bürgerkrieg«, hatte Lenin aus Anlaß des ersten Jahrestages

-
- 1 Eine auszugsweise deutsche Übersetzung aus dem Stenogramm ist veröffentlicht in *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Berlin 1997. S. 407–415.
 - 2 Angaben zur Biografie von Shelesnjakow (1895–1919) (im 1930 veröffentlichten Stenogramm ist von Viktor Želesnjakow die Rede) siehe Jaroslaw Leontjew: *Der Stiefsohn der Revolution – die rote Demagogie des Matrosen Shelesnjak*. In: *Rodina*. Moskau (1997)1. S. 58–64.
 - 3 Lenin traf gegen 13 Uhr im Taurischen Palais ein. Die Konstituante wurde um 15.30 Uhr eröffnet und tagte (Pause von 18 bis 19 Uhr) bis 22 Uhr. In der Beratungspause von 22 bis 1 Uhr tagte das ZK der SDAPR(B) und beschloß nach Konsultationen mit den linken Sozialrevolutionären den Auszug der Bolschewiki, der erfolgte, als die Beratung um 1 Uhr wieder aufgenommen wurde. Siehe: *Vladimir Il'ič Lenin. Biografičeskaja chronika*. Bd. 5. Moskau 1974. S. 179–183.

der Schließung der Konstituante in der »Kommunistischen Internationale« geschrieben.⁴

Sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung beriefen sich auf den Willen der Volksmassen. Im Laufe des Jahres hatten sich die Erwartungen der Massen im Hinblick auf die Konstituante geändert. In den seltensten Fällen wurde sie als Parlament aufgefaßt. Sie erschien als die höchste Instanz, erhob sich über die kompetenzlose Duma und galt als einzige Autorität mit Entscheidungsbefugnis. Sie sollte endlich die Lösung der Landfrage deklarieren, diese unten von oben erwartete Entscheidung war den Bauern wichtiger, als eine neue, Bürgerrechte und Selbstverwaltung festschreibende Verfassung. Auf die neue, endlich Ordnung schaffende Autorität hoffend, traten die Wähler die Verantwortung bereitwillig an die Volksvertreter ab. Des Parteiengezänks am ersten Verhandlungstag überdrüssig, drohten die Bauern, die Abgeordneten zum Teufel zu jagen.

Wer mehr über die Ersetzung der Prinzipien der Französischen Revolution durch das Klassenprinzip, die Absage an den bürgerlichen Parlamentarismus zugunsten der Sowjetrepublik erfahren wollte, mußte auf das 1918 aufgelegte Stenogramm, das als bibliophile Rarität galt, oder auf das 1930, im Zusammenhang mit der den Prozeß gegen die »Industriepartei«⁵ begleitenden Kampagne gegen die Menschewiki edierte Stenogramm⁶ zurück-

-
- 4 Siehe W. I. Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 262. Bucharin betonte in der Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Opposition, daß dieser Gedanke Lenins das Wesentliche zum Ausdruck brachte. Siehe: Nikolai Bucharin: Über den Charakter unserer Revolution und über die Möglichkeiten eines sozialistischen Aufbaus in der UdSSR. Hamburg, Berlin 1926.
- 5 Siehe Process »Prompartii« (25 nojabrja – 7 dekabrja 1930). Stenogramma sudebnogo processa i materialy, priobščennye k delu. Moskau 1931.
- 6 Siehe Vserossijskoe učreditel'noe sobranie (Archiv Oktjabr'skoj revoljucii 1917g. v dokumentach i materialach). Pod red. M. N. Pokrovskogo i Ja. A. Jakovleva. Podgotovil k pečati I. S. Malčevskij. Moskau, Leningrad 1930. Dem Vorwort vorangestellt waren zwei von Lenin verfaßte Artikel: »Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats« vom 16. Dezember 1919 (siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 242–265) und die »Thesen über die Konstituierende Versammlung« vom 26. (13.) Dezember 1917 (siehe ebenda. Bd. 26. S. 377–381). Aufnahme in den Anhang fand eine Liste der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung, Rundschreiben und Weisungen der Kommission, der die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Konstituante oblag, die Wahlplattformen der Bolschewiki, der Menschewiki, der rechten und linken Sozialrevolutionäre, sowie Dokumente, die das Verhältnis von Sowjets und ...

greifen. Eine dritte Auflage⁷ (die weitgehend der ersten folgte) erschien erst im Oktober 1991, einen Monat nach dem gescheiterten Putschversuch vom 19.–21. August 1991. Es dauerte ganze zwei Jahre, bis Präsident Boris Jelzin verkündete, Sowjets und Demokratie seien nicht miteinander vereinbar,⁸ und am Morgen des 4. Oktober 1993 ließ er das einst verteidigte »Weiße Haus« von Panzern zusammenschießen.

Die aktuelle Debatte über den Jahrestag der Revolution 1917 in Rußland zeichnet sich durch eine weitgehende Abstinenz gegenüber dem parlamentarischen Lehrstück aus.⁹ Vielleicht wird auf die Hinwendung zum lange ausgesparten Februar¹⁰ bald die Erklärung des Umkippens in das stalinistische »totalitäre« System folgen. Bis auf den heutigen Tag wird die Entartung der Revolution, der Bruch zwischen leninistischer und stalinistischer Traditionslinie lediglich postuliert. Ihrem Grundtenor nach korrespondieren die überschaubaren Veröffentlichungen über die Konstituante¹¹ nicht mit Lenins Feststellung, daß »die Interessen dieser Revolution natür-

... Konstituante widerspiegeln. Die Auflösung der Konstituante – so das Leitmotiv der veröffentlichten Dokumente – wurde in Stadt und Land, in Heer und Flotte landesweit begrüßt.

- 7 Siehe Učreditel'noe sobranie. Rossija 1918g. Stenogramma i drugie dokumenty. Moskau 1991. Dem Stenogramm vorangestellt sind die wichtigsten Beschlüsse über die Einberufung der Konstituante, die Wahlordnung, die Geschäftsordnung, die Übergabe der Macht durch die Provisorische Regierung an die Volksvertreter, die Gesetzeskraft der Entscheidungen der Versammlung, wobei die englische und die französische Verfassung von 1789 Richtschnur waren.
- 8 Siehe Boris Nikolaevič El'cin: Sovety i demokratija nesovmestimy. Iz vystuplenija na Konstitucionnom soveščanii, 5 ijunja 1993g. In: »Rossijskie vesti«. Moskau vom 8. Juni 1993 (Nachdruck in B. N. El'cin/R. I. Chasbulatov: Ėdinstvo, kompromiss, bor'ba. Moskau 1994. S. 431–438). In dieser Rede verurteilte Jelzin das Auseinanderjagen der im Ergebnis demokratischer Wahlen gebildeten Versammlung (siehe ebenda. S. 434).
- 9 Roj Medvedev erzählt die Episode nach (siehe R. A. Medvedev: 1917g.: Russkaja revoljucija – pobeda i porazenie bol'sevikov. Moskau 1997. S. 34f.). Für Michail Gorbatschow ist das Ende der Konstituante kein Thema (siehe M. S. Gorbatschow: Razmyšlenija ob Oktjabr'skoj revoljucii. Moskau 1997). Auch während des von der Zeitschrift »Al'ternativy« (siehe Revoljucii v Rossii: spornoe prošloe i neopredelennye perspektivy. In: Al'ternativy. Moskau (1997)3. S. 2–41) organisierten Rundtischgesprächs wandte sich kein einziger der anwesenden Theoretiker linker und linkssozialistischer Parteien diesem Thema zu.
- 10 Siehe Fevral'skaja revoljucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskau 1997. – Fevral'skaja revoljucija 1917. Sbornik dokumentov. Moskau 1996.
- 11 Siehe »Zato teper' svoboda ...«. Pis'ma krest'jan i gorodskich obyvatel'ej v Učreditel'noe sobranie i obzor choda izbiratel'noj kampanii 1917g. In: Neizvestnaja Rossija XX vek. Moskau 1997. Istoričeskoe nasledie. Vyp. 2. S. 176–199.

lich höher stehen als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung«¹².

Die Meinungen über den Stellenwert der Konstituierenden Versammlung gingen in der bolschewistischen Partei weit auseinander. Die Mitglieder des Büros¹³ der bolschewistischen Fraktion in der Konstituierenden Versammlung Lew Kamenew, Wladimir Miljutin, Alexei Rykow und David Rjasanow waren – im Unterschied zu Lenin – bereit, den Anspruch der Konstituante auf die Macht zu akzeptieren. Im Oktober und November spitzte sich die Situation zu. Immer häufiger war von »Volksfeinden« die Rede, von der Organisation des Bürgerkrieges gegen die Revolution.

Die Konstituante, das geht aus den vorbereitenden Materialien der Juristischen Beratung hervor, orientierte sich am Internationalismus, erklärte die Wahrung von Bürgerrechten und Pflichten – und das nicht in Fortsetzung der Tradition von 1848, sondern von 1871 in Frankreich – und plädierte gegen die Einrichtung eines aus Ober- und Unterhaus bestehenden Zweiklassenparlaments.

Gleich zu Beginn der Versammlung beschwor Jakow Swerdlow, der im Auftrag des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten die Sitzung der Konstituierenden Versammlung eröffnete, das Bild der das Parlament trennenden Barrikade. Als klar war, daß die Parlamentarier ihren Kampfposten bezogen hatten, begann ein eigenartiger Stellungskrieg. Die von Swerdlow verletzte Erklärung enthielt die Bestimmung der Staatsform und des Charakters der neuen Macht in Rußland als Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in Gestalt einer Föderation, eines freien Bündnisses freier Nationen. Der Konstituierenden Versammlung wurden deren wirtschaftliche Grundlagen, die von der Sowjetmacht bereits dekretiert worden waren, zur Beschlußfassung unterbreitet: »Sozialisierung« des Grund und Bodens, d. h. Aufhebung des Privateigentums daran und Übergabe in die Hände des Volkes zur »ausgleichenden Nutzung« (also gemäß dem sozialrevolutionären Agrarprogramm), Arbeiterkontrolle mit der Perspektive der Überführung aller Betriebe usw. in das Eigentum des Sowjetstaates, Verstaatlichung der Banken, allgemeine Arbeitspflicht. Zur Sicherung der Macht der Werktätigen war deren Bewaffnung und der Aufbau einer Roten Arbeiter- und Bauernarmee vorgesehen. Die Konstituierende Versammlung sollte anerkennen, daß »jetzt, im

12 W. I. Lenin: Thesen über die Konstituierende Versammlung. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 380.

13 Alle Mitglieder des Büros wurden in den dreißiger Jahren Opfer des Stalinischen Terrors.

Augenblick des entscheidenden Kampfes des Volkes gegen seine Ausbeuter« für diese in keinem Machtorgan Platz sei und den Sowjets die ausschließliche Machtvollkommenheit gebührte. Sie sollte ferner anerkennen, daß mit Bestätigung der Dekrete des Rates der Volkskommissare und Ausarbeitung der Grundprinzipien der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ihre Aufgabe erfüllt sei.

Während die proparlamentarischen Abgeordneten die Tagesordnung abzarbeiten suchten, zogen sich die Linken aus der Schwatzbude, die sich weigerte, die Beschlüsse des Gesamtrussischen Zentralerekutivkomitees anzuerkennen, nach und nach zurück. Nikolai Bucharin erklärte der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod. »Als der Weisheit letzter Schluß preisen uns unsere politischen Gegner jetzt, in der Epoche des erbitterten imperialistischen Krieges, den Aufbau einer hundsmiserablen bürgerlich-parlamentarische Republik an, von der Art der amerikanischen Republik, die gegen ihre Sozialisten mit elektrischem Strom vorgeht, oder der französischen, wo die Finanzclique alles beherrscht.

In einem Augenblick, wo der Feuerschein des Revolutionsbrandes auflodert und, wenn nicht gleich heute, so doch morgen, die ganze Welt entflammen wird, erklären wir, Genossen, von dieser Tribüne aus der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod [...] (In Ovationen übergehender Applaus von links.) Wir, die Kommunisten, wir, die Arbeiterpartei, streben in erster Linie danach, in Rußland eine mächtige Sowjetrepublik der Werktätigen aufzubauen, wir verkünden jene Losung, die Marx schon vor einem halben Jahrhundert aufgestellt hat, sollen doch die herrschenden Klassen und ihre Schmarotzer vor der kommunistischen Revolution erzittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!¹⁴ (Ovationen von links. Rufe: Es lebe die Sowjetmacht!)¹⁵

Irakli Zereteli begann seine Polemik gegen die Bolschewiki mit dem Zurückweisen ihres Alleinvertretungsanspruches. Das Parlament sei nicht

14 Die von Bucharin sinngemäß aus dem «Manifest der Kommunistischen Partei» zitierte Stelle lautet: »Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*« (Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. S. 493).

15 Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 411–412.

für eine einzige Partei, sondern für die Vertreter aller in Rußland wirkenden Parteien erkämpft worden. Die Bolschewiki ignorieren dies – so Zereteli – und wollen ihre Macht auf den Trümmern der Demokratie zu errichten. »Ich will der Konstituierenden Versammlung jetzt nicht die Zeit stehlen, indem ich die alte Politik verteidige. Ob das richtig war oder nicht, aber Sie haben sie schon unter Anwendung von Waffen kritisiert. Aber Bürger, wenn Sie schon gewaltsam die Ordnung gestürzt haben, die Ihrer Meinung nach die Bedürfnisse des Volkes nicht befriedigt hat, dann müssen Sie auch verstehen, daß Sie sich nicht zwei Monate nachdem Sie Herr der Lage geworden sind, damit begnügen dürfen, Ihr ganzes politisches Kapital lediglich aus der Kritik der untergegangenen Ordnung zu schöpfen. (Beifall rechts und im Zentrum.) [...] Bürger, reicht es etwa aus, die Mängel des einen oder anderen Politikers, der für die bürgerliche Ordnung einsteht, nachzuweisen, um die Vorzüge des Sozialismus im Vergleich zu ihr zu begründen? Die vollkommenste Form der bürgerlichen Ordnung läßt sich für einen Sozialisten natürlich nicht mit dem Sozialismus messen. So ist unter Sozialisten die Frage bis in die jüngste Zeit auch nicht gestellt worden, das haben sogar die begriffen, die jetzt den Sozialismus angeblich verwirklichen. Die Frage lautet doch so: ist die sozialistische Ordnung, die von allen Sozialisten selbstverständlich erwünscht ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen möglich, ist sie realisierbar? Ich habe mir sehr genau die Argumente angehört die hier genannt wurden und in denen davon die Rede war, daß die vom Volke gewählte Konstituierende Versammlung jetzt vorbehaltlos jene Erfahrungen sanktionieren müsse, die der Rat der Volkskommissare macht. Aber nicht ein einziges Argument habe ich als Beweis dafür gehört, daß diese Erfahrungen auch zu den Ergebnissen führen werden, die man sich erhofft, kein einziges Wort haben wir hier von den Vertretern der führenden Parteien gehört, welche Ergebnisse mit den gemachten Erfahrungen in der Praxis vorliegen. Hier wurde gesagt: Wir haben der Bourgeoisie die Produktion entrissen. Kommen Sie aber mit ihrer Organisation zurecht? (Zuruf: Sabotage.) Hier unterbricht man mich mit – »Sabotage«. Ich warne Sie, Bürger, wenn Sie mit der Verwirklichung der sozialistischen Ordnung begonnen haben und die Mißerfolge mit den sozialistischen Erfahrungen auf die Sabotage der Bourgeoisie schieben (Beifall im Zentrum), dann stellen Sie sich ein Armutszeugnis aus [...] Ich frage Sie, was haben Ihre Erfahrungen praktisch gebracht? Die Organisation der Volkswirtschaft? Wo ist sie?« Im Anschluß daran wandte sich Zereteli den Ergebnissen der »Umverteilung« des Grund und Bodens und den Veränderungen in der Außenpolitik zu, und er setzte hinzu:

»Hier war davon die Rede, wie schlecht Kerenski und Zereteli waren und wie egoistisch die Bourgeoisie ist, das war das einzige Argument dafür, das Banner des Sozialismus aufzupflanzen. Das haben Menschen gesagt, die jetzt folgenschwere Experimente mit dem Sozialismus, mit dem ganzen Land anstellen können. Deshalb hielt ich es für besonders nötig, klar und unmißverständlich zu erklären, aus welchen Beweggründen heraus wir gegenwärtig für das ganze Volk in der Konstituierenden Versammlung den einzigen Weg für die Rettung der Revolution erblicken. (Zurufe von links: Welcher Revolution?) In Rußland gibt es nur eine Revolution – sie begann in den Februartagen und macht jetzt eine tödliche Krise durch. Auf ihre Schultern wird eine Last gewälzt, die sie erdrücken kann. Das vollzieht sich vor unseren Augen, und ein treffender Beweis dafür ist die Zerstörung der demokratischen Einheit, die allein imstande wäre, Rußland zu retten, die Spaltung des demokratischen Rußland in zwei unversöhnliche Lager zu verhindern. Hier hat man triumphierend gesagt, daß wir schon längst gespalten seien. Wir stehen schon lange auf verschiedenen Seiten der Barrikade [...] (Zuruf: Wer, ihr? Eine Stimme von links: die Arbeiter und Soldaten) [...] Der eine Teil der Demokratie, den Sie vertreten, und der andere, der Großteil der hier versammelt ist. Sie müssen das doch begreifen, daß die Linie des Bürgerkrieges mitten durch das Herz der Demokratie verläuft, seitdem sie den Weg der Diktatur einer Minderheit beschritten haben [...] Sie sagen, daß Sie gegen die Bourgeoisie kämpfen, aber die Bourgeoisie hat derzeit in der unmittelbaren Auseinandersetzung keinerlei Chancen auf Erfolg, auf Festigung ihrer Besitzprivilegien. Seit Beginn der Revolution befindet sie sich in dieser Situation und ihre konservativsten Repräsentanten haben das gemacht, was die Vertreter ihrer Klasse in allen Ländern in den großen demokratischen Umbrüchen taten – sie setzten ihre Hoffnung auf die Wirrnisse, auf Spaltung und Zersetzung in den Reihen der Demokratie, um dann auf den Trümmern dieser Demokratie ihre Macht zu errichten [...] Wir sind überzeugt, daß die Machtvollkommenheit der Konstituierenden Versammlung jener Weg ist, auf dem das Volk am umfassendsten imstande sein wird, ohne Bürgerkrieg und ohne Anarchie alles das zu richten, was ...«¹⁶

16 Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 412–414. Zereteli hat, durch Zwischenrufe daran gehindert, seinen letzten Satz nicht zu Ende gebracht. Er war der letzte Redner, der zu programmatischen Fragen sprach. Danach ging die Konstituierende Versammlung zu den Sachfragen über. Der von den ...

Als der Chef der Wache den Saal betrat, befanden sich dort – um mit Wladimir Lenin zu sprechen – nur noch »kadettisch-kaledinsche Konterrevolutionäre«: 370 Sozialrevolutionäre, 16 Menschewiki, 86 Vertreter nationaler Gruppen, 17 Kadetten und zwei Volkssozialisten.

Als sie sich am 6. Januar um 17 Uhr wieder vor dem Palais einfanden, um die Beratung fortzusetzen, wurde ihnen unter Hinweis auf das Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung (es wurde am 7. Januar veröffentlicht) der Einlaß verwehrt. Daraufhin begaben sie sich in das nahegelegene Gurewitsch-Gymnasium, um über die Verlegung der Sitzungen in eine andere Stadt zu beraten.

Philips Price hat in seinen Erinnerungen das Ereignis wie folgt kommentiert: »So beendete die Konstituierende Versammlung ihre Laufbahn. Wie ein Meteor war sie am Horizont der russischen Revolution aufgetaucht, – niemand war auf ihr Erscheinen vorbereitet und niemand schien sie nach ihrem Verschwinden zu vermissen. Mit ihr schwand der letzte Rest bürgerlicher Demokratie in den von den Sowjets beherrschten Territorien. Die Schnelligkeit, mit der sie verschwand, war ein Gradmesser für das Wachsen der revolutionären, gegen sie aufgestellten proletarischen Kampforgane. Ihre kurze Lebensdauer und ihre innere Schwäche waren charakteristisch für die allgemeine Lage Rußlands in der Übergangsperiode. Aber die Annahme, daß die Entwicklung in Westeuropa etwa die gleiche sein werde, ließe sich nur schwer rechtfertigen. Im Gegenteil, die von der bürgerlichen Demokratie geschaffenen Einrichtungen lassen sich [...] im Klassenkampf nicht so einfach ausschalten. Das Proletariat der Westländer wird voraussichtlich die Parlamente als revolutionäre Plattform eine viel längere Periode hindurch benutzen müssen, als es die Russen in ihrer nur kurzen bürgerlichen Revolution tun mußten.«¹⁷

Am 10. Januar 1918 begann im Taurischen Palais der 3. Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

... Sozialrevolutionären eingebrachte Antrag zur Tagesordnung sah folgende Punkte vor: 1) Maßnahmen zur schnellstmöglichen Beendigung des Krieges. 2) Gesetz über den Boden. 3) Staatsaufbau. 4) Regulierung der Wirtschaft und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. 5) Schutz der Konstituierenden Versammlung und Immunität ihrer Abgeordneten. 6) Aufruf an das Volk. 7) Sonstiges. Bolschewiki und Linke Sozialrevolutionäre drängten erneut auf Annahme der Deklaration des ZEK. Es kam zur Abstimmung über die Vorschläge. 146 Abgeordnete stimmten für die Diskussion über die Entschließung des ZEK, 237 für die von den Sozialrevolutionären vorgeschlagene Tagesordnung.

17 M. Philips Price: Die Russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917–1919. Hamburg 1921. S. 277f.

»2 Monate und 15 Tage – das sind nur fünf Tage mehr als die Zeitspanne, in der schon einmal die Macht der Arbeiter über ein ganzes Land, über die Ausbeuter und Kapitalisten bestanden hat: die Macht der Pariser Arbeiter in der Zeit der Pariser Kommune von 1871«, hob Lenin in seinem Referat hervor.¹⁸ Rußland sei damit in die Periode des Übergangs zum Sozialismus eingetreten. Die Kommune hielt sich 72 Tage, die Sowjetmacht 72 Jahre.

18 Siehe W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 455.

II

ERNSTGERT KALBE

Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung in Osteuropa. Nachdenken über die Oktoberrevolution

Anläßlich der 80. Wiederkehr des Jahrestages der russischen Oktoberrevolution von 1917 vermitteln namhafte Autoren in »Neues Deutschland« ihre Sicht auf dieses, das »kurze 20. Jahrhundert« (Eric Hobsbawm) prägende geschichtliche Ereignis.¹ Ernst Engelberg betont Massenbasis und demokratischen Aktionismus der Oktoberrevolution und bindet ihr historisches Scheitern zuvörderst an konterrevolutionäre Intervention und langfristig ungünstige Kräftekonstellationen in der Weltarena. Wolfgang Ruge verweist auf Lenins zwiespältige Rolle als Utopist hinsichtlich der Ziele und Realist bezüglich der Methoden der Oktoberrevolution, wobei er auf die Weltrevolution setzte und dafür diktatorischer Orthodoxie folgte, was die Mutation zum Stalinismus begünstigte. Wadim Belozerkowski bezweifelt, ob Kapitalismus und Rußland kompatibel sind, was die umgekehrte Frage zuläßt, ob Rußland und Sozialismus vereinbar waren.

Fragen nach dem Platz der Oktoberrevolution, ob Wegweiser oder Sackgasse, nach ihren Voraussetzungen wie nach den Ursachen ihres Scheiterns werden gerade im Osten Deutschlands diskutiert, vor allem wegen der sozialisationsprägenden Erfahrungen mehrerer Generationen mit dem Realsozialismus, m. E. ein treffender Begriff, weil er den Widerspruch von Anspruch und Realität verdeutlicht.²

Angesichts der Implosion des Realsozialismus, der vorrangig selbstverschuldet, aber auch an innere und äußere Entwicklungsbedingungen sowie an internationale Kräfteverhältnisse gebunden ist, erscheint gesellschaftstheoretisches Denken erforderlich, um die Ursachen für diesen Zusam-

1 Siehe »Neues Deutschland«, Berlin vom 7. November 1997. S. 12–14.

2 Siehe Michael Wegner/Erhard Hexelschneider/Claus Remer (Hrsg.): Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. – Theodor Bergmann/Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen. Hamburg 1997. – Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997.

menbruch aufzuhellen, heutige Gesellschaftsstrukturen zu analysieren und über künftige Entwicklungen samt der damit verbundenen Wegeproblematik nachzudenken, ohne daß bereits alternative Gesellschaftsmodelle erkennbar wären.

Eine erste Überlegung: Statt des bisher dominanten marxistischen revolutions- und formationstheoretischen Herangehens, oftmals dogmatisch vereinfacht, das dem herrschenden Zeitgeist nach dem Untergang des osteuropäischen Sozialismus suspekt erscheint, ist verbreitet modernisierungstheoretisches Denken an dessen Stelle getreten, das explizit keine Aussagen zu Sozialstrukturen, Macht- und Eigentumsverhältnissen beinhaltet, lediglich allgemein auf gesellschaftliches Fortschrittsdenken bezogen bleibt.

Sofern man von osteuropäischer, erst recht von sozialistischer Modernisierung spricht – den Modernisierungsbegriff als heuristischen Arbeitsbegriff akzeptiert – bedarf es der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs wie seiner Anwendung.

Im heute vorherrschenden Sprachgebrauch steht Modernisierung quasi für Industrie- und Zivilgesellschaft, Moderne für Postindustrielle- und Informationsgesellschaft, Modernisierung demnach letztlich als Synonym für das gegenwärtige bürgerlich-pluralistische bzw. marktwirtschaftlich-kapitalistische Gesellschaftssystem in entwickelten Ländern Europas, Amerikas oder Asiens, gekennzeichnet durch pluralistische Vertretungsdemokratie, Dominanz des Privateigentums, globalisierte Marktwirtschaft, wissenschaftlich-technische Revolution und Informationstechnologie. Auf die implodierte »zweite Welt«, erst recht auf die »dritte Welt« ist der Begriff Moderne folglich nicht recht anwendbar, es sei denn im Sinne der immanenten Aufforderung zur Nachahmung westlicher zivilgesellschaftlicher Modelle an zivilisatorisch rückständige Gesellschaften, z. B. Osteuropas.

Peter von Oertzen konstatiert, daß »die neuartige Theorie der Moderne die an Marx orientierte materialistische Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft« ersetzen soll und folgert: »Die Dynamik der Moderne – den Begriff ›Moderne‹ als Arbeitshilfe akzeptiert – entfaltet sich in einem komplexen Prozeß, in dem sich Ökonomie, gesellschaftliche Strukturen, politische und rechtliche Institutionen und kulturelle Entwicklung miteinander verknüpfen; und in diesem Prozeß war und ist der sich allmählich entfaltende Akkumulationsprozeß und Verwertungsprozeß des Kapitals eine entscheidende Triebkraft.«³

3 Peter von Oertzen: Zu wünschen: Hinwendung »vorwärts zu Marx«. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 17. Januar 1997. S. 6.

Sofern man den Begriff »sozialistische Modernisierung« für Entwicklungsprozesse im osteuropäischen Realsozialismus gebraucht – wie man »Modernisierung« ähnlich unbestimmt für vorsozialistische wie postkommunistische Entwicklungen anwenden kann, darunter auch für kapitalistische Entwicklungsdiktaturen – impliziert das mehrere Konsequenzen:

Zunächst wird damit die quasi nachholende Lösung ursprünglicher Aufgaben der bürgerlich-kapitalistischen Umwälzung unter anderen Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen und mit etatistischem Instrumentarium konstatiert: Sowjetsystem und Staatseigentum. Insofern wird von »sozialistischer Nachholerevolution«, auch von »sozialistischer Entwicklungsdiktatur« gesprochen.

Sodann sind solche gesellschaftlichen Umwälzungen wie Industrialisierung, Kulturrevolution, Bodenreform, selbst Bodennationalisierung und landwirtschaftliche Großproduktion tatsächlich keine genuin sozialistischen Aufgaben, weshalb das vorangestellte Epitheton »sozialistisch« eher auf die politische Form als auf den sozialen Inhalt solcher gravierenden Umgestaltungen verweisen, die zweifelsfrei partielle Modernisierung bewirken, jedoch eher Voraussetzungen denn sozialistische Ziele bezeichnen.

In den meisten osteuropäischen Ländern wurden nach 1917 bzw. 1945 mit einem für die Region traditionell etatistischem Instrumentarium sozialökonomische und sozialkulturelle Nachholeprozesse mit sozialen Ansprüchen in Gang gesetzt, die die Bourgeoisie mit ihren spezifischen Mitteln und Anliegen in Westeuropa seit dem 17./18. Jahrhundert vollzogen hatte. Dabei wurde die industrielle Umwälzung im Realsozialismus mit einem Produktions- und Techniktyp des 19./20. Jahrhunderts in die Wege geleitet, der hinter den modernen Technologien der einsetzenden wissenschaftlich-technischen Revolution zurückblieb. Der Übergang von der extensiv zur intensiv erweiterten Reproduktion konnte damit nicht vollzogen werden.

Eine sozialpolitische Modernisierung erfolgte im Realsozialismus bedingt, insofern an die Stelle feudal-bürgerlicher Oberschichten und bäuerlich-proletarischer Unterschichten eine eher kooperativ-ständische denn klassenmäßig gegliederte Gesellschaftsstruktur trat, dirigiert von einem etatistisch-bürokratischen Apparat der Sowjets bzw. Nationalräte, hinter denen eine allmächtige führende Partei bolschewistischen Typs stand. Die politische Organisation des osteuropäischen Realsozialismus war überhaupt durch ihre verblüffend feudal-hierarchischen Strukturen gekennzeichnet, wie sie generell für Entwicklungsdiktaturen typisch sind. Bemerkenswert für rückständige Gesellschaften im Aufbruch ist die überragende Rolle von Integrationsfiguren, was in Machtpositionen leicht zum Personenkult gerät.

Ein sozialistischer Modernisierungstyp mußte nicht a priori chancenlos sein, wenn es gelänge, die nach Lenin letztlich für den Sieg entscheidende höhere Arbeitsproduktivität einer sozialistisch gedachten Produktionsweise zu erringen und eine politische Organisationsform der Gesellschaft zu begründen, in der die Sowjets (bzw. später die Nationalräte in den Volksdemokratien) tatsächlich »Herrschaft durch das Volk« bedeutet hätten, nicht vermeintlich »für das Volk«, d. h. Machtverhältnisse, in denen »Diktatur des Proletariats« (im Sinne Marx') realiter demokratische Volksherrschaft bei geistig-kultureller Hegemonie der Arbeiterklasse einschließlich des unverzichtbaren Interessenpluralismus und seiner politischen Vertretungsgremien bedeutet hätte. Statt dessen wurde – begünstigt durch Intervention und Bürgerkrieg – die Diktatur eines zentralistisch-bürokratischen Apparats als Instrument einer unkontrollierten Herrschaftspartei errichtet, was von vornherein Subjektivismus, Willkür und Terror einschloß.

Einem demokratischen Sozialismus standen osteuropäische Traditionen politischer Autokratie und ökonomischen Etatismus entgegen. Ersteres – die ökonomische Effektivität – scheiterte an der sozialökonomischen Rückständigkeit des isolierten Sowjetrußlands – ganz auf der Linie der sozialdemokratischen Kritik an der Unreife Rußlands für die sozialistische Umwälzung, wie sie von Plechanow bis Kautsky, moderater auch von Bauer bis Adler geübt wurde.⁴ Letzteres scheiterte an der geringen politischen Kultur der russischen revolutionären Bewegung – ganz auf der Linie der Befürchtung Engels' über die schlimmen Folgen der Machtübernahme einer unreifen Bewegung, die Engels in bezug auf den Bauernkrieg hegte,⁵ bzw. der Luxemburg-Kritik am mangelnden Demokratismus der russischen

4 Zur neueren Beleuchtung des Problems siehe Horst Klein: Austromarxistische Reflexionen zur russischen Oktoberrevolution 1917. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 144ff.

5 Friedrich Engels bemerkt in »Der deutsche Bauernkrieg« im Hinblick auf die Möglichkeiten Thomas Müntzers im »Ewigen Rat« Mühlhausens: »Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert [...] Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: Was er tun *kann*, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun *soll*, ist nicht durchzuführen.« Siehe Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg. In: Karl Marx/Friedrich Engels. Werke. Bd. 7. S. 400f.

Revolution.⁶ »Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu erfüllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus.«⁷

Auch wenn offen bleiben muß, ob angesichts der realen Konstellation der Klassenkräfte nach 1917 ein solcher Weg möglich gewesen wäre, bleibt die Tatsache mangelnder Demokratietradition in Rußland, die den gleichsam kontinuierlichen Übergang von der Selbstherrschaft des Zaren zur Alleinherrschaft des Generalsekretärs begünstigte. Auch die gegenwärtig vielbeschworene Variante denkbarer demokratischer Strukturen auf der Basis der unter der Sowjetmacht gewählten und danach von den Bolschewiki aufgelösten »Konstituierenden Versammlung« erscheint höchst unwahrscheinlich, nicht nur, weil die darin dominierenden Parteien schon als Träger der Provisorischen Regierung ihre Unfähigkeit zur Machtausübung wie zur Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme demonstriert hatten, sondern auch deshalb, weil die bürgerlichen Kräfte Rußlands ebenfalls kaum über demokratische Traditionen verfügten.

Letzten Endes blieb die Vorstellung Lenins, daß ein für den Sozialismus notwendiges Zivilisations- und Kulturniveau auf revolutionärem Wege geschaffen werden könne, d. h. »Voraussetzungen für dieses Niveau« auf der Grundlage der Sowjetordnung zu erringen, »und dann schon vorwärtszuschreiten und die anderen Völker einzuholen« optimistische Illusion,⁸ wie

6 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 332ff.

7 Ebenda. S. 363.

8 Siehe W. I. Lenin: Über unsere Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 464f.

übrigens alle späteren Versuche, den Kapitalismus einzuholen und zu überholen, die uns immer wieder begegnen: auf dem XVIII., XX., XXII. und XXVII. Parteitag der KPdSU; nicht zuletzt in der Ulbricht-Losung, den »Kapitalismus zu überholen, ohne ihn einzuholen«.

Auch die Frage, ob eine wirklich langfristige Politik der NÖP, die an die von Lenin konstatierten fünf Wirtschaftsformen (ukladi) – bei Dominanz des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums – angeknüpft hätte, wodurch Interessenpluralismus und Interessenvertretung unumgänglich geworden wären, einen anderen Weg ermöglicht hätte, muß offen bleiben. In der Praxis freilich setzten sich wiederholt kriegskommunistische Wirtschaftsmethoden durch: nicht nur in den Jahren des Kriegskommunismus 1918/1920 oder des Krieges gegen die faschistischen Aggressoren 1941/1945, sondern auch während der Industrialisierung in den dreißiger, bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den vierziger und beim Wettrüsten in den fünfziger Jahren, wie auch noch später.

Entgegen mancherlei Ratschlägen an die Bolschewiki, auch aus dem Umfeld des Spartakusbundes, lieber den Untergang zu wählen als eine den Sozialismus diskreditierende Sicherheit, bezeichnete der westdeutsche Revolutionshistoriker Dietrich Geyer schon in den sechziger Jahren als unrealistisch: »Aber die Selbstaufgabe, die hier empfohlen wurde, um die Ehre der Revolution reinzuhalten, war den Bolschewiki nicht abzuverlangen. Auch der Untergang hätte eine Flucht bedeutet, die Kapitulation vor den Problemen, die in Rußland nun von allen Seiten auf die Oktoberrevolutionäre zukamen.«⁹

Selbst nach der dennoch eingetretenen Implosion des Realsozialismus verteidigt der englische Historiker Eric Hobsbawm in seinem Buch »Das Zeitalter der Extreme« die Bolschewiki gegen den Vorwurf des abenteuerlichen Putschismus und konstatiert: »Wenn eine Revolutionspartei die Macht nicht ergriffe, wenn der Augenblick und die Massen es fordern, was würde sie dann noch von einer nichtrevolutionären Partei unterscheiden [...] Lenins Programm, in dem er die neue sowjetische Regierung [...] zur sozialistischen Transformation der Russischen Republik verpflichtete, war im wesentlichen das Wagnisunternehmen, die Russische Revolution in eine weltweite oder zumindest europäische Revolution zu verwandeln [...] In

9 Dietrich Geyer: Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven. Stuttgart, Köln, Mainz 1968. S. 128.

der Zwischenzeit war Ausharren die wichtigste und im Grunde einzige Aufgabe der Bolschewiken.«¹⁰

Die erzwungene Rückzugsposition vom weltrevolutionären Ziel zum »Aufbau des Sozialismus in einem Lande«, von Stalin, zumal in überhitzten Tempi, mit terroristischen Zwangs- und etatistisch-bürokratischen Kommandomethoden betrieben, setzte dem sozialistischen Modernisierungsversuch von vornherein enge Grenzen.

Ein zweiter Gedanke: Geschichtstheoretisch besteht offensichtlich ein antinomischer Zusammenhang zwischen Marxens Formationstheorie und gegenwärtiger Modernisierungskonzeption, insofern beide im Fortschrittsdenken der Aufklärung wurzeln und Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung voraussetzen. Beide setzen – freilich unterschiedliche – Zielhorizonte der Geschichte voraus, unterliegen damit der Gefahr deterministischer Geschichtsinterpretation und der Unterschätzung offener historischer Prozesse. Dabei verläuft die Trennlinie zwischen Anerkennung historischer Gesetze und uneingeschränkter alternativer Offenheit der Geschichte unscharf.

So wenig wissenschaftliche Analyse ohne Streben nach Gesetzeskenntnis denkbar ist, so wenig wird umgekehrt ein unterstellter Gesetzesautomatismus der differenzierten Wirklichkeit und alternativen Möglichkeit gesellschaftlicher Entwicklung gerecht. Das verbietet sowohl den inflationären Gebrauch des Gesetzesbegriffs wie auch die Annahme einer unbegrenzten Offenheit der Geschichte.

Gegensätzlich bleibt in beiden dem Fortschrittsdenken verhafteten Geschichtskonzeptionen die Bestimmung von Prioritätskriterien für die Beurteilung historischer Entwicklungsprozesse:

- Produktivkraft-, Innovations- und Effektivitätspotential sowie Interessenpluralismus als primäre Fortschrittskriterien gegenüber sozialstruktureller Zuordnung der Gesellschaft (jedoch stillschweigend im Rahmengenüge kapitalistischer Marktwirtschaft und bürgerlicher Zivilgesellschaft) oder
- Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse und sozialökonomisch determinierte Gesellschafts- und Klassenstruktur samt vermeintlicher Interessensübereinstimmung als vorrangiges Fortschritts- bzw. Formationskriterium, wobei die Rolle der Produktivkraftentwicklung unterbelichtet blieb, wie der verzögerte und halbherzige Übergang von der extensiv zur intensiv erweiterten Reproduktion im Realsozialismus belegt.

¹⁰ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München, Wien 1995. S. 87f.

Unstrittig bleibt, daß gesellschaftlicher Fortschritt stets an sozialökonomische Voraussetzungen, an politische Bedingungen der Kräftekonstellation der agierenden Subjekte sowie an die soziokulturelle Hegemonie und Integrationsfähigkeit organisierter Triebkraftsubjekte gebunden ist. Insofern steigt Geschichte niemals in Siebenmeilenstiefel um, sondern macht gewöhnlich nur den nächsten von mehreren möglichen alternativen Schritten. Für den Versuch, der Geschichte durch die sozialistische Revolution die Sporen zu geben, verfügte Rußland über die denkbar ungünstigsten Bedingungen, zumal der die »Lokomotive der Revolution« treibende Hegemon, die Arbeiterklasse, auf lange Sicht weitgehend substituiert werden mußte.

Der untergegangene osteuropäische Realsozialismus, der zur Selbstlegitimation eine zum alternativlosen Geschichtsdeterminismus vereinfachte Formationstheorie beschwor, scheiterte u. a. auch am Glauben an einen Gesetzesautomatismus, der Machtbehauptung über schöpferische Gesellschaftsinnovation und Masseninitiative stellte.¹¹

Daraus folgt jedoch keine zwingende Negation Marxens Formationsauffassung, die vorsichtig und »in großen Umrissen [...] asiatische, antike, feudale und moderne bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation« unterschied und den Übergang zur kommunistischen Formation vorbestimmte.¹²

Offensichtlich gibt es auch Mischformen gesellschaftlicher Struktur, gerade auch in Osteuropa, die Lenin verschiedentlich »halbasiatisch« nannte. Ohne Einbindung in eine wenigstens europäische Revolution mußte der Versuch, die bis auf wenige Zentren weitgehend vorkapitalistische russische Gesellschaft in eine postkapitalistische zu transformieren, an den harten Realitäten scheitern.

Lenin sprach diese Wahrheit auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) im März 1918 unmißverständlich aus: »Wenn man den welthistorischen Maßstab anlegt, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Endsieg unserer Revolution eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe [...]

11 Dergestalt vereinfachtes revolutions- und formationstheoretisches Denken betrachtet der Autor im Nachhinein als Grundfehler der vormals selbstbetriebenen Sozialismusgeschichte. Siehe z. B. Ernstgert Kalbe/Joachim Kuhles: *Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus*. In: Manfred Kossok (Hrsg.): *Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode*. Berlin 1988. S. 115ff.

12 Siehe Karl Marx: *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Vorwort. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 13. S. 9.

Wenn wir, die bolschewistische Partei, das ganze Werk allein in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift, daß die internationale sozialistische Revolution, welche Schwierigkeiten wir auch durchzumachen haben, [...] zu guter Letzt [...] kommen wird – denn sie ist unterwegs.«¹³

Das erwies sich für drei Jahrzehnte als Irrtum, und als der Sozialismus nach 1945 über die Grenzen der Sowjetunion hinausgriff, auf dem Wege volksdemokratischer Revolutionen – als autochthon begriffen oder nicht – erfaßte er wiederum vergleichsweise rückständige Länder Osteuropas, denen auch deshalb das sowjetische Modell leichter übergestülpt werden konnte.

Damit zu einer dritten Fragestellung: dem Realitätsgehalt kapitalistischer Transformationskonzepte für Osteuropa. Die heutigen Versuche, westliche Modernisierungskonzepte auf osteuropäische Gesellschaften anzuwenden, d. h. kapitalistisch-marktwirtschaftliche und pluralistisch-demokratische Strukturen auf evolutionärem, revolutionärem oder restaurativem Wege zu übertragen, erscheint m. E. wiederum – abgesehen von den ostmitteleuropäischen Ländern – wenig erfolgversprechend oder unrealistisch, da diese erneut von den realen gesellschaftlichen Bedingungen abheben. Westliche Transformationsmodelle für Osteuropa abstrahieren vom historisch völlig anderen Entwicklungsweg ost- und südosteuropäischer (weniger ostmitteleuropäischer) Gesellschaften, der sich mit dem Begriff des bürokratisch-zentralistischen Etatismus umschreiben läßt. Etatismus meint hier die historisch überragende Subjektrolle des Staates in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in weitgehend feudal-hierarchischen und bäuerlich-patriarchalischen Gesellschaften. Der russische Staat war um 1900 der größte Unternehmer und Kapitaleigner, dem zwei Drittel aller Unternehmen und Kapitalanlagen gehörten. Der Sowjetstaat setzte diese Tradition in Gestalt einer geplanten staatlichen Kommandowirtschaft fort. Da gewachsene soziale Strukturen für eine Marktwirtschaft fehlen, können an ihre Stelle nur Staatskapitalismus oder mafiose Strukturen einer gewendeten Wirtschaftsnomenklatura treten. Nach wie vor wirkt hier das feudale Erbe des außerökonomischen Zwangs durch den Staat nach, weniger ökonomische Zwänge des Kapitalismus. Wenn man so will, mischen sich in Rußland und Osteuropa noch immer Elemente verschiedener Formationen: Naturalwirtschaft, kleine Warenproduktion, genossenschaftliche Wirtschaft, Staats-

13 W. I. Lenin: Referat über Krieg und Frieden (Siebenter Parteitag der KPR(B), 6.–8. März 1918. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 81.

wirtschaft, kapitalistische Marktwirtschaft und – nicht zu vergessen – mafiose Schattenwirtschaft. Das gilt für vorsozialistische Perioden, eingeschränkt auch für realsozialistische, und erneut für postkommunistische Entwicklungsperioden.

Angesichts schwach entwickelter bürgerlich-kapitalistischer Elemente in Wirtschaft und Gesellschaft und der Dominanz feudaler und bäuerlich-patriarchalischer Verhältnisse brachte das zaristische Rußland – ähnlich wie das osmanisch geprägte Südosteuropa – keine differenzierte Sozialstruktur bürgerlicher Gesellschaften mit einem entsprechend differenzierten Interessen- und Vertretungpluralismus hervor. Auch die eher nach Ständen als nach Klassen gegliederte Sozialstruktur des Realsozialismus bringt keine pluralistischen Elemente in Wirtschaft und Gesellschaft hervor. Vielmehr sind alle Staatsangehörigen – Arbeiter, Bauern (Kollektivbauern), Intelligenz, Beamte, Funktionsträger – quasi Angestellte eines Staatssyndikats, vor 1917 verwaltet vom zaristischen Dienstadel, danach von der sowjetischen Nomenklatura.

Gesellschaftliche Rückständigkeit versetzt den Staat und seine zentralistische Bürokratie in die Rolle des eigentlichen Akteurs und der Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, konstituiert ihn als allmächtige Herrschaftsinstitution und dominanten Wirtschaftslenker in Osteuropa, was seinerseits die überkommenen Strukturen konserviert. Das gilt gleichermaßen für den Zarismus als eigentlichen Träger staatskapitalistischer Entwicklung wie für den realsozialistischen Etatismus als Träger geplanter Kommandowirtschaft auf der Grundlage des Staatseigentums.

Reformen von oben stellen das typische Instrumentarium etatistischer Gesellschaftstransformationen in Osteuropa, bedingt auch in Südosteuropa dar. Das gilt für Peter I. und Katharina II., für Witte und Stolypin im zaristischen Rußland ebenso wie für Lenin und Stalin, für Chruschtschow und Gorbatschow im sowjetischen Realsozialismus, übrigens auch für Jelzin im Postkommunismus. Selbst die Methoden Peters und Stalins, der rücksichtslose Einsatz zwangsrekrutierter Arbeitsarmeen und Häftlingsabteilungen für staatliche Großprojekte, weisen viele Analogien auf.

Ein ähnlich etatistisches Instrumentarium ließe sich auch für Reformen von oben im osmanischen Herrschaftsbereich in Südosteuropa nachweisen, angefangen bei den Tanzimat-Reformen des 19. Jahrhunderts, über die Reformen der Jungtürken und fortgesetzt mit den Industrie- und Staatsschutzgesetzen der verspäteten Balkanmonarchien.

Im postkommunistischen Osteuropa werden heutige Transformationsprozesse zu kapitalistischer Marktwirtschaft und demokratischem Pluralis-

mus, die gesellschaftliche Modernisierung bewirken sollen, bislang ebenfalls weitgehend mit etatistischem Instrumentarium von oben gesteuert, da Basiselemente dafür weitgehend fehlen. Unterschiede bestehen in den Transformationsmethoden:

- mehr Gradualismus in den entwickelteren Ländern (Tschechien, Ungarn, wechselnd in Polen), wo stärker ökonomische Hebel wirken;
- mehr Schocktherapie in schwächer entwickelten Ländern (Rußland, GUS-Staaten, Rumänien, Bulgarien), wo stärker außerökonomische Mittel eingesetzt werden.

Etatistische Schocktherapien der gesellschaftlichen Transformation zur kapitalistischen Marktwirtschaft, die nicht gerade von demokratischen Instrumentarien zeugen und von der Bevölkerung keineswegs als revolutionärer Wandel empfunden werden, sind bislang überwiegend mit negativen ökonomischen Ergebnissen, sozialen Verwerfungen und der Ausbreitung mafioser Strukturen verbunden.¹⁴

Der russische Historiker Medwedjew charakterisiert das Wesen des gegenwärtigen Umbruchs in Rußland äußerst kritisch: »Viele sprechen heute von einer neuen bürgerlich-demokratischen oder ›kapitalistischen‹ Revolution in Rußland. Die Veränderungen in den letzten fünf Jahren haben unser Land noch nicht auf den normalen oder zivilgesellschaftlichen Entwicklungsweg zurückgebracht. Bei der Beseitigung der Mängel des totalitären Sozialismus bedienen sich die Reformer von heute derselben Zwangsmethoden, der Methoden von Zerstörung und Gewalt, wie die Bolschewiki im Jahre 1918. Nur wird nicht von ›Kriegskommunismus‹, sondern von ›Schocktherapie‹ gesprochen, die neuen Anbeter des Marktes ähneln denen, die in den zwanziger Jahren über den Kriegskommunismus als die heroische Periode der russischen Revolution schrieben.«¹⁵

Auswege aus der Situation sind schwer auszumachen. Sicher muß man den osteuropäischen Gesellschaften Zeit lassen, eigene spezifische Wege aus der Krise zu finden, die gewiß Elemente staatlicher Wirtschaftslenkung mit marktwirtschaftlich-kapitalistischen Mechanismen verbinden müssen, anstatt erneut vermeintlich heilbringende privatkapitalistische Modelle des Westens anderen Gegebenheiten des Ostens überzustülpen.

14 Siehe Jörg Roesler: Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipzig (1996)3: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation II. S. 7ff.

15 Roy A. Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997 S. 47.

Ohne staatlich gelenkten Gradualismus können die gegenwärtigen Transformationsprozesse weder wirtschaftlich noch politisch gelingen, wengleich das Gefahren mafioser Strukturen und sozialer Verwerfungen einschließt. Ohne reale und massive Wirtschaftshilfe der Europäischen Wirtschaftsunion und anderer kapitalistischer Wirtschaftszentren können die anvisierten Transformationsprozesse gleichfalls nicht gelingen, wengleich inzwischen die Entscheidung über den Vorrang der NATO-Mitgliedschaft vor der EU-Aufnahme für die betroffenen Länder wenig Gutes verheißt. Osteuropa als Absatzmarkt, Rohstofflieferant und verlängerte Werkbank der EU würde die Spaltung Europas nur weiter östlich vertiefen.

Meines Erachtens sind die zu erwartenden Ergebnisse osteuropäischer Transformationen weitgehend offen: Restauration eines bürokratisch-zentralistischen Staatskapitalismus oder Installation eines deformierten und abhängigen Krypto-Kapitalismus sind ebenso möglich wie die allmähliche Wandlung zu marktwirtschaftlich-pluralistischen Gesellschaften mit eigenen traditionellen Strukturen, schlimmstenfalls auch die Rückkehr zu ökonomisch rückständigen, politisch bürokratisch-diktatorischen Verhältnissen. Inwiefern darüber spätere Generationen von Modernisierungsprozessen sprechen werden, bleibt abzuwarten.

MONTKA RUNGE, Mdl

Die Oktoberrevolution und ihr Weg in die Sackgasse

Es ist methodisch legitim, zum historischen Ausgangspunkt der Oktoberrevolution 1917 zurückzukehren, um jene Keimformen und strukturellen Defizite aufzuspüren, die für den Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus verantwortlich sind. Diese retrospektivische Sicht muß schließlich mit einer perspektivischen Sicht auf die Entwicklungschancen der Oktoberrevolution 1917 verglichen werden, um zu einem gültigen Urteil über dieses geschichtliche Ereignis zu gelangen.

Die Russische Revolution von 1917 war ein Kriegskind, wie E. Hobsbawm schrieb, und speziell die Oktoberrevolution ist nicht auf einen Putsch reduzierbar. Denn in den kriegführenden Ländern des ersten Weltkrieges zeichnete sich durch Wirtschaftskrise, Massenelend und Kriegsmüdigkeit eine Handlungsbereitschaft der Massen ab. Für diesen Fall brachten W. I. Lenin und Rosa Luxemburg die strategische Orientierung zum Kampf gegen Militarismus und Krieg ein, den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Dieser Bürgerkrieg brach nicht im europäischen Zentrum, sondern an der Semiperipherie, in Rußland, dem schwächsten Kettenglied der am Krieg beteiligten Länder aus.

Die Massendemonstrationen im Oktober 1916 gegen Krieg und Zarisismus zwangen die liberale Bourgeoisie zur Palastrevolte, eingeleitet mit der Ermordung Rasputins. Die zweite bürgerliche Revolution in Rußland vom Februar 1917 zwang Nikolaus II. zum Rücktritt und Großfürst Michail zum Thronverzicht. Im Verlauf dieser ersten Phase der Revolution traten unterschiedliche Interessenkonstellationen hervor, die machtpolitisch in einer Doppelherrschaft von provisorischer Regierung und Sowjets präsent waren. Nach der gewaltsamen Auflösung der Juli-Demonstrationen von 500.000 Menschen in Petersburg und nach dem Putschversuch unter General Kornilow Ende August 1917 mit dem Ziel einer Militärdiktatur war jede Aussicht auf eine friedliche Lösung des Interessenkonfliktes zerstört. Die Partei der Bolschewiki wurde erneut in die Illegalität gedrängt und nahm von nun an strikt Kurs auf einen bewaffneten Aufstand.

Nach dem erfolgreichen Aufstand unterbreitete Lenin den kriegführenden Ländern das Angebot, sofort Friedensverhandlungen aufzunehmen, was schließlich Rußland im März 1918 den Separatfrieden von Brest-Li-

tovska mit Deutschland brachte. Der dann durch ausländische Intervention und Bürgerkrieg über Jahre andauernde innere Kriegszustand gebar strukturelle Merkmale des ersten sozialistischen Staates und seiner Wirtschaft, die für dieses gesellschaftliche System später typisch werden sollten, damals Kriegskommunismus genannt. Alles gesellschaftliche Leben wurde mittels Befehl, Administration und Gewalt reguliert.

Welche Entwicklungsperspektiven verband Lenin mit dieser Revolution für Rußland und Europa? Eine sozialistische Perspektive dieser russischen Oktoberrevolution war für Lenin nur im Kontext einer gesamteuropäischen Revolution vorstellbar. Die Macht in Rußland zu erobern war relativ einfach. Weit größere Schwierigkeiten sah Lenin in den fehlenden kulturellen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus in diesem Rußland. Die von Lenin als asiatisch bezeichnete allgemeine Rückständigkeit gegenüber Westeuropa äußerte sich vor allem darin, daß sich nur in wenigen städtischen Zentren des europäischen Teils kapitalistische Wirtschaftsstrukturen herausgebildet hatten. Demgegenüber hatten sich auf dem flachen Lande dorfgemeinschaftliche Verhältnisse der »obščina« weitgehend erhalten. Die zaristische Herrschaft war von autokratischer Despotie geprägt. Diese allgemeine zivilisatorische Rückständigkeit konnte in Lenins Sicht nur mit Hilfe Westeuropas kompensiert werden. Als entscheidendes Maß für das Kulturniveau eines Landes galt ihm der Entwicklungsstand produktiver Kraft menschlicher Arbeit. Spätestens mit der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Herbst 1923 war die sozialistische Perspektive der Oktoberrevolution verspielt.

Als im Februar 1921 der Kronstädter Aufstand die Unzufriedenheit der Massen signalisierte, erzwang Lenin eine Wende in der Wirtschaftspolitik, die als konzeptionelle Selbstkorrektur bewertet werden kann. Als »Neue Ökonomische Politik« (NÖP) konzipiert, war sie ein strategischer Rückzug für einen längeren Zeitraum. Sie bedeutete inhaltlich die gleichzeitige Existenz unterschiedlicher Eigentumsformen sowie die Vergabe von Konzessionen an ausländische Firmen, um die Erdöl- und Rohstoffproduktion anzukurbeln, vor allem aber auch die Gewährung von steuerlichen Anreizen für die Bauern, um marktwirtschaftliche Mechanismen in Gang zu setzen. Karl Korsch hat die NÖP als bürgerliche Aufgabenstellung bewertet.

Dieser wirtschaftspolitische Kurs wurde nun aber Ende der zwanziger Jahre mit den Entscheidungen zur Industrialisierung des Landes und zur Kollektivierung der Landwirtschaft abrupt abgebrochen. Die Zwangskollektivierung der Bauern führte zu strukturellen Verwerfungen, die riesige Hungersnöte zur Folge hatten. Die beschleunigte Industrialisierung zur Ent-

wicklung einer eigenen Schwerindustrie wurde mit Zwangsarbeitern erreicht. Die berüchtigten Gulags entstanden und breiteten sich aus.

Es entsteht nun die Frage, warum der wirtschaftspolitische Kurs der NÖP nicht von Bestand war? Um diese Frage zu beantworten, stoßen wir auf das entscheidende strukturelle Defizit des politischen Sowjetsystems und der Oktoberrevolution. Die NÖP war in den staatlichen Institutionen, im politischen System nicht demokratisch legitimiert. Die durch die NÖP forcierte Kapitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft geriet in offenen Konflikt mit dem durch Einparteienherrschaft und später durch einen einzelnen Diktator repräsentierten sozialistischen Staat.

Die so entstandene Asymmetrie zwischen wirtschaftlicher Basis und politischer Machtstruktur wäre durch zwei Optionen auflösbar gewesen. Einer plural bestimmten ökonomischen Struktur hätte eine plural verfaßte politische Demokratie entsprechen müssen. Das hätte aber bedeutet, daß die Bolschewiki freiwillig auf ihre Alleinherrschaft verzichtet und die verschiedenen sozialen Schichtungen der Gesellschaft über ihre Parteienvertretungen in das politische System integriert hätten. Nicht dieser Weg wurde gewählt, sondern der eines *großen politischen Sprunges*. Um das politische System mit der wirtschaftlichen Basis zu harmonisieren, erzwang man mit brachialer Gewalt sogenannte sozialistische Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft und Industrie. Aus dieser politischen Fehlentscheidung ergeben sich alle weiteren Konvulsionen, die den ursprünglich humanistischen Anspruch der Oktoberrevolution in sein Gegenteil verkehrten.

Die Rückbesinnung der Oktoberrevolution selbst auf ursprünglich originär bürgerliche Ziele und Aufgabenstellungen war mit einer weiteren Schwierigkeit verbunden, die für Hobsbawm darin bestand: »Wenn Rußland nicht für die proletarische Revolution der Marxisten bereit war, dann war es auch nicht für die liberale ›bürgerliche Revolution‹ bereit. Selbst diejenigen, die wirklich nur diese Art von Revolution erreichen wollten, mußten erst noch einen Weg finden, bei dem man sich nicht allein auf die kleine und kraftlose liberale russische Mittelklasse stützen mußte – die ja nur eine winzige Minderheit in der Bevölkerung war, ohne jegliches moralisches Ansehen und öffentliche Unterstützung und ohne institutionalisierte Traditionen einer repräsentativen Regierung, in die sie hätte eingefügt werden können. Die ›Kadetten‹, die Partei des bürgerlichen Liberalismus, zählten weniger als 2,5 Prozent der Abgeordneten in der frei gewählten [...] verfassungsgebenden Versammlung von 1917–1918.«¹

1 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme*. München, Wien 1995. S. 82.

Die Vorbereitung der Wahlen zur Konstituante waren im Gange, als der Oktoberaufstand die politische Landschaft total veränderte. Gezielte Verhaftungen prominenter Mitglieder der politischen Opposition sowie Agitation von Linken und Bolschewiki gegen die verfassunggebende Versammlung schürten einen Konflikt pro und kontra verfassunggebender Versammlung. Als am 5. Januar 1918 Demonstranten für die konstituierende Versammlung warben, wurde auf sie geschossen. Die Toten und Verwundeten wurden in der Parteipresse verschwiegen. Diejenigen wurden verhaftet, die das Abzeichen trugen »Alle Macht der verfassunggebenden Versammlung«. Als die Versammlung zusammentrat, war alles vorentschieden. Swerdlow forderte namens der Bolschewiki, Macht und Programm der Sowjets zu akzeptieren. Bucharin verkündete die diktatorische Lösung der Machtfrage, und andere hielten das allgemeine Wahlrecht für einen Fetisch. Das Dekret zur Auflösung der verfassunggebenden Versammlung, von Lenin unterzeichnet, existierte bereits. In der Prawda hieß es dazu: »Die Diener der Banken, Kapitalisten und Gutsbesitzer, die Verbündeten von Kaledin und Dudow, die Sklaven der amerikanischen Dollars, die Meuchelmörder, d. h. die rechten Sozialrevolutionäre forderten in der verfassunggebenden Versammlung, ihnen und ihren Herren, den Volksfeinden die gesamte Macht zu übergeben.«²

Der politische Weg zu einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie war mit der Auflösung des Parlamentes abgeschnitten. Eingeschränktes Wahlrecht, Parteienverbot und Fraktionsverbot verengten die Entscheidungsgremien auf eine absolute Minderheit, die vorgab, Mehrheitsinteressen zu verwirklichen. Mit dieser Lösung der Machtfrage wurde die Mehrheit der Bevölkerung entmündigt. Es gab selbst in den Reihen der Bolschewiki Gegner einer solchen Lösung der Machtfrage. Fünf Volkskommissare legten nach Wolfgang Leonhard ihre Ämter aus Protest gegen eine bolschewistische Einparteienregierung nieder: Alexej Rykow (Inneres), Wladimir Miljutin (Landwirtschaft), Viktor Nogin (Handel und Industrie), Iwan Teodorowitsch (Ernährung) und Alexander Schljapnikow (Arbeit). Sie forderten – unterstützt von Grigori Sinowjew und Lew Kamenew – die Bildung einer aus drei sozialistischen Parteien bestehenden Regierung mit den Bolschewiki, Menschewiki und Sozialrevolutionären. Sie erklärten, »daß es andernfalls nur einen Weg gibt: die Aufrechterhaltung einer rein bolschewistischen Regierung mit dem Mittel des politischen Terrors [...] Dies werde zur Errichtung eines unverantwortlichen Regimes und zum

2 Peter Scheibert: Lenin an der Macht. Weinheim 1984. S. 20.

Ruin der Revolution führen.«³ Diese Prognose hat sich insofern bestätigt, als der Anlaß zu den Revolutionen 1989/1990 in Osteuropa eben Forderungen nach bürgerlichen Rechten und Freiheiten waren.

Jürgen Habermas spricht in diesem Sinne von nachholenden Revolutionen. Der »realexistierende Sozialismus« war genau an seinem zivilgesellschaftlichen Defizit und den damit verbundenen ökonomischen Folgen zusammengebrochen. Sämtliche Verratslegenden, die auf Michail Gorbatschow projiziert werden, zerschellen an diesem Defizit bürgerlicher Rechte und Freiheiten.

Die dritte Möglichkeit, die sich aus dem Oktoberaufstand ergab und schließlich als Weg eingeschlagen wurde, hat sich als Sackgasse erwiesen. Stalins Bruch mit Lenins auf Europa bezogener Sozialismusvorstellung führte zum »Aufbau des Sozialismus in einem Land«. Zum Gegner dieses national beschränkten Sozialismuskonzeptes avancierte L. D. Trotzki. Er bestand auf einer Strategie der permanenten Revolution in Rußland im Kontext einer Weltrevolution, obzwar die Aussichten darauf Mitte der zwanziger Jahre längst geschwunden waren. Den »herrschenden Stalinismus« und den »oppositionellen Trotzkiismus« diagnostizierte Korsch schon 1932 als Entartungen des sowjetrussischen Marxismus. Die auf Rußland beschränkt gebliebene Perspektive sozialistischer Entwicklung ließ den Widerspruch zwischen der durch die NÖP erzeugten ökonomischen Struktur und dem als sozialistisch ausgegebenen Charakter des Staates zunehmend als offenen Konflikt eskalieren. Statt in machtpolitischer Hinsicht den Rückzug anzutreten, setzte Stalin auf die Politik des großen ökonomischen Sprunges.

Diese faktische Entwicklung wurde zugleich durch drei entscheidende normativ ontologische Thesen verbrämt. Aus der Oktoberrevolution wurde die »Große Sozialistische Oktoberrevolution«. Zum einen: im Sozialismus verschärft sich der Klassenkampf angeblich mit Notwendigkeit; zweitens: die Machtfrage sei die Grundfrage jeder Revolution; und drittens: die Rolle des Staates unter Führung der Partei der Arbeiterklasse wachse ständig.

Mit dem Abbruch der NÖP 1928 und dem Beginn der beschleunigten Industrialisierung und Zwangskollektivierung – auch ursprüngliche Akkumulation im Sozialismus genannt – setzte dann die offene politische Gegenrevolution in einer halbasiatisch, rückständig geprägten Gesellschaft ein, was Trotzki in historischer Analogie zur französischen Revolution als »Bonapartismus« kennzeichnete. Die mit dieser Politik verbundenen Konvulsio-

3 Wolfgang Leonhard. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 7. November 1997. S. 15.

nen setzten sämtliche Repressivmittel des Staates gegenüber Gegnern, Kritikern und Andersdenkenden frei und führten zur Verselbständigung von Gewalt. Zugleich wurden demokratische Restinstanzen ausgehöhlt – Recht, Gesetz und Justiz machtpolitisch instrumentalisiert. Die sich bis etwa Mitte der dreißiger Jahre herausbildenden Strukturen des politischen Systems in der UdSSR wurden ihrerseits zu Reproduktionsbedingungen eines insgesamt feudalhierarchisch, ständisch gegliederten »Rangklassensystems« in Partei und Staat, dessen höchster Souverän Stalin war.

Eine synchrone Stalinisierung der Kommunistischen Internationale, ihrer nationalen Parteien und der verheerende Modellplatonismus verhinderten dann in den Volksdemokratien nach dem zweiten Weltkrieg eine selbstbestimmte, eigenständige sozialistische Entwicklung, von der Impulse zur demokratischen Erneuerung in die UdSSR selbst hätten zurückwirken können. Das typische Beispiel hierfür war die Auseinandersetzung mit Jugoslawien und dem sogenannten Titoismus. Wenn aber eine wirkliche Bewegung fehlt, herrschen Ideologie und Mythen. Die Chancen von 1953, 1956 und 1968 zur Selbsterneuerung wurden durch sowjetische Panzer und wegen intelligenzfeindlicher Ausgrenzung von Reformern verhindert.

Der Rückbezug des geschichtlichen Resultats am Ende des 20. Jahrhunderts auf den historischen Ausgang dieser Epoche und ihrer theoretischen Repräsentanten läßt den Schluß zu: Wir sind wieder bei Marx – und nun nicht nur bei ihm allein. Aber Marx vor anderen hatte die praktische Voraussetzung für den Kommunismus in der universellen Entwicklung der produktiven Kraft menschlicher Arbeit als weltgeschichtlicher Existenz von Individuen und ihrer Verkehrsverhältnisse und nicht etwa von ihrem empirisch lokalen Dasein abhängig gemacht. Ohne diese Voraussetzung wäre »der Mangel verallgemeinert«, würde »mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte ...«. Sofern der Kommunismus nur »als eine Lokalität« existiert, würden sich die »Mächte des Verkehrs« (universelle Produktivkräfte und universeller Verkehr der Menschen) nur als »heimisch-abergläubige ›Umstände« erhalten. »Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«⁴

4 Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 3. S. 34f.

MANFRED WEISSBECKER

Das gescheiterte Parteikonzept und der Weg »linker« Parteien ins 21. Jahrhundert¹

Vor mehr als drei Jahrzehnten entstand am damaligen Historischen Institut der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität ein Forschungszentrum, das sich mit der Geschichte der bürgerlichen Parteien befassen wollte. Der im Zentralkomitee der SED für Wissenschaft und Ideologie zuständige Sekretär hatte allerdings zuvor nachdrücklich gefragt, wozu dies denn nützlich sein sollte, ob es nichts mehr zur Geschichte der eigenen Partei zu forschen und zu publizieren gäbe. Unterliegen wir heute – so frage ich mich angesichts mancher Debatten, die z. B. im Augenblick anlässlich des 80. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution geführt werden – nicht erneut einer ähnlichen Blickverengung, wenn wir nahezu ausschließlich auf Defizite, Fehlentwicklungen und strukturelle Grundschwächen des Realsozialismus schauen, wenn uns jene Ursachen zu wenig interessieren, die gesellschafts- und systemübergreifenden Charakter tragen? Einige parteiengeschichtliche Überlegungen sollen verdeutlichen, wie aktuelle Fragen des deutschen Parteienwesens in historische Zusammenhänge einzuordnen sind.

Möglicherweise läßt sich unser »kurzes Jahrhundert« nicht nur anhand dreier Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden drei systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien² und Parteytypen, von

-
- 1 Gekürzte und geringfügig veränderte Fassung eines Beitrages, den der Verfasser auf der Konferenz »Die Revolutionen von 1917/1918 und das Ende des 20. Jahrhunderts« des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. am 26./27. September 1997 gehalten hat und der in ihrem Tagungsprotokoll erscheinen wird.
 - 2 Selbst die Definition des Parteienbegriffs ist außerordentlich unterschiedlich geraten. So lautet die Begriffsbestimmung von Alemanns beispielsweise: »Parteien sind auf Dauer angelegte gesellschaftliche Organisationen, die Interessen ihrer Anhänger mobilisieren, artikulieren und bündeln und diese in politische Macht umzusetzen suchen – durch die Übernahme von Ämtern in Parlamenten und Regierungen.« (Ulrich von Alemann: Parteien. rororo special. Reinbek bei Hamburg 1995. S. 9). Etwas präziser stellte das Bundesverfassungsgericht heraus, »daß in der Demokratie von heute allein die Parteien die Möglichkeit haben, die Wähler zu politisch aktionsfähigen Gruppen zusammenzuschließen. Sie erscheinen geradezu als Sprachrohr, dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können.« ...

Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. In Deutschland gab es den Parteienstaat in seiner Weimarer Ausprägung, die folgenreiche diktatorisch-terroristische Herrschaft der faschistischen Organisationen, den staatssozialistischen Machtmißbrauch »führender« Parteien; und gibt es die verheerende Okkupation des Staates durch machtmonopolisierende, sich selbst gleichsam verstaatlichende Großparteien. Erfreulich mutet allein die Tatsache an, daß es immer auch alternative Organisationsformen gab, paradox aber, daß auch diese stets parteibezogen waren und sind.

Neues ist kaum noch denkbar. Unabhängig davon, daß Schönredner gegenwärtiger Verhältnisse gern die Parteiendemokratie als Gipfelpunkt massenpartizipatorischer und emanzipatorischer Wirksamkeit bezeichnen, liegt der Gedanke nahe, daß sich die durch bisherige Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit erschöpft haben. Folgt man ihm, würde es sich lohnen, über die Verbesserung der Verhältnisse durch einzelne Parteien, aber auch über generelle Alternativen zum bestehenden Parteienwesen nachzudenken. Auf jeden Fall kann ich mir keine mit Aussicht auf Erfolg agierende sozialistische Partei vorstellen, die nicht auch die parteiengeschichtlichen und die parteientheoretischen Aspekte ihres Ringens reflektiert, die nicht ihren Platz im Parteienwesen zu be-

... (Siehe Hanno Drechsel/Wolfgang Hilligen/Franz Neumann: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. Bd. 5. Baden-Baden 1980. S. 423). Demgegenüber heißt es bei Neumann: »Zusammenschluß von Bürgern aufgrund von gemeinsamen Interessen und gemeinsamen politischen Vorstellungen über die staatliche Ordnung. Ziel der politischen Parteien ist die Übernahme der Herrschaft im Staat, allein oder in Koalition mit anderen Parteien [...] In repräsentativen Demokratien besitzen die Parteien ein faktisches Monopol in der Kandidatenaufstellung zu Parlamentswahlen auf allen Ebenen, sie bestimmen über die Fraktionen die Regierungen und entsenden in viele Institutionen ihre Vertreter. Die Bedeutung der Parteien in modernen Staaten entspricht die Bezeichnung Parteienstaat und die Forderung nach innerparteilicher Demokratie als Voraussetzung der Demokratie im Staat.« (Ebenda. S. 415f.). Im Kleinen Politischen Lexikon, das 1978 in der DDR erschien, hieß es: »Politische Vereinigung, gebildet aus Repräsentanten einer sozialen Klasse, die deren Ziele programmatisch fixiert, ihre politischen Schritte ideologisch begründet und organisiert und um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpft. In den kapitalistischen Staaten werden die beiden Grundklassen von zwei Grundtypen der politischen Partei repräsentiert: von der Partei der Bourgeoisie und von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.« (Siehe Kleines Politisches Lexikon. Berlin 1978. S. 481). Und in »Meyers Neues Lexikon« von 1964 wurde kurzschlüssig geschrieben: »Politische Organisation, die die Interessen einer bestimmten Klasse oder Klassenfraktion vertritt und deren Kampf leitet. In der Partei vereinigen sich die aktivsten Vertreter von Klasseninteressen.« (Meyers Neues Lexikon. Bd. 6. Leipzig 1964. S. 417).

stimmen trachtet und die nicht selbst ihre Organisationsformen dem Interesse der Zukunft zuzuordnen bereit ist.

Die Revolutionen der Jahre 1917/1918 und ihre Ergebnisse, vor allem aber deren weitgehende Aufhebung acht Jahrzehnte danach machten und machen zwar das realsozialistische Parteikonzept – gekennzeichnet u. a. durch die Begriffe Avantgarde, demokratischer Zentralismus, Politbürokratismus – zum Gegenstand lebhafter Debatten, doch übergreifende parteiengeschichtliche Aspekte, auf die es ganz wesentlich ankommt, werden immer noch zu wenig beachtet. Es scheint niemanden zu stören, bei der Behandlung der Jahre 1917/1918 lediglich die neu entstandenen Parteien in den Blick zu nehmen oder – wie in einer Publikation des Marxistischen Forums der PDS jüngst geschehen – deren Scheitern einzig und allein auf die sogenannte »Verbürgerlichung« proletarischer Parteien zurückzuführen.³ Von komplexem, dialektisch-kausalem Denken kann bei einer solchen bloßen Binnensicht wohl kaum die Rede sein.

Zu erinnern wäre daran, daß der Erste Weltkrieg und die Revolutionen an seinem Ende keineswegs allein die Formierung kommunistischer Parteien mit sich brachten, sondern ebenso einen enorm großen Einfluß auf alle damals bestehende Parteien sowie auf die weitere Entwicklung des gesamten Parteienwesens in Deutschland ausübten. Auf jeden Fall ist die Tatsache unübersehbar, daß seither die politischen Parteien endgültig zu einem konstitutiven Element jeder Herrschaftsausübung geworden sind, sich ihre Bedeutung generell erhöht hat. Parteien wurden und werden von allen Regimen benötigt, unabhängig von deren demokratischem, liberalem oder diktatorischem Zuschnitt. Parteien waren stets abhängig vom jeweiligen Herrschaftssystem, d. h. von jener Art und Weise der Machtausübung des Staates, die den Herrschenden gefiel und die Beherrschte sich gefallen ließen. Ihre im Verhältnis zum Staat größere Wendigkeit und Beweglichkeit machten sie zu einem dynamischen Bestandteil der sich ausweitenden Machtapparate. Zugleich aber ließen deren Anfälligkeit gegenüber allen Erschütterungen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens sie selbst von einer Krise in die andere geraten.

Ein notwendiger Rückblick führt ins 19. Jahrhundert. In ihm formierten sich die politischen Parteien aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Ihr Anliegen bestand in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft; insofern beruhten ihre Existenz-

3 Siehe Gerhard Brantner: Verbürgerlichung – das Verhängnis der sozialistischen Parteien. In: Marxistisches Forum. Berlin (1996)4. S. 2.

fähigkeit und ihre Machtorientierung vorrangig auf dem Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Parallel zu ihren partiellen Anliegen erhoben sie allerdings und von Anfang an zugleich den hehren Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen, was weder einer sprachlichen noch jeder inhaltlichen Logik entsprach, wohl aber der Realität. Die jeweilige konkrete Erscheinungsform politischer Parteien ergab sich daher zwar primär, jedoch keineswegs allein aus den jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen. Sie wurde von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von nationalstaatlichen Rahmenbedingungen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m.

Mit anderen Worten: Parteiegoistische Interessen überlappten sich mit parteienübergreifenden. Letztere richteten sich zunächst und durchaus emanzipatorisch gegen feudalaristokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter bürgerlicher Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Gerade in dieser Hinsicht unterlagen die Parteien 1917/1918 in Deutschland einem nachhaltigen Wandlungsprozeß, wahrscheinlich sogar dem umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren. Sie standen unter dem Druck in Bewegung geratener und sich politisierender Massen. Diese schufen – nahezu spontan und in unterschiedlichsten Formen – erstmalig Korrektive für die Parteien. Insbesondere die Arbeiterräte, die Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und nicht zuletzt auch Parteien und parteiähnliche Organisationen, die das Konzept eines »dritten Weges« verfolgten, wiesen über die Grenzen hinaus, die den Parteien – und hier nehme ich ebenfalls die Arbeiterparteien nicht aus – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind.

Das neue Zusammenspiel von fortschrittsorientierten Parteien und sozialen Bewegungen bot der Demokratie und dem Übergang in eine nichtkapitalistische bzw. in eine den Kapitalismus einschränkende Gesellschaft eine große Chance. Ihr begegneten die konservativen Kreise der deutschen Gesellschaft mit offenem Haß und neue Formen suchender extremistischer Politik, aber auch mit parteiorganisatorischen Konsequenzen. Zu letzterem gehörte nicht allein der weitgehende Zusammenschluß ihrer Parteien zur DNVP, wobei selbst die Deutsche Vaterlandspartei integriert wurde, sondern auch das Bestreben, anders als bisher und orientiert am Beispiel der erfolgreichen Sozialdemokratie einen Massenanhang an sich zu binden.

Schließlich zeichneten vor allem sie verantwortlich für die Herausbildung des Rechtsextremismus in ihrem Um- und Vorfeld. Als Ziel schwebte ihnen eine bürgerliche Einheitspartei vor. Der eingeschlagene Weg sollte schließlich zur faschistischen Partei als einer bürgerlichen Partei »neuen Typs« führen.

Es war der endgültige Verzicht der konservativen und bürgerlich-liberalen Parteien auf ihre früheren emanzipatorischen Grundlinien, der das Parteienwesen polarisierte und alle programmatischen Ideale, Werte, Utopien – beispielsweise die einer parlamentarischen Demokratie – dem reinen Ringen um politische Macht bzw. um deren Erhaltung unterordnen ließ. Noch weniger als bis dahin konnten sie sich über ihren Parteien-Egoismus erheben: *Machtfragen* dominierten über *Sachfragen*, taktische Erwägungen über gesellschaftliche Notwendigkeiten. Das Weimarer Vielparteiensystem verdeckt etwas die Tatsache, daß ein Ergebnis der rein machtpolitisch bedingten Polarisierungsprozesse in einer quantitativen Vervielfältigung des Parteienwesens bei gleichzeitiger Herausbildung sogenannter Großparteien bestand. Die bis dahin üblichen »Honoratiorenparteien« bemühten sich, zu großen Mitgliederorganisationen zu werden, zu Massen- bzw. Massenintegrationsparteien. Mit der wachsenden sozialen Heterogenität von Mitglieder- und Wählerscharen der fälschlicherweise »Volksparteien« genannten Großparteien entstand auch Neuartiges für ihre Konkurrenzsituation. Diese war – neben den bereits genannten Faktoren – noch stärker von Interessenüberlagerung und Gemeinschaftsdemagogie gekennzeichnet. Letztere erreichte ihre extreme Zuspitzung im faschistischen Axiom von der »Volksgemeinschaft der Deutschen«, wobei die NSDAP – trotz oder wegen ihrer barbarischen Intoleranz gegenüber allen Nicht-Deutschen, insbesondere gegen die Juden, Slawen, Sinti, Roma usw. – sogar zur mitgliederstärksten Partei in der deutschen Geschichte werden konnte. Auch später haben die Vorstellungen von einer bürgerlichen Einheitspartei eine große Rolle gespielt, denken wir nur an die parteipolitischen Absichten in den antifaschistischen Oppositionskreisen um Carl Goerdeler 1943/1944, an die Vereinigung katholischer und protestantischer Parteien zur konservativen CDU/CSU nach dem Zweiten Weltkrieg.

Manche der damaligen Wandlungen im deutschen Parteienwesen lassen sich einem spezifizierten Olympia-Motto zuordnen: »Immer mehr Mitglieder – immer breiterer Anhang – immer festere Organisation«. Gerade sie beschleunigten einen Prozeß, den wir bisher zu wenig berücksichtigt haben dürften: Die aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisationen erwachsende Oligarchisierung in den Parteien und die Bürokratisierung sich auswei-

tender Parteiapparate. Seit den Untersuchungen von Robert Michels sind diese Prozesse bekannt. Bereits 1911 stellte er fest, daß die SPD, obwohl sie die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, die innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung offensichtlich diese auch nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines »ehernen Gesetzes der Oligarchie«, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: »Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie [...] Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.« Ferner heißt es bei ihm: »Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.« Und schließlich: »Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.«⁴ Parteien sind also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele vermuten läßt.

Wie dem auch sei, während des 20. Jahrhunderts erhöhte sich die Bedeutung der politischen Parteien Schritt für Schritt. Heute kann Herrschaft ohne sie nicht ausgeübt werden, doch stehen sie den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege. Die etablierten Großparteien sind unfähig, das grundgesetzlich fixierte politische Mitwirkungsgebot der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen. Grundsätze wie das Prinzip der Gewaltenteilung, der institutionellen Machtbalance und der Ermöglichung einer kritischen Öffentlichkeit sind durch einen nichtöffentlichen Machtgebrauch und offensichtlichen Machtmißbrauch außer Kraft gesetzt. Arroganz, Selbstbezogenheit und nicht zuletzt auch eine Selbstversorgungsmentalität haben aufklärerische Prinzipien, demokratische und liberale Normen längst über den Haufen geworfen.

Die Repräsentation der Gesellschaft durch Parteien ist einer parteipolitischen »Kolonialisierung« der Öffentlichkeit gewichen.⁵ Skandale aller Art prägen das Erscheinungsbild insbesondere der Großparteien. Sie unterbreiten ein unzulängliches konzeptionelles Angebot und bevorzugen in personeller Hinsicht den Typ karrieristisch-anpassungsfähiger Berufspolitiker. All

4 Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze. 3. Aufl. Stuttgart 1969. S. 47f.

5 Siehe Rolf Ebbighausen [u. a.]: Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1996. S. 446.

die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate, die Bemühungen zur Ausschaltung unbequemer oppositioneller Parteien haben ein Übermaß erreicht. Ulrich von Alemann – der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens und weiß Gott kein »Linker« – sieht vor allem vier Struktur­mängel: *erstens* die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien, *zweitens* die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien, *drittens* die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht, und *viertens* die Dominanz des Eigeninteresses sowie die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien.

So steht also am Ende des 20. Jahrhunderts, an dem wesentliche Revolutionsergebnisse von 1917/1918 aufgehoben worden sind, auch die Frage zur Debatte, was denn die Parteien des 21. Jahrhunderts sein werden und sein können. Werden sie sich reformieren lassen und zu wirklichen demokratischen Organisationen umgestalten können? Werden sie Parteigoismen wenigstens im Hinblick auf jene immer globaleren Charakter annehmenden Bedürfnisse der Gesellschaft bewältigen helfen? Oder soll auch künftig die sich verselbständigende Großparteienmacht jede Menschlichkeit ersticken? Parteien haben Konflikte der Gesellschaft auszutragen, doch – so denke ich – sind sie im Augenblick völlig ungeeignet zu gewährleisten, daß dies zumindest in einem einigermaßen geregelten Nebeneinander, in globalen Fragen auch in solidarischem Füreinander geschieht. Selbstvergottung und Sündenabweisung, geschichtspolitische Selbstverklärung und Verteufelung des Konkurrenten nehmen eher zu als ab.⁶

Die Frage, ob es zur Gestaltung einer demokratischen Zukunft völlig neuer Organisationstypen bedarf, kann ein Historiker als »rückwärtsge­wandter Prophet« nicht beantworten. Wie künftige parteipolitische Entwicklungsprozesse gestaltet oder zumindest beeinflußt werden können, hängt allerdings auch vom exakten Wissen um die Geschichte der politischen Parteien und des Parteienwesens ab. Das gilt m. E. auch für »linke« Parteien. Sie befinden sich in einer paradoxen Situation: Ihr Erfolg – er ist wohl nur als Ergebnis jeweiliger Profilausprägung *und* gemeinsamer Bemühungen denkbar – hängt wahrscheinlich auch davon ab, inwieweit sie be-

6 Nach wie vor gilt, was »Die Weltbühne« vom 10. November 1925 satirisch so charakterisierte: »Herr, mach uns frei!/ Reinige uns vom Verdacht und der Sünde./ Wir haben parteipolitische Gründe./ daß unsere Weste sauber sei.« (siehe Roter Dolchstoßseufzer. In: Die Weltbühne. Berlin (1925)45. S. 739).

reit sind, eine »Partei von unten« und *für* die Gesellschaft zu sein, inwiefern ihre Führungen innerparteiliche Prozesse ständig auf hohem demokratischen Niveau zu halten in der Lage und zugleich fähig sind, sich zielgerichtet an Korrektiv-Potentialen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Medien u. ä. m. zu orientieren. Diese sich zunutze zu machen heißt, sie zu wollen, sie zu fordern und zu befördern, auch dort, wo vermittelte Einsichten schmerzen, auch dann, wenn pragmatische Tagesprobleme sie zu überlagern drohen. Nicht zuletzt kann es darauf ankommen, daß »linke« Parteien in Deutschland für eine Reform des Parteienwesens einzustehen haben, die alle Parteien dazu zwingt und sie in die Lage versetzt, ihre grundgesetzlich fixierten Aufgaben erfüllen zu können. Denn daß sie z. B. bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen, ist gut und schön, doch wäre zu gewährleisten, daß dies in jeder Hinsicht ungehindert, wirkungsvoll und zu jeder Zeit – nicht allein alle vier oder fünf Jahre bei Wahlen – erfolgen kann ...

WOLFGANG GEIER

Letzte Stationen der Hoffnung

Lasciate ogni speranza,
*voi ch' entrate!*¹

Acht Jahrzehnte nach den russischen Revolutionen des Jahres 1917 beschäftigen sich Historiker, Politologen und andere erneut mit Fragen nach den Ursachen und Wirkungen, dem Charakter und Typus dieser Umwälzungen. Wie bisher, so werden dazu auch in dieser Diskussionskampagne neben bekannten gegensätzlichen Meinungen bestimmte Gesichtspunkte kaum oder gar nicht erscheinen: Wie sahen, verstanden die wichtigsten Gestalten (Lenin, Trotzki, Sinowjew, Kamenjew, Bucharin) die Ereignisse vom Oktober 1917 bis zum November 1918 in ihren zeit- oder weltgeschichtlichen Dimensionen, etwa in Hinsicht auf die Auslegungen und Anwendungen der Revolutionstheorie von Marx? Wie begriffen sie ihre eigene Rolle in diesem Geschehen, jenseits der Selbst- und Fremdbilder in offiziellen Biographien, tatsächlich? Aus welchen Gründen und durch wen veranlaßt trat an die Stelle der erbarmungslosen politischen Prosa der Jahre 1917–1921 die verklärende Revolutionslyrik der zwanziger und dreißiger Jahre? Welche Brüche und Wendungen kennzeichnen das wirkliche Verhältnis der entscheidenden Personen und Gruppen zueinander wie zu den von ihnen in Gang gesetzten Umwälzungen? Welche ihrer ursprünglichen Absichten stimmten in welchem Maße und wie lange mit ihren Überzeugungen einerseits und den erzeugten Wirkungen andererseits überein? Zu welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen geht die zunächst von Lenin geprägte Führungsgruppe der Bolschewiki den Weg des sich verselbständigenden, absoluten Terrors nach innen und außen als schließlich einzigem Mittel von Machterhalt und -ausübung? Warum und wann werden die (vor)revolutionären Absichten und Vorsätze aufgegeben und statt einer durch die lokalen, regionalen und zentralen Sowjets gestalteten sozialistischen Massendemokratie jene gegen die Sowjets und die Volksmassen gerichtete Diktatur einer Parteioligarchie mittels Terror eingeführt?

1 Dante Alighieri: Divina Commedia; Inferno, III, 9 (»Die ihr eintretet, laßt alle Hoffnung fahren!«).

Diese und andere Fragen können hier nicht beantwortet werden. Sie und andere werden sicher auch in künftigen Diskussionen über das Jahr 1917 und seine Folgen bis zum Ende des Jahrhunderts erscheinen. In Hinsicht auf das von der Leninschen und später Stalinschen Führung praktizierte Verständnis des Verhältnisses von Revolution und Terror kann man jedoch eine Erklärung versuchen. Die Verwandlung der Revolution in Terror, die gewaltsame Durchsetzung einer etwa den Marxschen Vorstellungen grundsätzlich widersprechenden Diktatur (nicht der des Proletariats und nicht einmal seiner Avantgarde, sondern einer terroristischen Gruppe in der Parteiführung) und die Beseitigung der Möglichkeiten zur Gestaltung sozialistischer Massendemokratie deuten auf folgendes hin: Tendenziell bereits Lenin und später exemplarisch Stalin hatten eine grundlegende Abneigung gegen »Demokratie«. In den Erfahrungen aus oder mit der russischen Geschichte, im historischen Gedächtnis dieser russischen Intellektuellen oder Berufsrevolutionäre hatte »Demokratie« keinen Raum, die Vorstellungen über sie waren mit »bürgerlich«, »parlamentarisch«, »imperialistisch« und ähnlich besetzt. Die ihrem Begriffsvermögen entsprechende Form von Machtausübung war formaltheoretisch die »Diktatur des Proletariats« als Alternative zur »Diktatur der Bourgeoisie«. Diese »Diktatur« wäre jedoch praktisch nur auf der Grundlage historisch-konkreter, revolutionärer Formen sozialistischer Massendemokratie möglich gewesen. Dem standen jedoch die Ansichten und die Absichten bereits Lenins und später Stalins entgegen. In ihrem Verständnis bedeutete »Diktatur des Proletariats« nicht die Machtausübung einer Avantgarde mittels der Partei für die »werktätigen Volksmassen« und in ihrem Auftrag, sondern einer die Macht usurpierenden Gruppe in der Parteiführung über und damit gegen die Partei, die Klasse(n), die Masse(n). Dieses Selbstverständnis von Machterwerb und Machtausübung konnte nur durch den »roten Terror« im Namen der Revolution, der Partei, der Klasse, also gegen sie durchgesetzt werden.

WELCHE REVOLUTION?

Die Bezeichnung *Große Sozialistische Oktoberrevolution* entstammt der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre und wurde später in den sozialistischen Bruderländern übernommen. Lenin sprach in den Instruktionen des Petrograder Sowjets von der Vorbereitung und Durchführung des *bewaffneten Aufstandes*, später etwa von den Aufgaben *unserer Revolution, von proletarischer und von*

Weltrevolution. Seit Jahrzehnten erscheinen in verschiedenen Quellen und Variationen Beschreibungen wie *Bolschewistischer Putsch mit finanzieller und organisatorischer Hilfe der deutschen Obersten Heeresleitung* (der ominöse »plombierte Waggon«!). Es ist bemerkenswert, daß die eingangs genannte offizielle Bezeichnung in den vergangenen Jahrzehnten besonders nachdrücklich im politischen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch der DDR erschien, mitunter mehr als in der UdSSR selbst, und erheblich häufiger als in anderen sozialistischen Ländern. Interessant ist auch, daß in der Historiographie der DDR die Wendungen *Große* für die französische Revolution 1789 bis 1794 wie für die russische vom Oktober/November 1917 und danach bevorzugt wurden. In der französischen wissenschaftlichen und sonstigen Literatur sucht man etwa eine »*Grande Révolution*« jedoch von *Révolution française*. Auch der Terror (*terreur*), die »Schreckensherrschaft« sind nicht »groß«, sondern eben schrecklich oder furchtbar.

Einige Führer der Bolschewiki waren bereits während der Vorbereitungen des bewaffneten Aufstandes, seiner politisch-agitatorischen und militärisch-administrativen Führung und besonders in der Begründung der Handlungen des Rates der Volkskommissare (Sownarkom) im Jahre 1918 bemüht, dem Umsturz eine genuine und originäre, gewissermaßen eine singulare weltgeschichtliche Dimension zu geben und dies durch Hinweise auf historische revolutionäre Kontinuitäten zu legitimieren. Die britische *Glorious Revolution* der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts kam dafür jedoch kaum oder gar nicht in Betracht. Einige nicht aus dem deutschsprachigen Raum stammende Historiker haben interessante Analogien zwischen Auffassungen von Machterwerb und Handhabungen von Gewaltanwendung bei Cromwell, Bonaparte und Lenin entdeckt. Er jedoch und andere bevorzugten die weltgeschichtliche Initialzündung sowie Inanspruchnahme von Parolen und Praktiken der französischen Revolution, besonders der Jahre 1792 bis 1794.

Gelegentlich schimmerte auch deren eigentlicher historischer Ausgangspunkt durch: die nordamerikanische Revolution der Jahre 1776–1781. Diese Linie wurde jedoch kaum rückwärts verfolgt oder beansprucht, ihr fehlte die proletarische Dimension, welche mit dem vierten Stand, den Enragés, den Sektionen und später den Communarden von Paris dingfest gemacht werden konnte. Daß in der nordamerikanischen Revolution erstmalig jene Vorformen demokratischer Selbstverwaltungskörperschaften (wards) entstanden, die sich 1789/1794 in die Sektionen, 1871 in die Organe der Communarden von Paris und schließlich zwischen 1895 und 1905 in die

Idee, die Form der Sowjets verwandelten, wurde – außer in Schriften einzelner (menschewistischer) theoretischer Köpfe zwischen 1895 und 1918 – nicht erwähnt.

In Briefen an die Petrograder Arbeiter gebraucht Lenin die Wendung Dantons »Kühnheit, Kühnheit, abermals Kühnheit (Audace, audace, encore audace)!« *Audace* kann allerdings auch Verwegenheit oder Dreistigkeit, Frechheit bedeuten; aber auf solche feinen Unterschiede kam es wohl nicht an. Entlehnungen aus der Sprache der französischen Revolution und weiterer historischer Requisiten aller Art durch manche bolschewistischen Führer fallen immerhin auf. Die stärksten Eindrücke und die häufigsten Bezüge verbinden sich jedoch mit der *terreur*, der politisch-moralischen Legitimation (der »Theorie«) und der administrativen Praxis des in diesem Falle »roten« Terrors. Man kann bereits vor dem bewaffneten Aufstand und in einer geradezu exzessiven Weise in den Monaten und Jahren danach von einer Faszination des Terrors bei politisch und intellektuell führenden Bolschewiki (und früheren Menschewiki) sprechen, bei Lenin ebenso wie bei Sinowjew, Kamenjew, Bucharin, Lunatscharski und anderen. Später erhob Stalin den »einfachen« physischen Terror, die physische Vernichtung unzähliger einzelner und nicht zählbarer Millionen Menschen zum Selbstzweck, zu einem in der Weltgeschichte beispiellosen Götzendienst, zur *ultima ratio ducis* (in diesem Falle des *woschd*).

Welche Revolution also? Die Verwirklichung der *Diktatur des Proletariats* in Gestalt einer *bolschewistischen Räterevolution*. Die von Marx bereits in dem bekannten Weydemeyer-Brief (1852) angedeuteten, in den umfangreichen Erörterungen über die Pariser Commune enthaltenen, später von Lenin zunächst teilweise und scheinbar übernommenen, dann jedoch wesensfremd umgedeuteten theoretischen Begründungen für eine praktische Diktatur des Proletariats sind nun schon nicht mehr erkennbar. Die theoretische und praktische Konzeption der Räteherrschaft wird, kaum installiert, wieder liquidiert. Besonders die »menschewistischen« Sowjets werden so bekämpft, als ob es sich um Verkörperungen, Vorposten des Klassenfeindes schlechthin handele. Lediglich die bolschewistischen Sowjets werden noch eine Weile geduldet, sofern sie sich dem Kommando der Zentrale unterwerfen; wo nicht, werden sie ebenfalls zerschlagen. Zwischen dem II. und III. Kongreß der Sowjets wird die »bourgeoise« Konstituante als letztes Überbleibsel aus der Zeit der Provisorischen Regierung auseinandergejagt.

Das für die historische Legitimation einer Diktatur des Proletariats als wesensbestimmend und unumstößlich verstandene Verhältnis von Masse,

Klasse, Partei (Vorhut) und Führung hat sich in sein bizarres Gegenteil verkehrt: Eine usurpatorische Gruppe in der Parteiführung, entschlossen, ihre Personenmacht mit allen Mitteln, vor allem denen des »revolutionären Terrors« zu sichern, übt mittels der Kader, Strukturen und Organe der Partei eine absolute Diktatur über diese, die Klasse und die Volksmassen aus. Die noch bestehenden, gefügig gemachten Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern-Deputierten haben lediglich die Funktion, diese Macht von oben nach unten um jeden Preis, mit allen Mitteln sichern oder auch nur darstellen zu helfen. Legitimierte basisdemokratische Selbstverwaltungskörperschaften, aus denen sich nach Revolution, Bürgerkrieg und Intervention eine sozialistische (Sowjet-)Demokratie von unten nach oben aufbauen und gestalten ließe, sind sie spätestens im Jahre 1921 nicht mehr. Die Niederschlagung der Kronstädter Aktionen der Sowjets der Soldaten-Deputierten ist nur eines der letzten Zeichen dafür, daß die fortwährend beschworene Losung »*Alle Macht den Sowjets!*« tatsächlich ausgedient hat, für diese Hoffnung die Endstation erreicht ist. Die bolschewistische Räterevolution nimmt nun Züge dessen an, was bereits Marx und andere Zeitgenossen, gelegentlich früher auch Lenin einen bonapartistischen Charakter nannten. Es entsteht die Diktatur einer um eine Person gescharten, von ihr beherrschten Gruppe in der Führung der Bewegung gegen die Partei, die Klasse, die Masse. Diese Herrschaft, welche ohne jede objektive wie subjektive, historische wie revolutionäre Legitimation die Macht usurpiert, kann fortan nur noch mit physischem Terror, mit Terror im Namen der Revolution, der Partei, von Staats wegen durchgesetzt und durchgehalten werden. Damit verwandelt sich die Revolution in ihr Gegenteil. Sie verliert ihren progressiven, emanzipatorischen Charakter in dem Maße, wie der Terror gegen die Mitglieder der Partei, die Anhänger der Bewegung, das eigene Volk ihr Wesenzug, Hauptmerkmal, Selbstzweck werden.

ULTIMA RATIO DUCIS

Am 23. Dezember 1793 sprach Maximilien de Robespierre vor dem Konvent »Über die Grundsätze der Revolutionsregierung«. In dieser Rede findet sich die bekannte Passage: »Habt Ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt?« Robespierre stellte diese rhetorische Frage, um die Zustimmung des Konvents für die bisherigen und vor allem für die künftig geplanten Maßnahmen der *terreur* zu erhalten: *Massenhinrichtungen aller Volksfeinde nach kurzem Prozeß oder durch außerordentliche fliegende Tribunale, die*

zunächst aus drei oder zwei Bevollmächtigten, schließlich noch aus einem Konventskommissar bestanden. Robespierre rechtfertigte die *außerordentlichen Maßnahmen* mit der permanenten Bedrohung der Revolution und der Republik durch ihre inneren und äußeren Feinde. Ein halbes Jahr später wurden er und seine Gruppe selbst Opfer dieser Politik.

Die Führung der Bolschewiki gebrauchte in einer analogen Situation gleiche oder ähnliche Bezeichnungen und griff zu vergleichbaren Maßnahmen. Der II. Sowjetkongreß hatte außer den Dekreten über den Frieden und den Boden auch die Aufhebung der Todesstrafe beschlossen. Lenin erklärte das als Wahnsinn und begründete dies damit, daß man nicht »die Revolution ohne Erschießungen durchführen« könne. Etwa zur gleichen Zeit äußerte Gorki in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Neues Leben«, daß Lenin, Trotzki und andere bereits vom faulenden Gift der Macht verseucht seien; diese Einsicht war einer der Gründe für seinen baldigen Weggang. Zur Umgehung des oben genannten Beschlusses wurde im Dezember 1917 die *WeTschKa* gebildet. Im Januar 1918, unmittelbar nach Beseitigung der Konstituante, wird zum »Massenterror gegen Volksfeinde« (eine Entlehnung aus der Terminologie der französischen Revolution, später in der Sprache solcher bolschewistischer Terroristen wie Molotow, Woroschilow, Wyschinski, Jagoda, Jeschow und Berija in *Volksschädlinge*, auszurottendes Ungeziefer assoziierend, gesteigert) aufgerufen; die ersten auch so genannten *Konzentrationslager* entstehen. In Telegrammen sowohl Lenins als auch des zuständigen Volkskommissars an die Exekutivkomitees der Gouvernements Nishni Nowgorod und Pensa vom August 1918 werden »schonungsloser Massenterror gegen Volksfeinde, Einsperren in Konzentrationslager »außerhalb der Stadt« (!) sowie Dreierkollegien von Diktatoren« gefordert, welche die »physische Liquidierung der schädlichen Elemente« bzw. ihre »Deportation« durchführen. Am 5. September 1918 beschloß der Sownarkom offiziell den *Roten Terror* gegen alle inneren und äußeren Feinde sowie die Isolierung der Klassenfeinde in Konzentrationslagern. In einer Verordnung des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten vom 6. September 1918 wird festgestellt, daß die »Anwendung des Massenterrors bisher unzureichend« sei. Deshalb müßten unverzüglich »Massenerschießungen ohne Vorbehalt« erfolgen. In einer Rede vor der Petrograder Parteikonferenz erläutert Sinowjew am 17. September 1918 den »Maßstab des Massenterrors« so, daß man neunzig von hundert Millionen der Bevölkerung in Sowjetrußland für die Sache der Bolschewiki gewinnen müsse und könne; mit dem Rest sei jedoch nicht zu reden, man müsse ihn vernichten.

Man kann für die russische, analog zur französischen Revolution, den *revolutionären (Massen-)Terror* mit den inneren und äußeren Bedrohungen erklären. Daraus ergeben sich jedoch weder juristische noch ethische Rechtfertigungen. Die Maßnahmen, ihre Objekte, die Wirkungen sprechen im übrigen für sich: Während die Jakobiner, der Wohlfahrtsausschuß beziehungsweise die Revolutionsregierung immerhin noch darauf verweisen konnten, daß die Zahl der in den Revolutionskriegen getöteten äußeren Feinde die der im Inneren nicht in Kampfhandlungen umgebrachten *Volksfeinde* um ein vielfaches übersteige, trifft dies für die Bilanz des roten Terrors der bolschewistischen Führung nicht mehr zu. Die Anzahl der im Inneren liquidierten *Volksfeinde aller Art* übertrifft die der in Bürgerkrieg und Intervention vernichteten äußeren *Gegner aller Art*. Im übrigen wurden die meisten inneren Volksfeinde nicht im bewaffneten Widerstand gegen das bolschewistische Regime oder in anderen konterrevolutionären Handlungen getötet, sondern weil diese Menschen per Dekret, per Telegramm oder sonstwie zu *Schädlingen* erklärt wurden, die es *auszuwotten* galt. Bereits unter Lenin, regelmäßig unter Stalin gab es Auflagen für nachgeordnete Organe mit einem zu erbringenden »Soll« an Liquidierten, die dann auch erfüllt oder »übererfüllt« wurden, so praktiziert zwischen 1918 und 1921, 1929 und 1932, 1936 und 1939.

Eineinhalb Jahrzehnte nach diesen Anfängen des Terrors setzt Stalin seine Auffassung vom »revolutionärem Terror« durch und die Maschinerien der physischen Vernichtung von Millionen Bürgern der UdSSR und Mitgliedern der KPdSU, in Gang. Die »juristischen Grundlagen« für die Ermordung von Millionen Menschen »von Staats wegen« bilden noch der berüchtigte Paragraph 58 und die folgenden Artikel 59 bis 69 des Strafgesetzbuches der RSFSR von 1922 sowie die seither erlassenen Sondergesetze und die gebildeten Sondergerichte. Die »Höchststrafe« wurde die Norm (in den dreißiger Jahren bereits für 12jährige Kinder); als die Troikas mit dem Fällen und Vollstrecken von Todesurteilen überlastet waren, wurden Dwoikas gebildet, die um ein Drittel (Zeitaufwand, Hingerichtete) schneller arbeiteten. Die »Fleischwölfe« in den Moskauer Zentralen und im Lande arbeiteten auf Hochtouren. Die Zahl der Opfer insgesamt beziehungsweise nach verschiedenen Personengruppen (Mitglieder von Partei- und Staatsorganen, Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Offiziere, Diplomaten, »einfache« Leute) kann nur geschätzt werden. Die Angaben differieren *um* viele Millionen, aber sie bewegen sich *alle* im Rahmen von vielen Millionen. Einer der in der Welt angesehensten Statistik-Wissenschaftler der UdSSR, Prof. Kurganow, hat errechnet, daß dem Terror zwi-

schen 1918 und 1959 etwa 66 Millionen Sowjetmenschen zum Opfer gefallen sind; die Zahl der Kriegsoffer ist hier nicht berücksichtigt. Aus den Akten des von Ulrich, Wyschinski und anderen beherrschten Sondergerichts (Militärkollegium) geht hervor, daß in den von diesem Gericht sowie weiteren Sondergerichten beschickten Hinrichtungskellern allein im Moskauer Gebiet zwischen 1936 und 1939 etwa 700.000 offiziell zur Höchststrafe Verurteilte ermordet wurden. An nur einem Tage, am 12. Dezember 1938, unterzeichneten Stalin und Molotow 3.176 Toderurteile (sogenannte »Gruppenlisten von Volksfeinden und -schädlingen«), die umgehend vollstreckt wurden. Die Anzahl der Opfer der Hauptverwaltung Lager (GULag) ist für keinen Zeitraum auch nur annähernd genau zu ermitteln, es sind viele (wie viele!?) Millionen.

In den Jahren der Säuberungen – *tschistka*, hier erscheint wieder die *Große*, die *Große(n) Säuberunge(n)* – zwischen dem XVII. (Januar/Februar 1934) und dem XVIII. (März 1939) Parteitag der KPdSU (B) degeneriert die bolschewistische Revolution zur Terrorherrschaft an sich, sie wird zur Konterrevolution. Die inneren Konterrevolutionäre fügen der revolutionären Bewegung und dem gesamten Volk mehr Opfer zu als es die äußeren in Bürgerkrieg, Intervention und Aggression je vermochten. Damit ist für Millionen Opfer und Überlebende in der UdSSR, für Millionen Anhänger der kommunistischen Bewegung in der ganzen Welt, für hunderttausende Mitglieder von kommunistischen Parteien eine große, letzte Hoffnung zerstört. Das betrifft auch den Kampf Hunderttausender Antifaschisten in ganz Europa; langsam taucht die im Grunde unvorstellbare Vermutung auf und wird zur erfahrenen Gewißheit, daß zwischen den Diktaturen Stalins und Hitlers Ähnlichkeiten bestehen könnten. Diese Vermutungen und Erfahrungen haben den Widerstand sowohl gegen den Stalinschen wie gegen den Hitlerschen Terror ganz wesentlich gelähmt. Viele glaubhafte Zeitzeugen haben dies, beispielsweise auch literarisch, bestätigt.

GÄSTE

Bereits in den zwanziger, zunehmend in den dreißiger Jahren, besuchen neben Mitgliedern der kommunistischen Parteien beziehungsweise Abgesandten der Komintern, der Gewerkschaften, der Arbeiter aus verschiedenen Ländern und Kontinenten, vor allem auch Intellektuelle aus Europa und Übersee die Sowjetunion. Die meisten kommen als Bewunderer und Freunde, einige als Zweifler und kaum jemand als Feind, alle erfüllt von einer

Mischung aus Hoffnung, Neugier, Ablehnung. Sie kommen in ein Land, dessen Gesellschaft – für die einen ganz sicher, für die anderen jedenfalls immerhin vorstellbar – die Zukunft verkörpern könnte. Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Konservative und Journalisten, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler aller Art und jeder politisch-weltanschaulichen Herkunft erwarten während ihres Aufenthaltes für sich Antworten auf die Fragen, ob diese »neue sowjetische Gesellschaft neuer Menschen«, dieser Sozialismus oder Sowjetkommunismus tatsächlich eine historische, ökonomische und politische, vor allem aber auch soziale und politische Alternative zum zeitgenössischen Kapitalismus, vor allem jedoch zum Faschismus der zwanziger und dreißiger Jahre, vielleicht sogar in einer neuen oder gar endgültigen weltgeschichtlichen Dimension und Perspektive sein könne.

In den anscheinend »normalen« zwanziger Jahren interessierten sich Intellektuelle wie Arthur Hollitscher, Oskar Maria Graf, Egon Erwin Kisch und viele andere mehr für den Arbeitsenthusiasmus und -heroismus der Sowjetmenschen, die Neue Ökonomische Politik, die neuen Feste und Feiern, die innovatorischen Theateraufführungen, die Avantgardismen des Proletkult – und am Rande auch für das ihnen im Grunde doch weithin unverständliche Wesen der politischen Verhältnisse, den Charakter der Macht und die Art ihrer Ausübung. Am Beginn der dreißiger Jahre kommen dann andere mit anderen Interessen, wie beispielsweise Emil Ludwig, der seinen Ruf als historischer Biographenschreiber um eine Stalin-Biographie vermehren will.²

Romain Rolland besucht die Sowjetunion und wird zweimal von Stalin empfangen. Sein Bild von Stalin und der gesellschaftlichen, politischen Wirklichkeit ist zwiespältig: Er hofft darauf, daß die UdSSR den Fortschritt, die Gerechtigkeit und den »Panhumanismus« für die ganze Welt verkörpern werde; gleichzeitig berührt ihn der »Kult« (um Stalin) unangenehm und er setzt sich, allerdings vergeblich, für inhaftierte linke Schriftsteller (Victor Serge) ein. Seine ambivalente Kritik vertraut er nur seinen Tagebüchern an, öffentlich ist er ein »ruhmreicher Freund« (Bucharin), dessen Bücher in Millionenhöhe verkauft wurden.

Im Jahre 1934 erscheint der vertrauensselige und bereits vom Tode gezeichnete Henri Barbusse, um ein Loblied auf Stalin zu hinterlassen.³ In

-
- 2 Siehe Emil Ludwig: Stalin. New York 1942 (Zürich 1945). – Gespräch mit dem Schriftsteller Emil Ludwig am 13. Dezember 1931. In: J. W. Stalin: Werke. Bd. 13. S. 93ff.
 - 3 Siehe Henri Barbusse: Stalin, un monde nouveau un à travers un homme. Paris 1935 (dt.: Stalin, eine neue Welt. Paris 1935).

der Öffentlichkeit wird er als »persönlicher Freund Stalins« bezeichnet und er bedankt sich mit den Worten: »Wenn in diesem Land die Pflastersteine [...] reden könnten, würden sie ›Stalin‹ sagen.«

Zwischen Juni 1936 und Februar 1937, mitten in der Zeit der so genannten Säuberungen (*tschistka*) und des Terrors, während der Schauprozesse gegen führende Funktionäre der Partei, des Jugendverbandes, der Gewerkschaft, des Staates, der Wirtschaft, Wissenschaften und Künste sowie gegen die Führung der Roten Armee, in einer Zeit unvorstellbaren Blutvergießens und lähmender Todesangst über dem Land und den Menschen kommen erneut zwei prominente europäische Intellektuelle in die Sowjetunion: André Gide⁴ und nach ihm Lion Feuchtwanger⁵. Gide kommt mit kritischen Sympathien, einigen Erwartungen und Hoffnungen; nach neun Monaten kehrt er angewidert vom Personenkult, enttäuscht über die sozialen Zustände, entsetzt über den Terror nach Frankreich zurück. Dabei konnte er nur verhältnismäßig wenig vom wirklichen Ausmaß der Unmenschlichkeit wahrnehmen. Aber seine Enttäuschung ist endgültig, seine Hoffnungen sind zerstört und er schreibt nun darüber, zunächst noch zurückhaltend, dann schonungsloser.

Feuchtwanger, obwohl er der Sache des Kommunismus zeitlebens fern und im Grunde verständnislos gegenüberstand, wird auf Betreiben Aragons von französischen und deutschen kommunistischen Anhängern Stalins in die UdSSR geschickt, um einen Bericht gegen den »Antikommunisten Gide« zu schreiben. Seine Bücher waren längst im Lande bekannt, er unterhielt ein »freundschaftliches Verhältnis« zu Michail Kolzow, Sergej Tretjakow, anderen – und erwähnte sie nach ihrer Exekution mit keinem Wort mehr. Seine Verehrung für Stalin und seine Rechtfertigungen des Terrors lesen sich so: »Man lese ein beliebiges Buch, eine beliebige Rede Stalins nach, betrachte ein beliebiges Bild von ihm, erinnere sich einer beliebigen Maßnahme, die er zu Zwecken des Aufbaus getroffen hat. Sogleich ergibt

4 Siehe André Gide: *Retour de l'U.R.S.S. Paris 1936* (dt.: *Zurück aus Sowjetrußland*. Zürich 1937). – André Gide: *Retuschen zu meinem Rußlandbuch*. Zürich 1937 (Neuaufgabe in André Gide: *Reisen und Politik*. Gesammelte Werke. Bd. 6. Stuttgart 1996).

5 Siehe Lion Feuchtwanger: *Moskau 1937*. Ein Reisebericht für meine Freunde. Amsterdam 1937 (Neuaufgabe Berlin, Weimar 1993). – Mit einem Nachwort von J. Püchel und Auszügen aus Feuchtwangers KGB-Akte). – Ausführlicher zu der durch die Reiseberichte entstandenen Kontroverse siehe Wolfgang Geier: *Wahrnehmungen des Terrors*. André Gide und Lion Feuchtwanger in Moskau 1936–1937. In: *Szenarien des Großen Terrors* (Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. vom April 1998). Leipzig 1998 (in Vorbereitung).

sich sonnenhell: dieser gescheite, überlegene Mann kann unmöglich die ungeheure Dummheit begangen haben, mit Hilfe zahlloser Mitwirkender eine so plumpe Komödie aufzuführen lediglich zu dem Zweck, ein Rachefest, eine Demütigung der Gegner, bei bengalischer Beleuchtung zu feiern [...] War Lenin der Cäsar der Sowjetunion gewesen, so wurde Stalin zu ihrem Augustus, zu ihrem Mehrer in jeder Hinsicht [...]« Und nach Besuchen des Prozesses gegen Pjatakow und andere: »Es machte den Eindruck, als hätten Angeklagte, Staatsanwalt und Richter das gleiche [...] Interesse, die Geschehnisse lückenlos aufzuklären [...]« Und mit einem von Bloch verwendeten Sokrates-Wort: »Was ich verstanden habe, ist vortrefflich. Daran schließe ich, daß das andere, was ich nicht verstanden habe, auch vortrefflich ist.«⁶

Gides »Zurück aus Sowjetrußland« sowie »Retuschen zu meinem Rußlandbuch« und Feuchtwangers »Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde« haben heftige Auseinandersetzungen ausgelöst; die Beschäftigung mit dieser Kontroverse dauert an.⁷

Gide war kein Mitglied der Kommunistischen Partei, stand jedoch als linker Intellektueller französischen und anderen europäischen Kommunisten nahe. Nach seiner Reise war er kein »Antikommunist«, wohl aber entschiedener Antistalinist, was damals in der UdSSR und in der Komintern soviel wie »Feind des Kommunismus, des Fortschritts, Handlanger des Faschismus« bedeutete. Die sowjetischen und europäischen Kominternfunktionäre ahnten noch nicht oder wollten noch nicht wahrhaben, daß bereits damals ein wirklicher Freund des Kommunismus nur ein entschiedener Feind Stalins, des stalinistischen Terrors sein konnte. Sie haben es zwischen 1936 und 1939, zwischen 1946 und 1953, auch noch lange danach begreifen

6 Lion Feuchtwanger: *Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde*. Berlin, Weimar 1993. S. 141, 81, 97.

7 Zum Fall Gide-Feuchtwanger und zum Verhältnis Intellektueller zum Terror siehe Karl Kröhnke: *Lion Feuchtwanger. Der Ästhet in der Sowjetunion*. Ein Buch nicht nur für seine Freunde. Stuttgart 1991. – Michail Ryklin: *Ekstasis des Terrors*. In: *Lettre International*. Berlin (1993)19. – Jacques Derrida: *Back from Moscow, in the USSR*. In: Jutta Georg-Lauer (Hrsg.): *Postmoderne und Politik*. Tübingen 1992. – Michail Ryklin: *Terrorlogiken II*. In: *Orte des Denkens*. Wien 1995. – Martin Claude: *André Gide*. Hamburg 1963. – Klaus Mann: *André Gide*. Hamburg 1995. – Wolfgang Jeske: *Lion Feuchtwanger. Der arge Weg der Erkenntnis*. München 1986. – Wolfgang Jeske/Peter Zahn: *Lion Feuchtwanger*. Stuttgart 1987. – Raissa Orlova-Kopelev: *Eine Vergangenheit, die nicht vergeht*. München 1985. – Frank Dietscheit: *Lion Feuchtwanger*. Stuttgart 1988. – Martha Feuchtwanger: *Leben mit Lion. Gespräche mit Reinhart Hoffmeister*. Göttingen 1981.

müssen oder es nicht verstanden oder verstehen wollen. Für die meisten derer, welche dies bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begriffen und versuchten, nach dieser Erkenntnis zu handeln, war dies tödlich.

Feuchtwanger stand kommunistischen Ideen fern und der kommunistischen Bewegung im Grunde einigermaßen verständnislos gegenüber. Er hätte die Gelegenheit gehabt, im sicheren Exil in den USA seine entsetzlichen Verirrungen zu korrigieren. Er tat es nicht, weil seine charakterlichen nicht seinen schriftstellerischen Qualitäten entsprachen. Im übrigen ist sein Verhalten zu Stalin, zum »Kult« um ihm, seiner Politik, zur Sowjetgesellschaft zeitweise höchst ambivalent, gewissermaßen schizophran. Sein vieldeutiges Schweigen kann man auch als Ausdruck erkannter Selbsttäuschung und zerstörter Hoffnung deuten. Insofern wären seine Erfahrungen mit dem Sowjetsozialismus und insbesondere mit dem Stalinismus – nach Stephen Cohen soll diesen Begriff Walter Duranty von der New York Times, zunächst ebenfalls ein Bewunderer Stalins, etwa 1931 in einem noch nicht pejorativen Sinne geprägt und gebraucht haben – von denen europäischer kommunistischer Anhänger und Bewunderer Stalins nach ihren Erfahrungen mit der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre nicht so verschieden. In Kreisen der linken, prokommunistisch/-sowjetischen Intellektuellen, der Funktionäre und Mitglieder kommunistischer und sozialistischer Parteien, in den Gremien der Komintern und in die UdSSR emigrierter Kommunisten und Antifaschisten entstanden, beginnend 1934/1935 – um den VII. Komintern-Kongreß – und sich lebensbedrohlich ausprägend zwischen 1936 bis 1939/1941, lähmendes Entsetzen und nackte Angst, verbunden mit einer gewissermaßen endgültigen Hoffnungslosigkeit. Die Sache, von der man glaubte überzeugt zu sein, für die man das Leben einzusetzen bereit gewesen wäre, war verloren. Sie ging unter in einem unvorstellbaren, mörderischen Terror, vor dem es kein Entrinnen mehr gab. Das betraf die Emigranten ebenso wie die Nomenklatura.

DAS HAUS AN DER MOSKWA

Das Haus Serafimowitsch-Straße Nr. 2, durch Juri Trifonow literarisch und publizistisch bekannt geworden, liegt gegenüber dem Kreml am anderen Ufer der Moskwa. Nach seiner Errichtung galt es einige Zeit als einzigartige architektonische, bauingenieurtechnische Leistung und als größtes Wohnhaus/-ensemble der Welt. In ihm wohnten über Jahrzehnte, besonders jedoch in den dreißiger bis fünfziger Jahren, führende Mitglieder der

politischen, staatlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Nomenklatura mit ihren Familien – einige zehntausend Menschen in vielen hundert Wohnungen. Das Haus verfügte über alle damals möglichen Annehmlichkeiten: Zentralheizung, fließendes Warmwasser, WCs, Bäder, Fahrstühle, Müllschlucker, eigene Geschäfte, Dienstleistungs- und Kinder-einrichtungen, Kino, Theatersaal, Sportstätten usw. Seine Bewohner waren in vielfacher Hinsicht privilegiert. Es waren Akademiemitglieder und Diplomaten, Konstrukteure der Großbauten des Kommunismus und neuer Flugzeugtypen, bekannte Wissenschaftler aller Disziplinen, hervorragende Film- und Theaterregisseure, Schauspieler und Künstler, ein soziologisch und soziokulturell repräsentativer Aus- und Durchschnitt der *sowjetskaja nomenklatura* unterhalb der »ersten und zweiten Ebene«. Bis 1936 waren die Bewohner des Hauses von dem beginnenden Terror persönlich nicht betroffen, einige hatten mit den Vorkommnissen dienstlich zu tun, man sprach jedoch möglichst nicht darüber. Wenn sie abends in ihren für sowjetische Verhältnisse dieser Zeit komfortabel eingerichteten Wohnungen waren, Familienfeiern begingen und Gäste empfangen, »brannte im Kreml gegenüber noch Licht«. Der »Vater der Völker, bedeutendste Wissenschaftler aller Zeiten, Gestalter des Sieges des Kommunismus im Weltmaßstab, Garant des Weltfriedens, Herr unserer Herzen«, die »Sonne aller Sowjetmenschen« saß dort und arbeitete. Leonid Leonow erklärte, daß der »Tag kommen werde, an dem die ganze Menschheit Stalin huldigen wird und die Historiker erkennen, daß Stalins Geburt und nicht die Geburt Jesu Christi den Beginn einer neuen Zeitrechnung markiert«. Ein anderer Bewohner des Hauses leitartikelte in der »Iswestija« vom 15. August 1936: »Die Schriftsteller wissen nicht mehr, womit sie Dich vergleichen, und unsere Dichter verfügen nicht über mehr Perlen der Sprache, mit denen sie Dich beschreiben könnten.« Der also Gelobte saß derweil im Kreml und plante unter anderem die Vernichtung der Bewohner des Hauses. Gegen Ende des Jahres 1936 erfaßte auch sie die Angst. Sie saßen, wie Millionen andere, in ihren Wohnungen und warteten starr vor Entsetzen darauf, daß zwischen dem späten Abend und dem frühen Morgen die unverwechselbaren Geräusche derer zu hören waren, die »jemanden abholten« – immer in der irrsinnigen Hoffnung, daß »sie vorbeigehen und bei Nachbarn klopfen würden«. Die Fahrstuhlführer – wohl keine Liftboys, sondern eher Wächter – begannen im Jahre 1937 Wetten abzuschließen, welche Etage und welche Wohnungsnummer »heute dran sei«. Das Haus entvölkerte sich wie Zehntausende Häuser im ganzen Land. Seine Bewohner verschwanden wie Hunderttausende und Millionen, die meisten ohne Wiederkehr und spurlos; von man-

chen kam die Nachricht, daß sie zu »zehn Jahren ohne Besuchs- und Schreiberlaubnis« oder »Haft in einem entfernten Korrektor« verurteilt seien: Allmählich begriffen die Menschen, daß dieser »Zehner« in jedem Falle ein Todesurteil bedeutete, wohingegen bei einem »Zwanziger« oder der späteren »Norm« eines »Fünfundzwanzigers« sogar noch minimale Überlebenschancen bestanden.

Die meisten, sicher fast alle Bewohner des Hauses an der Moskwa waren Sowjetmenschen, die auf Grund ihrer Stellung und ihrer Tätigkeit besonders große Erwartungen in die Gestaltung ihrer neuen Gesellschaft setzten – und sie waren bis auf wenige Überlebende doch nur die Insassen einer der weiteren letzten Stationen der Hoffnung.

HOTEL LUX

In der Gorki-Straße, der früheren Twerskaja, im Zentrum Moskaus, war das Hotel Lux – die Conciergerie der *tschistka*. In der Pariser Burgvogtei, einem am Quai de l'Horloge gelegenen Gefängnis namens Conciergerie, warteten die vom Revolutionstribunal und anderen Instanzen zum Tode Verurteilten zwischen 1792 und 1794 auf den Karren zum Schafott: Emigranten und Royalisten, Angehörige verschiedener politischer Gruppen, Girondisten und Jakobiner, Präsidenten der Nationalversammlung, des Konvents und Jakobinerklubs, des Tribunals, Offiziere und Soldaten, Wissenschaftler und Künstler, Männer und Frauen.

Im Hotel Lux befanden sich größere Gruppen führender Personen europäischer kommunistischer Parteien beziehungsweise der Komintern und warteten zwischen 1936 und 1939/1941 auf die bekannten Fahrzeuge, welche die Verhafteten in die Moskauer Gefängnisse, zu Verhör, Folter, Verurteilung und Lagerhaft oder Erschießung brachten. Fast alle Mitglieder der Führung der polnischen, die Mehrzahl der Anhörigen der Führungen der bulgarischen, finnischen, jugoslawischen, österreichischen, ungarischen und anderen kommunistischen sowie die emigrierten Führungen sozialistischer Parteien wurden Opfer des Terrors. Sieben Mitglieder des Politbüros und zwölf des Zentralkomitees der KPD wurden zwischen 1936 und 1941 in der UdSSR, fünf Mitglieder des Politbüros und siebzehn des Zentralkomitees in Deutschland ermordet. Dimitrow als (noch) Generalsekretär der Komintern und Pieck als Vorsitzender der KPD versuchten in Briefen an Jeschow, Manuilski, Berija und andere gelegentlich, halbherzig und im Ganzen vergeblich, die Vernichtung ihrer nächsten Genossen und Mitarbei-

ter zu verhindern. Das Hotel Lux leerte sich allmählich. Die von Hinrichtung oder Lagerhaft betroffenen Bewohner nahmen die Hoffnung auf einen Sieg über den Faschismus, auf eine bessere Welt mit in den Exekutor oder Korrektor. Einige vor, während und nach der *tschistka* Davongekommene versuchten, die Öffentlichkeit jenseits der Grenzen der UdSSR beziehungsweise außerhalb der Reichweite Stalins und Berijas zu informieren.⁸ Ihre Veröffentlichungen erzeugten Zweifel, man hielt sie für übertrieben, sie wurden als antikommunistische Propaganda abgetan, sie paßten jedenfalls nicht ins Bild, nicht in die Zeit. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann man sie zur Kenntnis zu nehmen.

Die Überlebenden des Hotel Lux, anderer Herbergen von Emigranten und Kominternleuten, auch die Überlebenden bestimmter Lager wie Lunjowo und Krasnogorsk, versuchten später, das Grauen zu verdrängen und

8 Abgesehen von den Enthüllungen Trotzki's über Stalin, die einerseits als sensationell, andererseits wegen der Feindschaft zwischen beiden als nicht seriös oder zuverlässig angesehen und von manchen, Stalin bewundernden Kommunisten wie Nichtkommunisten als Hetze gegen ihn, die UdSSR, den Sozialismus abgetan wurden, gab es bereits vor Beginn und bald nach dem Ende des Krieges Veröffentlichungen russischer Intellektueller und Emigranten, sowjetischer Diplomaten, Militärs und anderer sowie überlebender deutscher Kommunisten und Kominternmitarbeiter über den Stalinschen Terror, von denen hier nur einige wenige genannt sein sollen. Boris Baschanow: Stalin, der rote Diktator. Berlin 1923. – Walter Kriwitzki: Ich war in Stalins Dienst. Amsterdam 1940. – Alexander Barmine: Einer, der entkam. Wien 1945. – David Dallin/Boris Nikolajewski: Arbeiter oder Ausgebeutete. München 1948. – Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. Frankfurt am Main 1948. – Viktor Krawtschenko: Ich wählte die Freiheit. Hamburg 1948. – Viktor Krawtschenko: Schwert und Schlange. Zürich 1951. – Margarete Buber: Als Gefangene bei Stalin und Hitler. München 1949 (Neuaufgabe Stuttgart 1968). – Eleanor Lipper: Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern. Zürich 1950. – Valentin Gonzales: »El Campesino«. Die große Illusion. Von Madrid nach Moskau. Köln, Berlin 1951. – Alexander Weissberg-Cybulski: Hexensabbat: Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen. Frankfurt am Main 1951. – Zu erwähnen sind weiterhin Arthur Koestler: Sonnenfinsternis (1940). Stuttgart 1948. – Arthur Koestler: Ein Gott, der keiner war. Zürich 1950. – Arthur Koestler: Der Pfeil ins Blaue. Stuttgart 1953. – Karl Albrecht: Der verrätene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion. Berlin, Leipzig 1939. Diese Schrift eines ehemaligen Freundes der Sowjetunion und Stellvertretenden Volkskommissars, der nach seiner Verhaftung und Verurteilung der Vernichtung entkam, war deshalb höchst zweifelhaft, weil Albrecht in das nationalsozialistische Deutschland kam, dort dieses Buch erschien und später – noch nicht 1939, dem Jahr der »Annäherungen« zwischen Hitler und Stalin, der Abkommen vom August und September – für Zwecke der Propaganda verwendet wurde. Es ist jedoch ein authentisches Dokument einer bestimmten Phase der wirtschaftlichen und politischen Situation in der Sowjetunion wie des Stalinschen Terrors und enthält viele durchaus seriöse Informationen.

sich eine neue Hoffnung einzureden. Nach Jahrzehnten wurden sie »von der Geschichte eingeholt« und mußten begreifen, daß eine auf Hekatomben von Opfern begründete »Hoffnung« von Beginn an den Keim ihrer endlichen Selbsterstörung in sich tragen mußte.

LUBJANKA UND ANDERSWO

»Die ihr eintretet, laßt alle Hoffnung fahren!« Diese Sequenz aus Dantes Inferno könnte über den Eingängen zur Lubjanka und Butyrka, zu Lefortowo, zum Nowospasski-Kloster und allen anderen Gefängnissen, Folter- und Hinrichtungskellern gestanden haben, in denen Hunderttausende ermordet wurden. Nach den Akten des von Ulrich und Wyschinski kommandierten Sondergerichts, nach den Meldungen von Jagoda, Jeschow, Berija an Stalin und Molotow, nach Aufzeichnungen ranghöchster Offiziere der »Organe« bekamen zwischen 1936 und 1939 wahrscheinlich 700.000 Verurteilte die Höchststrafe, an manchen Tagen wurden in Moskau und Umgebung, so in dem Dorf Butewo, bis zu tausend hingerichtet. Damit befaßte Offiziere des NKWD, später KGB haben später eingeräumt, es könnten »an manchen Tagen etwa 900 gewesen sein«. »Die Verurteilten haben ihre Kleidung ab- und weiße Unterwäsche anzulegen«, stand in Instruktionen für die Exekution. Vor dem Tribunal gab es keine Verteidigung, für die Verhandlung waren pro Person 20 bis 30 Minuten vorgesehen, Gnadengesuche waren entweder nicht möglich oder sinnlos. Die Urteile wurden fast ausnahmslos sofort vollstreckt.

Es ist bekannt, wer die Häftlinge, die Verurteilten waren: Die ersten Reihen jener, welche die bolschewistische Räterevolution vorbereitet und durchgeführt hatten, die seit 1918/1922 den Aufbau Sowjetrußlands und dann der UdSSR, seit 1925/1930 den »des Sozialismus in einem Lande« politisch, wissenschaftlich, kulturell zu gestalten glaubten und auf den »Sieg des Marxismus-Leninismus-Stalinismus«, des »Sozialismus-Kommunismus im Weltmaßstab« hofften. Es waren russische Intellektuelle, die nicht Mitglieder der Partei oder »bewußtlose Anhänger« des *woschd*, wohl aber von der Überzeugung erfüllt waren, für die »gerechteste Sache der Welt« zu arbeiten, und Kommunisten, Sozialisten, andere aus ganz Europa und anderen Teilen der Welt, die gegen Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus bereits gekämpft hatten oder »an der Seite ihrer sowjetischen Genossen und unter Führung des großen, weisen Stalin, des Führers aller Völker« zu kämpfen bereit waren. Es waren hunderttausende Namenlose,

die umkamen, weil ihr Vergehen darin bestand, »einfach« denunziert worden zu sein. Es waren Kreaturen des Diktators, die zunächst Täter waren und dann Opfer wurden.

Für alle, die aus welchen Ländern und Völkern, ob als Emigranten oder Sowjetbürger und aus welchen Gründen auch immer in der Lubjanka und Butyrka, in Lefortowo oder anderswo ankamen, war dies die letzte Station der Hoffnung und meistens ihres Lebens.

Nikolai Bucharin, »der Liebling der Revolution und der Partei«, schrieb wie andere Inhaftierte zwischen Folter und Prozeß Briefe an die bisherigen Kampfgenossen in der Führung der Partei, so auch an Stalin: »Lieber Koba (einer seiner konspirativen Namen aus der Zeit vor 1917), Du kannst doch mein Blut, meinen Tod nicht wollen ...« In den Zirkularen der Akten vor (Anweisung: Höchststrafe) und nach (Vollzug: Höchststrafe) den Verurteilungen sowie in Briefen Bucharins und anderer finden sich dazu Randbemerkungen Stalins, Molotows und weiterer »Abzeichner«: »lächerlich, schändlich, erschießen wie tolle Hunde!«

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Terror fortgesetzt: seit 1946/1947 zunächst in jener der *Jeschowschtschina* der dreißiger Jahre folgenden *Schdanowschtschina*, in der nach 1920/1921 und 1934 folgenden dritten Leningrader Affäre (Leningradskoje delo), während der nicht wie 1921 und 1934 einige hundert, sondern gleich einige tausend Volksfeinde hingerichtet wurden; mittels des Kominform-Büros und der Schauprozesse gegen hochrangige Mitglieder der Parteiführungen Albaniens, Bulgariens, Ungarns und der Tschechoslowakei; schließlich kamen die nächste Leningrader Affäre und die »jüdische« Verschwörung der Kreml-Ärzte.

Die mit dem XX. bis XXII. Parteitag der KPdSU behauptete Entstalinisierung blieb Fassadenkosmetik; spätestens nach der *Chruschtschowschtschina*, mit dem Machtantritt Breschnews wurde deutlich, daß sich am stalinistischen Wesen der Partei und des Staates noch nichts entscheidendes verändert hatte. An dieser Kontinuität ist das Ganze nach sieben Jahrzehnten zerbrochen.

Was lehrt uns die Geschichte? Nichts, aber man kann, wenn man dazu fähig und willens ist, aus ihr lernen. Achtzig Jahre nach den russischen Revolutionen des Jahres 1917 vielleicht dies: Die Hoffnungen derer, die nach 1945 in Deutschland eine neue Gesellschaft auf der Grundlage des antifaschistischen Minimal- oder Maximal-Konsenses aller Überlebenden des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges mit Ausnahme der tatsächlichen Handlanger, nicht der Mitläufer Hitlers, gestalten wollten, haben sich Jahrzehnte später als trügerisch erwiesen. Im östlichen Nach-

kriegsdeutschland mußte ein entschiedener, eine demokratische und sozialistische Gesellschaft und ihr Staatswesen gestaltender, deren Zukunft sichernder Antihitlerismus nur ein entschiedener Antistalinismus oder er konnte gar nicht sein. Dies war, obwohl objektiv notwendig, angesichts aller zu berücksichtigenden damaligen politischen Konstellationen subjektiv wohl nicht möglich, obwohl manche das bereits lange vor und einige natürlich dann nach 1989 anders sahen oder nun sehen wollten. So trugen die zunächst als antifaschistisch-(volks-)demokratischen und später sozialistisch begriffenen Anstregungen von Beginn an durch das auf sie übertragene, in sie eingreifende, sie bestimmende Wesen des genuinen Stalinismus der zwanziger bis fünfziger Jahre den Keim der schließlichen Selbstzerstörung in sich. Insofern schloß sich nach sieben beziehungsweise vier Jahrzehnten zwischen 1989 und 1991 für die DDR, die anderen sozialistischen Länder und schließlich für die UdSSR, um aus Dantes Inferno zu paraphrasieren, der »Kreis der Hölle«.

SARKIS LATCHINIAN

Die Idee der Revolution ist unvergänglich

Der Oktober 1917 mit seinen Folgen ist über das 20. Jahrhundert hinaus von prägender Bedeutung. Seit dem Sieg der Revolution war allerdings strittig, ob dieser Sieg eine Sackgasse war, in die Lenin die russische Arbeiterbewegung geführt hatte, oder ob diese Revolution – bei allen objektiven und subjektiven Besonderheiten – eine neue Etappe der Menschheitsentwicklung einleitete. Vordergründig scheint der Zusammenbruch des sowjetischen Modells Meinungen von der »Sackgasse« zu bestätigen. Mit Hilfe der »Totalitarismus«-Theorien werden kommunistische Auffassungen generell als »Stalinismus« abqualifiziert und ein zwangsläufiger Zusammenhang zwischen der Revolution und Tendenzen des Rückfalls in die Barbarei konstruiert. Lenin wird entweder zum bösen Geist der Bolschewiki degradiert oder zum großen Mann erklärt, der Rußland tragisch zugrunde gerichtet habe.

Dabei hatten Lenin und die Bolschewiki die Lebensinteressen des Volkes artikuliert. Doch die durch den Oktober geschaffene Sowjetmacht hat es nicht vermocht, die eingeleitete progressive Transformation der Gesellschaft so zu gestalten, daß sie tragfähig und unumkehrbar wurde.

Sowohl die Erfolge als auch die Verfehlungen der neuen Macht vermitteln Erfahrungen, die der Entwicklung der systemkritischen Kräfte in den verschiedenen Regionen der Welt dienlich sein könnten, um den Kapitalismus zu überwinden und in einer historisch langen Transition mit entsprechender Reifezeit, die dem gescheiterten Sozialismus nicht vergönnt war,¹ über den Kapitalismus hinauszugehen, der immerhin eine Reifezeit von drei Jahrhunderten beanspruchte.

Da die vom Oktober nicht gelösten Probleme weiterhin auf der Tagesordnung der historischen Entwicklung stehen, ist es wohl im Rahmen unserer Veranstaltung »80 Jahre Oktoberrevolution« legitim und zeitgemäß,

1 Alexander Sinowjew, Kenner der sowjetischen und russischen Realität, schreibt: »Die siebzigjährige kommunistische Erfahrung Rußlands war für die Menschheit nicht umsonst. Die Spuren ihres Einwirkens sind in allen Bereichen der westlichen Gesellschaft zu spüren.« (Alexander Sinowjew: Der größte Umbruch in der Menschheitsgeschichte. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 10. Januar 1995. S. 12).

sich exemplarisch mit einigen ihrer Leistungen und Verfehlungen kritisch auseinanderzusetzen.

Durch die Verwirklichung einer Reihe sozialökonomischer Umwälzungen und entsprechender gesetzlicher Bestimmungen der Sowjetmacht wurde erstmals in der Geschichte das Leben auch für arbeitende Menschen lebenswert gemacht. Hierzu zählen u. a. das Dekret über den Frieden, das Dekret über den Grund und Boden, die gesetzliche Arbeitspflicht und Arbeitszeitbegrenzung, die Rentenberechtigung für Arbeiter, der Urlaubsanspruch, die Krankenversicherung, die Bildungsmöglichkeit für alle Kinder, die Gleichberechtigung der Frau. So bescheiden das soziale Lebensniveau in der Sowjetunion auch war, so hatte es doch die Masse der Bevölkerung vor einem Absinken in hoffnungslose Not, Hunger und soziale Kälte bewahrt. Indessen war diese Umwälzung auch mit Repressalien verbunden.

Rußland sinkt heute immer tiefer ins wirtschaftliche, soziale, moralische und rechtliche Chaos. Das Leben erlischt in vielen Bereichen der Wirtschaft. Tagtäglich sind Hunderttausende Arbeiter, Angestellte, Ärzte, Lehrer, Wissenschaftler im Streik- bzw. Hungerstreik. Vier Millionen Kinder besuchen keine Schule. 20 Millionen sind ohne Arbeit.² Heute betteln Millionen in Rußland, Renten sind auf einen Bruchteil ihrer ehemaligen Kaufkraft entwertet. Millionen Arbeitenden werden Löhne monatelang vorenthalten. Der neue »Reichtum« macht die Lage der Mehrheit der Menschen, die davon ausgegrenzt sind, um so verzweifelter und unerträglicher. Das Verschwinden des vormals mächtigen Konkurrenten Sowjetunion ermöglicht es den Machthabern in Rußland und im Westen, die sozialen Errungenschaften der Arbeitenden kurzerhand abzubauen, da für sie Zugeständnisse politisch nicht mehr relevant und notwendig erscheinen.

Wesentlich für den Sieg der Revolution war auch die Tatsache, daß die Bolschewiki als Fürsprecher des nationalen Selbstbestimmungsrechts bis zu Loslösung der von der zaristischen großrussischen Autokratie unterdrückten Nationen antraten und verstanden wurden.³

2 Siehe W. A. Gubzow: Man hat uns getrennt, doch wir sind zusammen. In: »Gantsch«, Beirut vom 21. Februar 1998. S. 5 (Aus dem Armenischen – S. L.).

3 Auch Boris Meissner anerkennt die große Rolle, die das Nationalitätenprogramm der Bolschewiki für den Sieg der Oktoberrevolution spielte, wenn er feststellt: »Die Erkenntnis der Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts der Völker als eines Schlüssels zur nationalen und kolonialen Frage hat der bolschewistischen Partei unter Führung Lenins wesentlich geholfen, die Macht im Jahr 1917 nicht nur zu ergreifen, sondern auch zu behaupten.« (Boris Meissner: Lenin und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In: Ost-europa. Stuttgart (1970)4. S. 255).

Am Schicksal meines armenischen Volkes läßt sich der Beitrag der Oktoberrevolution zur partiellen Lösung der nationalen Frage verdeutlichen. Nur kurz einige Gedanken hierzu.

Durch das türkische Genozid an 1,5 Millionen Armeniern stand das armenische Volk Anfang des 20. Jahrhunderts am Rande der physischen Vernichtung. Große Teile seines Territoriums waren vom Osmanischen Reich annektiert. Elend, Epidemien und Rasse-mord hatten das kleine Land im Würgegriff. Bereits am 29. Dezember 1917 erließ die junge Sowjetmacht das Dekret zur freien Selbstbestimmung des armenischen Volkes. Nach vorheriger bürgerlicher Diktaturherrschaft und verlorenem armenisch-türkischen Krieg im September 1920 siegte im November 1920 die Sowjetmacht auch in Armenien. In den siebenzig Jahren Armenische Sowjetrepublik wurde mehr gebaut, mehr erreicht als in der drei Jahrtausende währenden Existenz Armeniens. Kultur, Bildung, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Wirtschaft erreichten eine nie dagewesene Blüte.

Und heute? Die heutigen Machthaber haben mein Volk seiner materiellen, sozialen und geistig-kulturellen Werte beraubt, seines Rechts auf Arbeit, preiswertes Wohnen, kostenlose Bildung und Gesundheitsfürsorge. Armenien hat sich in ein Land von Arbeitslosen und Bettlern verwandelt, in ein Land einer Handvoll »Neureicher« und massenhafter Armut. Reich sind in Armenien 4,8% der heutigen Bevölkerung, 8–9% sind wohlhabend, 35% sind arm und die Ärmsten machen 51% der Bevölkerung aus. Durch die gegenwärtige Privatisierung wurden 70% des Nationalreichtums zum Privatbesitz von 5,2% der Bevölkerung.⁴ Eine Konsequenz der Wirtschaftsmisere ist die anhaltende Emigration der arbeitsfähigen Bevölkerung, vor allem der Fachkräfte. Wenn nach der letzten Volkszählung 1989 noch eine Bevölkerungszahl von 3,75 Millionen angegeben wurde, so besagt eine Studie des Eriwaner Instituts für Wirtschaftsforschung, daß in den Jahren 1990 bis 1995 insgesamt 677.000 Bürger Armeniens das Land verlassen haben, was 18% der Gesamtbevölkerung entspricht.⁵ Nach neuesten Angaben erreichte die Zahl der Auswanderer Ende 1997 eine Million.⁶ Im Jahre 1990 noch auf dem 36. Platz in der Weltrangliste nach dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, gehört Armenien heute zu den zehn Ländern mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in der Welt. Ähnli-

4 Siehe »Gantsch«. Beirut vom 20. Dezember 1997. S. 3 (Aus dem Armenischen – S. L.).

5 Siehe Elvira Kindl: Auswanderung aus Armenien. In: Armenisch-Deutsche Korrespondenz. Frankfurt am Main (1996)92. S. 15.

6 Siehe »Gantsch«. Beirut vom 20. Dezember 1997. S. 3.

che Erfahrungen haben Kirgisen, Georgier, Aserbaidshaner⁷ und viele andere Völker der früheren Sowjetunion gemacht. Das Vertrauen jedoch, das die Bolschewiki in den ersten Jahren der Sowjetmacht durch eine überlegte Nationalitätenpolitik bei den Völkern der nationalen Randgebiete erringen konnten, wurde später durch gravierende Fehler auf diesem Gebiet »mehr und mehr erschüttert. Auch das hat dazu beigetragen, daß der Sozialismus in der Sowjetunion nach sieben Jahrzehnten zusammengebrochen ist und zerschlagen werden konnte.«⁸

Die Absage an die Demokratie, fußend auf traditionellem Demokratie-defizit, sowie die diktatorische Machtausübung, gepaart mit blinder Gewalt nach dem Motto »der Zweck heiligt die Mittel«, auch und vor allem gegen Gleichgesinnte, stellen eine schwerwiegende Entartung dieser Revolution dar. Der Aufbau einer neuen Wirtschaft im Rahmen der Industrialisierung und Kollektivierung des Landes erfolgte mit administrativen Kommandomethoden. Die Widerstände der Bauern, der nichtrussischen Nationalitäten und der Gläubigen im Laufe der erzwungenen Kollektivierung wurden interpretiert als Ausdruck einer gigantischen, rückwärtsgerichteten, obskurantistischen und barbarischen Vendée, die grausam erstickt wurde. In jenen Jahren entstanden die tragenden Elemente der späteren GULags, der Deportationen und der Zwangsarbeit.

Das sind übrigens die gleichen Elemente, die in Europa selbst zunächst im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals auftraten und die dann ständige Begleiter der Expansion der Metropolen in den Kolonien wurden. Gesetzliche Grundlage dieser Entartung der Sowjetmacht war der am 16. Oktober 1922 erlassene Beschluß des Gesamtrußländischen ZEK »Über das Recht der administrativen Verbannung und Inhaftierung in Lagern von sozial gefährlichen Personen durch Kommissionen des NKWD«. Mit diesen und anderen Willkürmethoden waren keine neuen, sozialistischen, dem Kapitalismus entgegengesetzten Produktionsverhältnisse, geschweige denn eine menschlichere Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Von Machtwillkür auch im Umgang der Sowjetunion mit den verbündeten Nationen in den Volksdemokratien zeugen die schwersten Momente der Krise und Diskreditierung des Sozialismus: 1948 Bruch der UdSSR mit

7 Siehe Stephan Barisitz: GUS-Reformnachzügler Armenien, Aserbaidshans, Georgien. Wirtschaftliche Erholung durch politisch-militärische Dauerkrise gehemmt. In: Osteuropa. Stuttgart (1995)4. S. 341–348.

8 Britta Jensen: Der Oktober und die nationalen Randgebiete Rußlands. In: Marxistische Blätter. Essen (1997)6. S. 82.

Jugoslawien, 1956 militärische Intervention in Ungarn, 1968 Invasion in der ČSSR, 1969 blutige Zwischenfälle an der Grenze zwischen der UdSSR und China. In Polen wurde 1981 das Kriegsrecht ausgerufen, um einer möglichen »brüderlichen« Intervention der UdSSR zuvorzukommen und eine Oppositionsbewegung zu stoppen.

Obwohl diese Krisen sehr unterschiedlich waren, stand die nationale Frage überall in ihrem Mittelpunkt. Der entscheidende Schub zum schließlichen Zusammenbruch der UdSSR ist aus dem Aufbruch der baltischen Staaten gekommen, in die der Sozialismus 1939–1940 »exportiert« worden war.

Lenin hatte die Theorie des Revolutionsexports, in welcher Form auch immer, entschieden abgelehnt. Dies wurde besonders deutlich in seinem Urteil über das nachthermidorianische und Napoleonische Frankreich: Mit dem neuen Regime, das sich in jenen Jahren festigte, schrieb er, wurde »die Epoche der revolutionären Kriege Frankreichs abgelöst [...] von einer Epoche imperialistischer Eroberungskriege«. ⁹ In diesem Zusammenhang ist an einen Brief von Engels zu erinnern, in dem er den Export der Revolution – nicht nur seitens der Bourgeoisie – verurteilt: »Das siegreiche Proletariat«, schreibt er, »kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben.« ¹⁰ Und Fidel Castro zog 1992 das Fazit: »Wir Kommunisten haben den Fehler begangen, die Kraft des Nationalismus und der Religion zu unterschätzen.« ¹¹

In gewissem Sinne hat also die nationale Frage, die einst so kraftvoll den Sieg der Oktoberrevolution begünstigt hatte, auch den von ihr eröffneten neuen historischen Zyklus geschlossen.

Die Oktoberrevolution sollte historisch angemessen bewertet werden, ob man sie mag oder nicht. Die darüber neu entfachte, politisch determinierte Diskussion sowie die dabei auftretenden alten und neuen Zerrbilder machen deutlich, daß ein neues, ausgewogenes Bild vom russischen Oktober erforderlich ist. Sowohl die unkritische Kultivierung eines Mythos und dessen nostalgische Fortschreibung, als auch die Totaldemontage der rus-

9 W. I. Lenin: Außerordentlicher IV. Gesamtrussischer Sowjetkongreß (14.–16. März 1918). Referat über die Ratifizierung des Friedensvertrages. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 174.

10 Friedrich Engels: Brief an Karl Kautsky vom 12. September 1882. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 35. S. 358.

11 So Fidel Castro in einem Gespräch, über das A. Schlesinger jr. in seinem Buch *Four Days with Fidel. A Havana Diary* berichtet (»The New York Review of Books« vom 26. März 1992. S. 25).

sischen Revolution, ihre pauschale Diskreditierung durch den Neoliberalismus sollten dabei ausgeschlossen bleiben.

Die neoliberale Interpretation der Globalisierung hat eine weltweite Offensive gegen die Idee der Revolution und die revolutionäre Orientierung in Gang gesetzt, um die Menschen überall in der Welt glauben zu machen, daß ihr Los unveränderlich sei, daß das Jahrhundert der Ideen und der Revolutionen zu Ende sei. Jedweder Widerstand sei sinnlos. Sein oder Nichtsein sei ausschließlich von den Machthabern abhängig. Gewisse Teile der Linken neigen leider heute dazu, den Neoliberalismus, die Unternehmer und das Finanzkapital für allmächtig zu halten, und meinen, daß man sich heute auf Reformen beschränken müsse. Doch der Prozeß der Globalisierung globalisiert auch den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, ohne seinen Ausgang zugunsten des Kapitals zu präjudizieren. Deshalb bleibt die Idee der Revolution zukunftsträchtig, wenn sie den gegebenen Bedingungen entspricht und ihr handelndes Subjekt findet, das die Pflicht und das Recht wahrnimmt, die Fehler der Revolution im Sinne einer wahrhaft demokratischen Verwirklichung humaner Zielprojektionen zu korrigieren. Denn die Zerschlagung der Commune hat die von der Französischen Revolution erstmals proklamierten Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht beseitigen können. Der Untergang der Sowjetmacht kann die vom Oktober hervorgebrachte Idee einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus ebenfalls nicht beseitigen. Kritisch und zugleich konstruktiv sollten wir mit den Fehlleistungen und Leistungen der Oktoberrevolution umgehen und die Idee der Revolution gegen ihre Feinde verteidigen.

III

KLAUS KINNER

7. und 9. November: Der deutsche Kommunismus und die Russische Revolution

Gegründet im zweiten Jahr der Russischen Revolution und zu Beginn der absteigenden Phase der deutschen Revolution, an der sie nur marginalen Anteil hatte, stand die KPD objektiv vor einem Dilemma.

Die als Weltrevolution begonnene Russische Revolution brachte – allein gelassen – je länger desto mehr »ihre Art erbarmungslosen, brutalen Kommandosozialismus« hervor.¹ Rosa Luxemburg hatte in ihrer ahnungsvollen Gefängnisschrift diese Gefahren signalisiert.

Subjektiv konnten und mußten die deutschen Kommunisten diese Entwicklung nur begreifen als Aufforderung zum Weitertreiben der revolutionären Prozesse im eigenen Land. In ihrer Wahrnehmung der Realität, in ihrem Selbstverständnis erschien die Realisierung dieser selbstgestellten Aufgabe durchaus nicht als utopisch. Rosa Luxemburg wollte auf dem Gründungsparteitag nicht prophezeien, wie vieler Zeit es bedürfe, die Revolution zu vollziehen. »Wer rechnet von uns, wen kümmert das«, so fragte sie, »wenn unser Leben ausreicht, es dahin zu bringen.«²

Es war unstrittig für die Teilnehmer des Gründungsparteitages, die sich am 30. Dezember 1918 im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses versammelten, daß ihr »Leben dazu ausreicht«, das bestehende System zu stürzen und den »deutschen Oktober« herbeizuführen. Der eigentliche Geburtsakt der Partei war aber nicht die Russische Revolution, sondern, wie Ernst Meyer, die Delegierten begrüßend, formulierte, der erste Kriegstag.³

Historisch in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit wurzelnd, war der deutsche Kommunismus äußerster Exponent einer all-

1 Siehe Eric Hobsbawn: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.* München 1995. S. 616.

2 Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Hrsg von der KPD. [Berlin 1919] S. 42.

3 Siehe ebenda. S. 3.

gemeinen revolutionären Strömung der europäischen Arbeiterbewegung, die durch den Ersten Weltkrieg ungeheuer verstärkt wurde.⁴

Was – wie am Ende dieses »Kurzen 20. Jahrhunderts« zu überschauen ist – der Beginn eines Zeitalters der Katastrophen, der Beginn einer Weltkrise des liberalen Kapitalismus war, erschien den Zeitgenossen als Endzeit.

Der in furchtbaren Kataklysmen sich durchsetzende neue kapitalistische Reproduktionstyp, der Zusammenbruch der Staatenwelt des 19. Jahrhunderts, mußte von den Protagonisten der historischen Alternative zum Kapitalismus als ungeheure Herausforderung begriffen werden. Daß vielleicht erst diese Herausforderung die regenerativen Kräfte des liberalen Kapitalismus hinreichend mobilisierte, um alle Erschütterungen zu überstehen, bleibt eine über dieses Jahrhundert hinausweisende offene Frage.⁵ Die radikale Infragestellung des bestehenden Systems war eine Reaktion auf diese weltgeschichtlichen Verwerfungen. Daß der Versuch der Beseitigung eines als unerträglich empfundenen Regimes der Unterdrückung und des Völkermordens ausgerechnet im zaristischen Rußland Erfolg hatte, war vielen Gründen geschuldet. Die Russische Revolution war nicht Ursache, aber Verstärker der revolutionären Energien, die seitdem den Lauf dieses Jahrhunderts wesentlich mitbestimmten. Gleichzeitig verband sich das Schicksal des sich zur kommunistischen Bewegung konstituierenden äußersten linken Flügels der sozialistischen Arbeiterbewegung zunehmend mit dem Schicksal der Russischen Revolution. Da Deutschland und die anderen Zentren des Weltkapitalismus die Erschütterungen des Weltkrieges und der Nachkriegskrise überstanden, verblieb das sich als sozialistisch deklarierende isolierte Sowjetregime letztlich in den Strukturen kapitalistischer Reproduktionsmechanismen. Das sozialistisch intendierte politische System in Sowjetrußland vermochte der staatskapitalistischen und zu beträchtlichen Teilen sogar vormodernen Realität dennoch bemerkenswerte Resultate abzutrotzen, die weltweit die Hoffnungen auf den Sozialismus als historischer Alternative wachhielten.

Den sozialistischen Zielvorstellungen näherte Sowjetrußland jedoch je länger desto weniger. Das trotz erheblicher Geburtsfehler als Projekt genuiner proletarischer Emanzipation in die Welt getretene Sowjetsystem wurde im Zuge der Machtusurpation einer neuen politischen Klasse um Stalin –

4 Siehe Alexander Kan: Nikolaj Bucharin och den skandinavista arbetarrörelsne. Uppsala 1991. S. 162 (zitiert nach Mario Kessler: Heroische Illusion und Stalin-Terror. Die Komintern in historischer Perspektive. In: Utopie kreativ. Berlin (1997)76. S. 39).

5 Siehe dazu auch Eric Hobsbawn.

der Sowjetbürokratie – immer stärker deformiert und nahm zum Teil Züge einer vormodernen asiatischen Despotie an. In dem Maße, in dem die Weltrevolution als unmittelbar anzustrebendes Ziel verloren ging und Stalin sie mit dem Kurs der Errichtung des Sozialismus in einem Lande auch theoretisch abschrieb, wurden der bolschewistische Parteityp, die Russische Revolution und das Sowjetsystem in der Deutung des Stalinschen Marxismus-Leninismus zum allgemeinverbindlichen Modell erklärt.⁶

Waren Tendenzen zu einer Überhöhung der sowjetrussischen Erfahrungen schon Anfang der zwanziger Jahre spürbar, so wurden sie nach 1924/1925 allgegenwärtig und seit 1927/1928 übermächtig. Ihre letztendliche Kanonisierung fanden sie in Stalins »Kurzem Lehrgang« aus dem Jahre 1938.

Auch das Bild, das sich die deutschen Kommunisten von der russischen Revolution des Jahres 1917 machten, befand sich in diesem Spannungsbogen. Er reichte von Rosa Luxemburgs Gefängnisschrift aus dem Frühjahr 1918, in der sie in kritischer Solidarität Größe und Gefahren hell-sichtig erkannte, bis zu quasireligiösen Ritualen wie der kommunistischen Grußformel »Heil Moskau« am Ende der Weimarer Republik.

In den intellektuellen Debatten des zu Ende gehenden Jahrhunderts geht es letztendlich um die Deutungsmacht über dieses Jahrhundert. Im Zentrum einer Jahrhundertbilanz wird dabei zweifelsfrei die Bewertung der Russischen Revolution 1917 stehen.

Es erscheint gegenwärtig nahezu ein Erfordernis der »political correctness« zu sein, das Scheitern des von der Russischen Revolution intendierten Partei-kommunismus als das Scheitern eines von vornherein zum Untergang verurteilten Projektes darzustellen. Ist wirklich nur eine Illusion zu Ende gegangen, wie François Furet suggeriert?⁷ Eine nüchterne Bilanz dieses Jahrhunderts muß zweifellos zur Kenntnis nehmen, daß der von der Oktoberrevolution geprägte Partei-kommunismus gescheitert ist. Moderne linke Gesellschaftsanalyse kann nicht einfach an kommunistischen oder auch linkssozialistischen Ideen anknüpfen. Heißt das aber, daß die Ge-

6 Zur Geschichte der Komintern siehe die jüngst erscheinende umfassende Skizze von Mario Kessler (siehe Mario Kessler: Heorische Illusion und Stalin-Terror. Die Komintern in historischer Perspektive. In: Utopie kreativ. Berlin (1997)76. S. 39–57) sowie Mario Kessler/Theodor Bergmann: Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943). Mainz 1992.

7 Siehe François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München 1996.

schichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert nur als Geschichte des Scheiterns einer von Anfang verfehlten Idee zu schreiben ist?

Mein Ansatz ist ein anderer. Geschichte als Resultante divergierender Interessen, als offenes System zu begreifen, heißt auch, sie nicht vom Resultat aus, dem jeweils vorläufigen, zu schreiben. Geschichte ist insofern nicht nur nach vorn, sondern in gewisser Weise auch nach hinten offen. Der Kommunismus vom Typ der Oktoberrevolution war eine legitime Reaktion auf den damals von den Zeitgenossen jeder Couleur als katastrophal empfundenen Weltzustand. Die Vision vom Untergang des Abendlandes war bekanntlich keine kommunistische.

Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktionstyp war an Wachstumsgrenzen gestoßen. Der Übergang zum vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktionstyp vollzog sich in einer Strukturbruchkrise. Die Welt – und in der Menschheitsgeschichte tatsächlich erstmals *die Welt* – trat in ein Zeitalter der Katastrophen ein. Der Kommunismus war eine legitime Reaktion auf diese Weltkrise des liberalen Kapitalismus. Die radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems dieser Zeit war ebenso legitim wie die reformistische. Die Oktoberrevolution war Reaktion der Volksmassen auf ein als unerträglich empfundenes Regime der Unterdrückung und des Völkermordens. Sie wirkte als Initialzündung für einen revolutionären Prozeß, der die Welt erschütterte.

In dem Maße, in dem sich Realität und sozialistische Utopie in der sowjetrussischen Entwicklung entkoppelten, gewann die Berufung auf diese Entwicklung in der kommunistischen Bewegung quasireligiöse Züge.

Der deutsche wie der entstehende Weltkommunismus ging von drei Prämissen aus, die unter den obwaltenden Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre nicht nur Kommunisten als durchaus realistisch erschienen: *Erstens* konnte man annehmen, daß der Kapitalismus mit Krieg und Nachkriegskrise am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt sei und sein Zusammenbruch bevorstünde.

Zweitens schien die sich behauptende Revolution in einem Riesenreich wie Rußland nur denkbar als Auftakt einer Weltrevolution.

Drittens glaubten nicht nur Kommunisten an die langfristige wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus, und sei es nur in einem Lande. Die Faszination, die später von der sich entwickelnden Planwirtschaft auch und gerade für bürgerliche Ökonomen ausging, belegt dies eindrucksvoll.

Diese Prämissen erwiesen sich von Jahr zu Jahr als weniger haltbar. War ein utopisches Moment, das jeder revolutionären Bewegung und Theorie notwendig zu eigen ist, in den frühen Jahren durchaus produktiv, so

wurde es mit dem Eintritt in die nach- und nichtrevolutionäre Phase der Zwischenkriegsentwicklung in Gestalt des Beharrens auf dem zwangsläufig heranreifenden Zusammenbruch des Imperialismus und der gleichsam naturgesetzlich obsiegenden Weltrevolution kontraproduktiv, wurde es zum Gedankendogma, das kreative Ansätze konterkarierte. Die Rekonstruktion des Selbstverständnisses der deutschen Kommunisten erscheint als eine zentrale Fragestellung, die aus der Jahrhundertperspektive eine Gesamtsicht ermöglichen könnte. Eine entscheidende Frage dieses Selbstverständnisses ist meines Erachtens die nach dem Bild, welches sich die deutschen Kommunisten vom Kapitalismus resp. Imperialismus ihrer Zeit machten.

Dabei gilt es, differenziert zu analysieren, in welchem Verhältnis das sich wandelnde Kapitalismusbild zu den Reaktionskonzepten der KPD auf die sie umgebende gesellschaftliche Wirklichkeit stand. Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie, von den zeitgenössischen Theoretikern in der KPD der frühen zwanziger Jahre als »Grundlegung des deutschen Kommunismus« begriffen, und die als leninistisch bezeichnete Stalin(-Vargasche) Imperialismustheorie, die schon 1927 das Ende der Stabilisierung und den Beginn der »Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus« und 1934 die Unfähigkeit zu einem neuen Aufschwung in einer »Depression besonderer Art« prognostizierte, markieren die Eckpunkte, zwischen denen eine Vielfalt von Theorie- und Politikansätzen changierten. Aus diesen Ansätzen ergaben sich Handlungsspielräume für realistische Politik oder abenteuerliche weltrevolutionäre Konzepte.

Um die Haltung der deutschen Kommunisten zur Russischen Revolution zu erfassen, ist allerdings noch eine andere Ebene zu beachten, ohne die weder die Einwirkungen von außen, noch die inneren Auseinandersetzungen in der KPD zu begreifen sind. Gegründet in einer Zeit, in der die revolutionäre Krise bereits ihren Zenit überschritten hatte, begriffen sich die deutschen Kommunisten subjektiv dennoch als Avantgarde der Weltrevolution, die nach ihrer Überzeugung im Zuge des unaufhaltsamen Zusammenbruchs des Imperialismus mit Naturnotwendigkeit heranreifen mußte. Von diesem Gründungsaxiom ging die KPD Zeit ihres Bestehens nicht ab. Diese geschichtsmächtige Utopie prägte ihre gesamte Politik, aber auch die Mentalitäten der von ihr beeinflussten Massen.

Gab die Wirklichkeit der Weimarer Republik diesem Traum von der Weltrevolution immer weniger Nahrung, so bot die Realität der Russischen Revolution Ersatz. Ihre Geschichte – in den frühen Jahren mit Selbstverständlichkeit als vorweggenommene deutsche Entwicklung begriffen – gemahnte die deutschen Kommunisten mit zunehmendem zeitlichen Abstand

und dem Ausbleiben bzw. Scheitern des »deutschen Oktobers« einerseits an das eigene Versagen. Andererseits wirkte die Russische Revolution in ihrem Selbstverständnis als unzerstörbare Brücke zwischen der Wirklichkeit und der weltrevolutionären Utopie.

Die Realität der Russischen Revolution ermöglichte es den deutschen Kommunisten, Revolutionäre auch in nichtrevolutionärer Zeit zu bleiben und sich mit ihrer Utopie in der Wirklichkeit der Weimarer Demokratie einzurichten, aber eben mehrheitlich nicht dort anzukommen. Die geistig-kulturelle Abschottung des deutschen Kommunismus war nicht nur fremd-, sondern auch hausgemacht.

Das Auseinanderklaffen von Reform und Revolution, von Utopie und Realität prägten Politiken wie Lebenswirklichkeit der deutschen Kommunisten. Die Kampagne »Zehn Jahre Sowjetunion« widerspiegelte diese in sich widersprüchliche Verfaßtheit der KPD auf spezifische Weise.⁸ Zugespitzt könnte man formulieren: Je weiter sich die revolutionäre Aktion entfernte, um so krasser wurde die revolutionäre Attitüde der Selbstdarstellung. Das Jahr 1927 stand gleichsam im Schnittpunkt sich überkreuzender Tendenzen. Die Vollendung ihres ersten Dezenniums erschien den Kommunisten als endgültige Bestätigung des Be- und Widerstehens der Revolution und damit gleichzeitig als Rechtfertigung kommunistischen Selbstverständnisses und Tuns. Das Hauptziel jedoch, dessen Verwirklichung der Gründungsimpetus der Komintern gewesen war – die Weltrevolution – lag ferner denn je. In Deutschland stabilisierte sich die Wirtschaft weiter und erreich-

8 Die DDR-Geschichtsschreibung widmete diesem Thema bereits seit den fünfziger Jahren Aufmerksamkeit. Auf folgende Auswahl sei verwiesen. Otto Kindzorra: Zu den Feierlichkeiten des Zehnten Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1927 in Deutschland. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. (1957/1958)1. S. 55–60. – Otto Kindzorra: Zehn Jahre danach. Zu den Feierlichkeiten des zehnten Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1927 in Deutschland. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin (1958) Sonderheft. S. 259–277. – Sigrid Oppermann: Die marxistisch-leninistische Staatslehre in der Propagandaarbeit der KPD (November 1925 bis Mai 1929). In: Beiträge zu Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (1974)4. S. 577–579 und 583–568. – Helmut Neef/Siegfried Vietzke: Die Kommunistische Partei Deutschlands und die Aktion »10 Jahre Sowjetmacht«. Ein Beitrag zum 60. Jahrestag des Roten Oktober und anlässlich des Nationalfeiertages der Deutschen Demokratischen Republik. Vorlesungen und Schriften der Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED. Berlin 1977. – Aus gleichem Anlaß äußerte ich mich in mehreren Aufsätzen zum Thema, die in eine Monographie eingingen (siehe Klaus Kinner: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Berlin 1982).

te das Niveau der Vorkriegsproduktion. Der Zusammenbruch des Kapitalismus erwies sich für alle, die sehen wollten, als Illusion.

Die KPD des Jahres 1927 – zehn Jahre nach dem Oktober 1917 – stand kurz vor einer Wende, die die Entscheidung bot zwischen dem Weg genuiner proletarischer Emanzipation eines demokratischen Sozialismus in der Folge Rosa Luxemburgs, Paul Levis, August Thalheimers oder Antonio Gramscis und dem Weg der Verabsolutierung der Russischen Revolution. Die Deutungsmacht über die Revolution von 1917 war für die widerstreitenden Parteien im Wortsinne von existentieller Bedeutung.

Hatte Trotzki schon im Herbst 1924 in seinen »Lehren des Oktober« gegen die beginnende instrumentalisierende Umdeutung der Geschichte der Russischen Revolution angeschrieben, so wurde im zehnten Jahr der Revolution ihre Deutung zu einem entscheidendem Faktor in den Auseinandersetzungen um die Macht und um den weiteren Weg der Sowjetunion. Stalin nutzte die nach seinem jeweiligen politischen Kalkül ausgerichteten »Lehren des Oktober«, um in unterschiedlichen Koalitionen seine Rivalen um die Macht nacheinander auszuschalten.⁹

Seit dem Ende der zwanziger Jahre wurde in der KPD in Übernahme des stalinistischen Geschichtsbildes die Gegenüberstellung von 7. und 9. November zum Signum für die eigene Bolschewisierung. Der russische Oktober war siegreich dank der Existenz der Bolschewiki als Avantgarde der Revolution; der deutsche November scheiterte, da eine solche Kraft fehlte. Folgerichtig brach damit erneut der Streit um Bewertung der deutschen Linken der Vorkriegszeit, des Spartakusbundes, der Gründung und der Geschichte der Frühphase der KPD auf. In der Debatte um Rosa Luxemburgs Platz in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung fand diese Auseinandersetzung ihren Höhepunkt. Der Sache nach war dies ein Rückfall auf ultralinke Positionen der Jahre 1924/1925, wie sie dezidiert besonders von Arkadi Maslow und Ruth Fischer vertreten worden waren. Formal erfolgte jedoch kaum ein Rückgriff auf diese Quellen, da der Bann über ihre Träger als Trotzkiisten-Sinowjewisten nicht aufgehoben wurde.¹⁰ In seinem Buch »Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917« brachte Arkadi Maslow 1925 diese Polemik gegen den sogenannten »Luxemburgismus« auf den Punkt: »Der zweite Weg, den, wel-

9 Siehe Wolfgang Gehrcke (Hrsg.): *Stalinismus-Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte.* Bonn 1994.

10 Siehe dazu und zum folgenden ausführlich Klaus Kinner: *Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933.* Berlin 1982.

chen die deutschen Linken, insbesondere Rosa Luxemburg gewählt, war ein sehr gefährlicher Weg. Das war die Erziehung der revolutionären Elemente zur Negierung der Partei. In der Tat, jene berühmte Spontanitätsmythologie, welche Rosa Luxemburgs Schriften so oft gekennzeichnet, ist nichts anderes als die Negierung der Partei.«¹¹

In den Debatten der Jahre 1925–1928/1929 war es gelungen, eine differenzierte Sicht zu gewinnen. Theoretiker wie Paul Frölich, Ernst Meyer oder Hermann Duncker hatten hohen Anteil an der Zurückdrängung solcher Positionen, die nunmehr nach der erneuten ultralinken Wende fröhliche Urständ feierten. Ihre äußerste Zuspitzung erfuhren solche Positionen mit der Veröffentlichung von Stalins Brief »Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus« Ende 1931 und die darauf folgende breite Kampagne, in deren Verlauf der »Luxemburgismus« zu einer parteifeindlichen Ideologie stilisiert wurde.

Kurt Sauerland steht mit seinem als ersten Band eines Lehrbuchs des dialektischen Materialismus konzipierten Buches aus dem Jahr 1932 für diese Linie.¹² Noch war es möglich, solchen Darstellungen, die in vorauseilendem Gehorsam die Bemerkungen Stalins in dessen Brief an die Zeitschrift »Proletarskaja Revoluzija« in eine Konzeption der Parteigeschichte umzusetzen, Paroli zu bieten.

Der ungarische Kommunist Julius Alpari, leitender Redakteur der »Internationalen Pressekorrespondenz« der Komintern, unterzog Sauerland einer vernichtenden Kritik. Obwohl unter den führenden Kräften von KPD wie Komintern Einigkeit über die Kritikwürdigkeit Sauerlands bestand, stieß Alpari mit seiner Kritik selbst auf Kritik und wurde gedrängt, sich in einer Erklärung von seiner Rezension zu distanzieren.¹³ Es bedurfte nur noch weniger Jahre, bis Positionen wie die Alparis nicht nur den Vorwurf des Luxemburgismus nach sich zogen, sondern Haft, Gulag und Ermordung. Viele deutsche kommunistische Emigranten gerieten mit der Etikettierung als »luxemburgistisch-trotzkistisch« in die Fänge des Stalinschen Terrorapparates. Daß sich unter ihnen auch Kurt Sauerland befand, gehört zu den

11 Arkadi Maslow: Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917. Beiträge zum Studium des Leninismus, insbesondere des Bandes XIV der Werke Lenins. Berlin 1925. S. XVf.

12 Siehe Kurt Sauerland: Der dialektische Materialismus. Dogmatischer oder schöpferischer Marxismus. Berlin 1932.

13 Die Literatur- und Quellenbelege siehe Klaus Kinner: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Berlin 1982. S. 419ff.

grausigen Ironien des Stalinschen Vernichtungsfeldzuges gegen die kommunistischen Parteien.

Was mit der Fälschung von Dokumenten aus der Revolutionszeit seit Mitte der zwanziger Jahre begann, sich mit der Verdrängung und schließlich der Ermordung der »alten Garde« der Bolschewiki fortsetzte, fand in der Bekämpfung aller internationalen Entwicklungslinien, die mit dem Stalinschen »Leninismus« nicht kompatibel waren, seine Abrundung. Es entbehrt nicht einer gewissen Logik der blutigen Stalinschen »Geschichts«-Politik, daß der König-David-Bericht, die nunmehr sakrosankte Deutung des Weges der Bolschewiki ins gelobte Land erst in Auftrag gegeben wurde, nachdem die anderen Propheten ausgeschaltet oder vernichtet und die kommunistischen Parteien endgültig gleichgeschaltet oder – wie im Falle der polnischen Partei – zerschlagen worden waren. Folgerichtig verkümmerte das Konzept der Weltrevolution zur propagandistischen Floskel, trat an seine Stelle immer stärker großrussische Machtpolitik, die sich in ihrer Durchsetzung mit dem »allgemeingültigen« Modell der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« drapierte. Der deutsche Kommunismus in Gestalt von KPD wie auch DKP und SED blieb diesem Modell letztendlich bei allen poststalinistischen Modifikationen bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion verhaftet.

Am Ende dieses Jahrhunderts stellt sich die Frage nach dem 7. November 1917 und dem 9. November 1918 erneut und auf neue Weise. Rückt doch das späte Scheitern der Russischen Revolution diese wieder stärker in den Konnex der anderen zeitgenössischen revolutionären Prozesse, insbesondere in den der Deutschen Revolution 1918/1919. War nicht diese vielleicht doch die gescheiterte Leitrevolution des 20. Jahrhunderts und ist die Tragik der Russischen Revolution vor allem darin zu sehen, daß sie als verspätete Revolution in ihrer Janusköpfigkeit ihren Blick zwangsläufig zu stark zurück, auf die unabgeholten Modernisierungsdefizite des zaristischen Rußlands richtete, statt auf die revolutionäre Aufgabe des 20. Jahrhunderts, den Sozialismus in Aufnahme der fortgeschrittensten Resultate der bürgerlichen Demokratie und Gesellschaft voranzubringen. Hat der Sozialismus den liberalen Kapitalismus des 20. Jahrhunderts vor dem Faschismus gerettet, so wird möglicherweise seine Aufgabe im 21. Jahrhundert darin bestehen, diesen vor sich selbst zu retten.

Ob dies im Angesicht des Scheiterns des Projekts Russische Revolution erfolgverheißend ist, bleibt offen.

VOLKER CAYSA

Der andere Bloch – Bloch kontra Lenin. Blochs »Vademecum für heutige Demokraten« und die Russische Revolution 1917

Es ist fast zum wissenschaftlichen Allgemeinplatz geworden, daß sich das »Prinzip Hoffnung« in dem genialischen Entwurf, der sich »Geist der Utopie« nannte, begründete. Weniger bekannt ist schon der Unterschied zwischen der Erstfassung des »Geist(es) der Utopie« von 1918 und der Zweitfassung von 1923. Der besteht vor allem darin, daß Bloch das Ende der Zusammenfassung seiner aufrichtigen Jugendgedanken und seines Erstlingswerkes umschreibt und nun 1923 die angestrebte Vereinigung von Marxismus und Traum des Unbedingten im großen Feldzugsplan zum Umbau des Sterns Erde leninistisch radikalisiert, was sich dann auch darin zeigt, daß er sein Münzer-Buch von 1921 als Coda zum Geist der Utopie von 1918 einschätzt. Die Vision eines europäischen Vaterlandes, die noch dem Geist der Utopie von 1915–1917 sein politisches Telos gab, das im »Vademecum für heutige Demokraten« fixiert wird, wird damit in der Perspektive der Revolution von 1917 von deren vorläufigen Ausgang her leninistisch verklärt. Wir wollen hier zunächst nicht darüber urteilen, wieweit diese zunehmend marxistisch-leninistische Perspektivierung des Utopiegedankens im Werk Blochs historisch gerechtfertigt war oder nicht, vielmehr wollen wir fragen, worin sich der »Geist der Utopie« von 1918 stiftete.

Vom Frühjahr 1917 bis zum Frühjahr 1919 kommentierte Bloch die weltgeschichtlichen Ereignisse dieser Zeit »von der neutralen Schweiz aus – gesucht von der bayrischen Militärbehörde, im Bunde mit deutschen Antipreußen, französischen Regierungssozialisten, amerikanischen Propagandaagenten und ›Schweizern von echtem Schrot und Korn.«¹ Während dieser Zeit arbeitete er vor allem mit Hugo Ball für das Berner Emigrantenblatt die »Freie Zeitung« und er erfuhr während dieser Zeit zum erstenmal in seinen Leben, was Armut bedeuten kann, vor dessen extremen Formen ihn u. a. nur das Mäzenatentum des ehemaligen Krupp-Direktors Wilhelm Muehlon rettete.

1 Martin Korol: Einleitung. In: Ernst Bloch: Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917–1919. Hrsg. von Martin Korol. Frankfurt am Main 1985. S. 15.

Das 1919 erschienene, im September 1918 abgeschlossene »Vademecum für heutige Demokraten« stellt die politisch-philosophische Zusammenfassung der Zeitschriftenbeiträge Blochs während seines Schweizer Exils dar. »Vademecum« heißt wörtlich »Geh mit mir« und ist oft die Bezeichnung für Ratgeber, Taschenbücher und Leitfaden. Blochs Broschüre war durchaus so gedacht; sie war aber auch die Summe, der Ertrag seines Philosophierens in praktisch-politischer Absicht während seiner ersten Emigration in der Schweiz. Worin ist die aktuelle Bedeutung dieses Vademecums für heutige Demokraten zu sehen?

Bloch geht davon aus, daß der Erste Weltkrieg beendet werden muß. Sein Ende ist nicht nur negativ zu bewerten, denn er zerstört das Zerstörende, er führt zur »Niederringung der preußisch-österreichischen Gewaltkaste«², die für Bloch die Hauptschuld am Ersten Weltkrieg trägt. Diese Gewaltkaste, personifiziert in der Gestalt Ludendorffs, verkörpert für Bloch nicht nur den verselbständigten Machtwillen eines Militärs, das »jenseits des Industriesystems«, auf das es sich nur technisch stützt, einen »Staat im Staate« bildet, sondern der kriegerische Wille zur Macht dieses Militärs ist Bloch selbst nur Ausdruck des imperialen Machtwillens des »abstrakten Machtstaates«, der durch »Verdinglichung«, »Entpersönlichung«, »totale Organisierung«, Verselbständigung des menschenfeindlichen Staatsapparates gekennzeichnet ist.³ Demzufolge kann für Bloch auch nicht der Krieg allein aus Kapitalinteressen erklärt werden. Das hält er zu diesem Zeitpunkt für einen ökonomistischen Reduktionismus, den er dem Marxismus insgesamt, was noch genauer zu erläutern sein wird, vorwirft.

Das Ende des Krieges kann nun zwar die Macht des preußischen Militärs brechen, aber die Entmachtung der alten Herrschaftskaste ist kein Garant dafür, daß sich etwas Neues, eine positive Gegenherrschaft bildet; obwohl die Personage ausgewechselt wird, können die Herrschaftsstrukturen dieselben bleiben. Erst in »dem Augenblick, wo das das deutsche Volk selber imstande ist, sein öffentliches Geschick verantwortlich zu leiten und die Welt von der beständigen Angriffsdrohung seiner unverantwortlichen Militärs zu befreien, ist auch der Kampf der Welt an seinem Ziele angelangt.«⁴ Aber der »Sprung zum Anderen, Sprung in Einrichtung und Gesinnung, kann, muß dann erst beginnen. Zu erobern gibt es hier selbst-

2 Ernst Bloch: Vademecum für heutige Demokraten. In: Ebenda. S. 480.

3 Siehe ebenda. S. 511 und 513.

4 Ebenda. S. 479f.

redend nichts; der Weltkampf ist nicht ökonomisch, sondern politisch, er geht nicht um Erzgruben⁵, sondern um eine anderes, neues Menschheitsethos.

Kein Raubfrieden, keine erobernde Vereinigung der Völker wird hier angestrebt, sondern ein ziviler Friede, eine friedliche, soziale und demokratische Erneuerung der Welt ist Blochs Ideal.

Das »wahrhafte Ende des Krieges« ist für Bloch identisch mit wahrhaftem »Frieden, Pazifismus und Weltdemokratie«.⁶ Das schließt für ihn ein, den Kampf gegen den Krieg solange zu führen, bis die den Krieg verursachenden Kräfte besiegt sind. In diesem Kontext ist Bloch zwar nicht für ein unbedingtes, wohl aber für ein gemäßigtes Gewaltrecht des Guten: »Nur Messer kann Geschwür vertreiben; ist man einmal auf dieses Feld gezerrt, dann kann nicht das bloße unbewaffnete Herz, das Herz ohne Hilfsmittel, ohne die der Gewalt homogenen Hilfsmittel dieser puren Gewalt begegnen. Es wird besiegt und zu ohnmächtig privatem Protest, zu leerem, unerfülltem Liebesverlangen herabgesetzt; indes die ganze öffentlich, reale Welt selber von der Gewalt und Macht okkupiert wird, okkupiert bleibt, in keiner Weise noch durch Tolstoismus zu fällen. Die vielfach geworfene, verworfene Welt ist so beschaffen, daß *nur* von oben her, mit Kuß und reiner Gesinnung, das Böse in ihr *nicht* zu heilen ist. Sondern die Macht muß der Macht entgegenstehen, soll diese überwunden werden; das Amulett des nackten Herzens hat sich selbst bei Golgatha noch als kraftlos erwiesen. Und darum bleibt endgültig zu sagen, man muß Mächte ausspielen, wo böse Mächte herrschen, weil die bösen Mächte nicht das Tao, nicht die Idee, sondern bloß wieder die Kanonen begreifen und allein durch Kanonen widerlegbar sind. Aber nach gelungenem Werk, voll Ekel über die aufgedrängten Gegenmittel, soll sich die Macht, die Macht des *Guten* so reinlich als möglich des Machthaften selbst entledigen.«⁷

Daher kann für Bloch auch nicht die Losung sein, den Kampf um jeden Preis zu beenden. Das wäre Defaitismus. Wer wirklich Frieden, Pazifismus und Weltdemokratie erstrebt, darf nicht den Kampf gegen den Krieg mit dem Krieg selber verwechseln. Wenn dies aber geschieht, wird der Krieg zugunsten derjenigen vorzeitig beendet werden, die ihn verursacht haben und denen endlich der Gegenkrieg gefährlich geworden ist. Darin eingeschlossen wäre für Bloch eine Niederlage der Völker, ja der ganzen Welt,

5 Ebenda. S. 480.

6 Ebenda. S. 481.

7 Ebenda. S. 484.

Deutschland inbegriffen, wie auch des »zivilen Freiheitsgedankens«⁸. Frieden kann nicht sein ohne eine »Kampfidee als der integralen Verwirklichung der überkapitalistischen, demokratischen Rechtsidee«⁹. Wobei hier anzumerken ist, daß für Bloch die Verwirklichung des zivilen Freiheitsgedankens in Bezug auf die russische Revolution von 1917 davon abhängt, ob es gelingt die »Kultur« zur Freiheit«, die das russische Volk zweifelsohne hat, in eine »westliche ›Zivilisation‹ zur Freiheit« zu überführen. Dies aber sei Lenin noch nicht gelungen.¹⁰ Dieser Übergang setzt für Bloch die Gewährung individueller Freiheitsrechte voraus: »*Jedes Volk [...] hat nur denjenigen Sozialismus zu erwarten, den es nach Maßgabe seiner bürgerlichen Freiheit, seines Liberalismus verdient.*«¹¹ Lenin aber ist ein »aufgeklärter Absolutismus« eigen, der »die russischen Bauern wider ihren Willen zu ihrem Glück zwingen will«. Sein Versuch der unglücklichen Mehrheit das Glück (notfalls mit Gewalt) zu bringen, kann für Bloch nicht als Legitimation dienen, auch wenn damit durchaus humane Absichten verbunden sind. Denn »es ist nichts gut, es bleibt nichts gut, selbst wenn es ein abstrakt Gutes sein mag, was nach Weise dieses wiedergeborenen ›aufgeklärten Absolutismus‹ erzwungen, wider den Willen der Mehrheit eines Volkes getan werden muß«¹². Wird mit dieser für Bloch »preußischen Mentalität« nicht gebrochen, so wird Lenin die »pure Machtgebärde« der preußischen Militärkaste beerben und nicht nur einen Kasernensozialismus errichten, sondern ein »großes Zuchthaus« bringen, »als welches sich bezeichnenderweise nicht nur die Bürger, sondern auch die akademischen Staatssozialisten in Deutschland den Organisationszauber genossenschaftlich geregelter Produktions- und Konsumwirtschaft vorstellen«¹³.

Die Gedanken Blochs zu einem gerechten Kampf und ungerechten Krieg, zu Lenin und dem Preußentum haben nun eine Debatte zum Hintergrund, die durch einen Artikel des österreichischen Pazifisten und Friedensnobelpreisträgers Alfred H. Fried in der »Neuen Zürcher Zeitung« im Juli 1918 ausgelöst wurde und an der sich Stefan Zweig wie auch Ernst Bloch beteiligten. Stefan Zweig vertrat in dieser Debatte die Position, daß, nachdem man vier Jahre lang in Europa Millionen von Menschen einigen

8 Ebenda. S. 481.

9 Ebenda. S. 485.

10 Siehe Ernst Bloch: Lenin, der »rote Zar«. In: Ebenda. S. 197.

11 Ebenda. S. 198.

12 Ebenda. S. 197.

13 Ebenda. S. 198.

Ideen geopfert hatte, nun endlich auch einige Ideen den Millionen Menschen zu opfern seien. Der scheinbar apolitischen Menschenfreundlichkeit Zweigs widerspricht Bloch heftig: »Die Herren rüsten nur deshalb so schief ab, Ideen den Menschen opfernd, weil ihre Regierungen eingesehen haben, daß diese Ideen, die Ideen der Freiheit, des nationalen Selbstbestimmungsrechts, der politischen Demokratie in jeder Beziehung ihrem Fundament gefährlich geworden sind; und weil sie, denen es zwar leicht fallen würde, Ideen zu opfern, sofern sie seit vier Jahren schon keine haben, bald am Rande mit ihrem jetzt plötzlich so süß gewerteten ›Menschenmaterial‹ angelangt sein dürften. Nicht die österreichische Propaganda, wohl aber die Logik der Werte wird dadurch zu einem Zirkel gezwungen: *denn gerade der ›Mensch‹ ist kein beliebig wiederherstellbares ›Phänomen‹, sondern durchaus eine ›Idee‹, nur im ungebrochenen Zusammenhang mit andern, ihn erzeugenden ›Ideen‹ existent.* Man kann es hindern, man kann es verbieten Mensch zu sein, Preußen hat jetzt tatsächlich fast alle dazu gebracht. Es hat alle andern in den Wirbel gerissen und würde durch seinen ungebrochenen Fortbestand, Haß und Angst erregend, die Gesamtdepression des Menschlichen nicht enden lassen. Nicht Mensch und Idee also stehen im Gegensatz, so daß man etwa als Verehrer des einzelnen menschlichen Glücks und Daseins die ›abstrakte‹ Idee der Freiheit und der Demokratie opfern müßte. Sondern Mensch und Idee sind beide allernächst verwandt und stehen gern sich bei: wenn anders man unter dem Menschsein nicht das Dasein eines Tieres versteht, und wenn anders man nicht gerade den abstrakten, prinzipiell menschenfeindlichen Gewalt-, Apparats-, und Militarismusstaat Preußen-Österreich als ›Idee‹ mißverstehet. Der freie, lebendige Mensch selbst ist eine ›Idee‹ und nur als solche vorhanden, er ist im Komplex mit anderen ›Ideen‹, im Geistkomplex Athens, des Christentums, der französischen Revolution aus dem despotischen Tierreich, Furchtreich geboren worden. Dagegen die persönliche und nationale Unterdrückung, das Selbstleben des staatlichen Apparates, wie es für Preußen und Österreich als den Nachahmern oder Residuen des mittelalterlichen, theokratischen Universalstaates charakteristisch war und ist, wirkt nach wie vor als der Erzfeind des Menschen und aller Humanismen, als einzige, maßlos fremd und lebensfeindlich verhärtete Abstraktion.«¹⁴

Ein Menschsein ohne eine dieses Dasein ergreifende und über den Jetztzustand hinausgreifende Idee ist keines für Bloch. Bloch will durchaus auf Erden schon das Himmelreich. Daß heißt er will das Werden eines Men-

14 Ernst Bloch: Vademecum für heutige Demokraten. In: Ebenda. S. 482f.

schen, der noch nicht ist, aber schon als Idee existiert und der den jetzigen Menschen, so elend wie er am Ende eines Weltkrieges sich nun offenbart, überwindet. Eine neue Idee des Menschen soll auf Erden verwirklicht werden, was für Bloch einschließt, die »Erde endlich in den Himmel«¹⁵ zu verwirklichen. Damit dieses Ideal werden kann muß für Bloch zunächst »die bürgerliche, die politische Freiheit, das demokratische Minimum überall, vor allem aber in deren Zentralstaaten, zu Ende gebracht werden; dann erst kann die soziale Freiheit, die ökonomisch-soziale Demokratie, das demokratische Maximum wahrhaft Freiheit sein und bleiben«¹⁶.

Mit diesem liberalen und sozialem Ideal verbindet Bloch nun weiterhin die Vorstellung, die eindeutig am Amerika unter der Herrschaft Präsident Wilsons orientiert ist: einer alle Staaten umgreifenden Weltrepublik auf dem Boden eines nunmehr auch die Völker und nicht mehr nur die Individuen befreienden Liberalismus. Bloch träumt in diesem Kontext von der Erlösung vom ökonomisch-sozialen Druck, von einer zweiten Sklavenbefreiung im Geist Lincolns als »nächstfolgende Konsequenzphase« des Liberalismus. »Und erst die Erlösung vom Kapital auf diesem Boden: sozialistisch gewordene Demokratie und nicht sozialistisch verschleierte ideallose Autokratie – kann, anders als es sich die preußisch-deutsche Gewerkschaftsmystik usque ad finem denkt, *Sozialismus der Freiheit* heißen.«¹⁷ In diesem Sozialismus soll nach amerikanischem Vorbild das Recht herrschen, das durch Zustimmung der Regierten errichtet und durch Transparenz und Öffentlichkeit aufrechterhalten wird.

Sieht Bloch 1918 auf Amerika, dann sieht er dort einen jungen Erdteil, ein Land des Willens, in dem die »Utopiekraft alter Worte« noch unverbraucht, urgründig, magisch-untergründig wirkt: »Das Recht, das Glück, die Freiheit, die Menschlichkeit – alle diese Begriffe haben (wie zuletzt, zum Falschen, der bloße unethische Wirtschaftsindividualismus) in Amerika die Tendenz völlig radikal zu werden; eine neue Mystik der Brüderlichkeit und Gemeinde zieht aus Amerika kräftig offener Jugend so gut wie aus Rußlands Wärme, Tiefe und Christushoffnung herauf; aus der Morgenfrische dieser beiden Reiche leuchtet endlich Radikal-Gutes in die Welt. Das Rad schwingt dort drüben um, nicht nur das Rad, an das Menschen gespannt sind, auch das alte Sonnenrad. Denn das Land ist voll von Willen, voll von einem Pragmatismus des Menschenzwecks, der Menschensehn-

15 Ebenda. S. 529.

16 Ebenda. S. 502.

17 Ebenda. S. 505.

sucht, des Menscheistes als der alleinigen Wahrheit; voll von latenter Metaphysik: endlich Magnetstrom des menschlichen Willens, des Willens zum Paradies, in den taumelnden, wertfremden Unfug des bisherigen Weltlebens hineinzurichten.«¹⁸

Bloch hofft auf die »überkapitalistischen Regungen alter Ideale in noch kapitalistischen Staaten«.¹⁹ Diese Hoffnung verbindet er wie gesagt mit Amerika. Bloch hofft aber gleichzeitig auf den Wärmestrom Rußlands, auf das Rußland Dostojewskis und Tolstojs, und nicht auf das Lenins, das für Bloch nur eine Kopie des preußischen Staatskapitalismus ist. Für Bloch vergißt Lenin, daß »ältere Rechnungen« zu begleichen sind »als diejenigen der ökonomisch-sozialen Frage; und es hat sichtbar kein Heil gebracht, beider Grenzen in einander überlaufen zu lassen, also den Krieg, der aus anderem als dem Kapitalismus entstand, und erhalten wurde, vor seiner Niederschlagung auch noch mit dem Kampf gegen den Kapitalismus zu komplizieren«²⁰.

Zwar erkennt Bloch an: »der Anstoß zur sozialen Revolution ist durch Rußland in die Welt gekommen und wird nicht mehr aus ihr verschwinden. Das ist, ganz gleich, wie der Impuls weitergeht, Rußlands durch alle künftigen Jahrhunderte weiterstrahlender Ruhm. Jedoch: Eben die Weiterführung der sozialen Revolution, gerade auch bisher in Deutschland und dann in der Welt, ist durch die bolschewistische Politik Rußlands selbst verhindert worden; sofern diese Fahne mehr schwarz und Zerfall als rot ist, sofern plündernder Soldatenpöbel kein schaffendes Proletariat ist und darum diesem erkrankten, autokratischen Sozialismus die Propagandakraft nahm. Sofern schließlich die auswärtige Revolutionspolitik des Bolschewismus annahm (hierin völlig unmarxistisch handelnd), nicht durch eine Niederlage, also nicht ›durch das Sein das Bewußtsein‹ verändern zu müssen, sondern nach Art der alten Weltverbesserer durch bloße Aufklärung und Propaganda eine Revolution im streikfestesten Obrigkeitsstaat inaugrieren zu können.«²¹

Bloch erweitert nun aber diese Kritik am Bolschewismus zu einer Kritik am Marxismus überhaupt, den das Problematische des Bolschewismus verweist für ihn auf einer »Reihe anderer problematischer Eigenheiten des Marxismus«, die nicht nur darin bestehen, die Junker- und Agrarfrage völlig vernachlässigt zu haben, sondern auch die Frage nach der Schuld am

19 Ebenda. S. 515.

20 Ebenda. S. 506f.

21 Ebenda. S. 507.

Krieg falsch beantwortet und die Christlichkeit und Geistlichkeit eliminiert zu haben.²² Die Folge ist ein verkürzter Ökonomismus, ein objektivistischer, »personloser«, »moralfremder« »Wirtschafts-Pantheismus« à la Hegel²³, der für Bloch schon bei Marx zu finden ist und dem Lenin folgt.

Marx lebte für Bloch in einer liberalen Zeit. »Es fehlten ihm in der Umwelt (und der Herren eigener Geist, die vorliegenden aktuell politischen Kategorien spiegeln in aller Geschichtsschreibung kräftig mit) die Voraussetzungen, um eine Verfestigung des Überbaus, wie jetzt, bis zur vollständig selbständigen, sogar gegenökonomischen Funktion für möglich zu halten. Selbstredend wäre es falsch und dilettantische Ahnungslosigkeit gegen einen der kräftigsten methodischen ›Idealtypen‹ neuerer historischer Wissenschaft, die ökonomische Geschichtsauffassung gänzlich eliminieren zu wollen; also etwa zu behaupten, beim Drang Rußlands nach Konstantinopel sei das religiöse Motiv, die Erneuerung des griechischen Kreuzes auf der Sophienkirche, das schlechtweg Primäre gewesen, und die offene Dardanellendurchfahrt dagegen wäre ihrerseits nur eine ›Ideologie‹. Aber gerade auch die *Wirtschaft* lebt nicht aus sich selber, wird nicht durchaus über den Personen vom Stand der Handmühle, Dampfmühle, also technisch und ähnlich Objektivem bestimmt, sondern es gibt ein eigenes *Wirtschaftsethos*, und dieses ist selber als ziemlich weitgehend abhängig Variable von dem herrschenden *Religionssystem* seiner Epoche bestimmt, wie solches gerade ein Nationalökonom, Max Weber, in einer Reihe von glanzvollen Untersuchungen, besonders auch am Zusammengang von Kapitalismus und Calvinismus, historisch erwiesen hat. Der wirtschaftliche Zustand bedingt nachträglich, aber erzeugt nicht das Geistige, das sich stets mit einem Sprung darüber richtunggebend erhebt; weder Person, noch Sitte, noch Mythos sind also aus den Triebkräften der Geschichte auszuschalten.«²⁴

Die Zimmerwalder Linke steht demzufolge für Bloch auf dem »ideallösen Grund« einer »total ökonomischen Geschichtsauffassung«, die von durch ihr »Ödestes Mißtrauen« gegen moralische Ideen und durch ihren »leblosesten Materialismus« die Schuldfrage gar nicht in ihrer moralischen Dimension erkennt, »sofern hier die sittlich möglichen, überkapitalistischen Regungen alter Ideale in noch kapitalistischen Staaten unterschiedslos verächtigt werden. Und ebenso rächt sich der Materialismus, die geringe

22 Siehe ebenda. S. 508–514.

23 Siehe Ernst Bloch: Über einige politische Programme und Utopien in der Schweiz. In: Ebenda. S. 551.

24 Ernst Bloch: Vademecum für heutige Demokraten. In: Ebenda. S. 514f.

Achtung vor Ideen, wie Freiheit, Liebe, Person, Menschenrechte, von Mystik ganz zu schweigen, in der totalen Sozialdiktatur des Bolschewismus, die wie ein neues Preußen anmutet, die einkerkern läßt, die Liebknecht zum Chef eines Regiments ernennt, die Karl Marx ein Denkmal setzt und nur durch besseren Geschmack von einer ganzen Siegesallee vergangener Sozialreformer abgehalten scheint; die in vollem Ernst fast die ganze Hegelsche autoritäre Staatsomnipotenz in Ermangelung eigener ›Ideologie‹ des Marxismus nach Rußland gebracht hat. Umsonst sagt Engels, daß der letzte Akt des Staates, die Besitzergreifung der Produktionsmittel, auch sein letzter selbständiger Akt als Staat sei; umsonst bemühen sich die Bolschewiki, wo immer ihnen erstaunliche Spuren eines russisch-anarchistisch-religiösen Gewissens schlagen, ihre ganze Sozialdiktatur, Beibehaltung der zaristischen Staatsmacht als bloßen ›notwendigen‹ Übergang auszugeben. Der Marxismus hat dem Staat nichts Rechtes: die Person, den Geist, die Religion Schützendes oder neu Formierendes entgegenzusetzen; die Gedanken der französischen Revolution oder gar der helfenden Christlichkeit anderer Sozialisten sind fast vollkommen abgeschwächt, und der konsequent angehaltene Atheismus verschließt jeden Ausblick in die Idee.«²⁵

Die Hoffnung ist für Bloch das echte Rußland – nicht der revolutionäre Zarismus Lenins. Die »Menschenliebe«, »das Ende aller Gewalt«, das sich Bloch von diesem Rußland erträumt, können für ihn nur wahr werden, gelingt die Verwirklichung der Menschenrechte.²⁶

Insofern aber für Bloch der »Marxsche Zukunftsstaat« selbst noch ein »kapitalistisch-militärisches Fabrikssystem« mit »gewaltig, total durchgreifenden Autoritätsprinzipien« ist, Lenin Marx auch hierin folgt und deshalb dabei ist, »das eminent gefährliche Taylorsystem des deutschen Wirtschaftsmilitarismus« zu übernehmen, kann es dazu kommen, daß, obwohl die Bolschewiki die Macht haben, der Kapitalismus in pseudosozialistischer Gestalt an der Macht bleibt, weil man die preußischen Wirtschaftsmethoden kopiert.²⁷

Das aber könnte dazu führen, daß »der preußische kapitalistische Gegenwartsstaat«, der sich in diesem Kriege verfestigen will, sich tatsächlich verfestigt (auch in der Gegengestalt der Diktatur des Proletariats) und »danach alle deutschen Sozialisten zu seinen betrogenen Gefangenen« macht, »ja den Sozialismus aller übrigen Staaten durch die Travestie des eigenen

25 Ebenda. S. 515f.

26 Siehe ebenda. S. 517.

27 Siehe ebenda. S. 508f.

›Staatssozialismus« ansteckt und pervertiert. Dagegen hilft für Bloch nur die »politische Freiheit, für die die Welt kämpft«. Diese ist aber nur »das unaufhaltsame, *durch nichts zu ersetzende Vorspiel* zur ökonomischen Freiheit«, das zur Sprengung der »Diktatur jeder Art« führt – »auch wo sie sich noch so revolutionär vorkommt, und in Wahrheit doch nur verlängerte preußische Organisation oder Zarismus ist«²⁸.

Bloch knüpft in seinem »Vademecum für heutige Demokraten« an die Idee der politischen Freiheit und des Liberalismus an, der nicht mit »bloßer Wirtschaftsideologie« verwechselt werden darf, wie sie für ihn seit Washingtons Tagen in Amerika zu finden sind. Das demokratische Minimum, das das demokratische Maximum erst ermöglichen soll, meint hier demzufolge wesentlich individuelle Freiheiten, die die Selbstbestimmung und Selbstregierung der Bürger einer Gesellschaft erst ermöglichen. Demzufolge sagte Bloch kurz vor seinem Tode zum Scheitern der russischen Revolution: »es geht nicht ohne die vorherige bürgerliche Revolution: ›Citoyen‹ ist die Kategorie.²⁹ Ohne den Schuß pazifistischen Pulvers kann keine Revolution gemacht werden, die nicht wieder einen Ludendorff zum Ergebnis hat. Es kann keine Revolution geben, die nicht 1789 in den Knochen hat.«³⁰ Das aber bedeutet für Bloch das Ereignis von 1789 nicht auf den »terreur« der Jakobiner von 1793 zu reduzieren, wie es bei Lenin nicht nur zur Rechtfertigung des revolutionären Terrors geschieht, sondern auch zur geschichtsphilosophischen Beantwortung der Frage, wie sich 1789 in der Gegenwart wiederholen könnte, nämlich als Wiederholung der Jakobinerdiktatur von 1793 in der Diktatur des Proletariats. Wenn demzufolge nicht auch im liberalen Sinne an 1789 angeknüpft wird, in dem individuelle Freiheitsrechte nicht gewährt werden, ist das für Bloch im Jahre 1918 nicht die Verwirklichung der Ideen von 1789 in der russischen Revolution, sondern eine Revolution gegen die Ideen von 1789.³¹ Denn nur auf der Basis der Menschenrechte und der damit verbundenen Freiheiten kann verhindert werden, was Lenin offensichtlich nicht verhindern konnte, daß die mit der revolutionären Gewalt verbundene Freiheit dazu dient, die bürgerliche Frei-

28 Ebenda. S. 516f.

29 Zur aktuellen Diskussion um diese Idee Blochs siehe Volker Caysa (Hrsg.): Auf der Suche nach dem Citoyen. Konzepte der Citoyenität. Frankfurt am Main u. a. 1997.

30 So Bloch in einem ungedruckten Gespräch mit Martin Korol am 25. Juni 1976. Zitiert nach Martin Korol: Einleitung. In: Ernst Bloch: Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917–1919. Hrsg. von Martin Korol. Frankfurt am Main 1985. S. 43f.

31 Siehe Ernst Bloch: Das falsche Geleise Zimmerwalds. In: Ebenda. S. 390.

heit aufzuheben, daß das revolutionäre Recht ein Recht erzeugt, das elementare Freiheitsrechte beseitigt. Auch hier gilt für Bloch der liberale Grundsatz, daß die Freiheit nicht soweit gehen dürfe, daß sie Freiheit zur Aufhebung der Freiheit wird. Die revolutionäre Freiheit darf für Bloch nicht zur Selbsterstörung der Freiheit gebraucht werden. Auch Revolutionäre dürfen sich nicht derart der Freiheit bedienen, so daß sie völlig beseitigt wird. Will man keine Gesellschaft in der Menschenrechtsverletzungen legal sind und in der man legal asozial handeln darf, dann müssen einige Freiheitsrechte als »unveräußerlich« anerkannt werden. Denn soziale Freiheit ist nur möglich auf der Basis der negativen Freiheit im Sinne der Freiheit von Zwang und der zwanglosen Freiheit selber zu entscheiden sowie der positiven Freiheit als der Freiheit zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung im Sinne der Entwicklung der eigenen Fähigkeiten. Erst auf Basis der in den bürgerlichen Freiheit begründeten Autonomie des Individuums werden für Bloch echte Demokratie und Sozialismus wirklich. Freiheitsdefizite aber erzeugen Demokratiedefizite und ein Sozialismus mit grundlegenden Demokratie- und Freiheitsdefiziten ist für Bloch keiner. Blochs Position ist hier ganz klar: individuelle Freiheit ist die Bedingung der Möglichkeit von Sozialismus und Demokratie. Gibt es keine individuelle Freiheit kann es keinen Sozialismus und keine Demokratie geben. Nicht »Freiheit oder Sozialismus« ist also für ihn die Losung, sondern »Individuelle Freiheit und soziale Demokratie«. Bloch fordert demzufolge von Lenin, bürgerliche Freiheiten zu gewähren, solle seine Revolution nicht in einem totalitären Paternalismus verenden. Eigentlich wiederholt Bloch jedoch in dieser Frage nur den Grundsatz aus dem »Kommunistischen Manifest«, wonach die »freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«,³² den Lenin für Bloch offensichtlich nicht begriffen hat. In diesem Kontext ist die für Bloch zu gewinnende wirtschaftliche Freiheit auch als »Freiheit vom Wirtschaftlichen« zu verstehen und durch beide Freiheiten wird es für ihn erst möglich, die großen Ideale der bürgerlichen Demokratie, nicht nur zu wahren, sondern »zu den vollkommenen Idealen der sozialen Demokratie« zu steigern.³³

32 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. S. 482.

33 Siehe Ernst Bloch: Das falsche Geleise Zimmerwalds. In: Ernst Bloch: Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917–1919. Hrsg. von Martin Korol. Frankfurt am Main 1985. S. 390.

JÜRGEN SCHLIMPER

**»Es ist eine Umwälzung von ungeheuren Dimensionen.«
Die sozialdemokratische »Leipziger Volkszeitung«
über die russische Revolution (1917–1933)¹**

DIE LVZ ÜBER DIE RUSSISCHE REVOLUTION BIS ZUM JAHRE 1918

Das Interesse an der Rußlandproblematik setzte keineswegs erst mit der russischen Revolution 1905 ein. Mit dem »Blutzaren« verfügte die LVZ seit ihrer Gründung über ein Feindbild, das immer wieder benutzt wurde, um den Zaren zu treffen, aber den deutschen Kaiser zu meinen. Insbesondere während der Chinaabenteuer 1900/1901 befaßte sich die LVZ mit den äußeren Aktivitäten der zaristischen Diplomatie. Zu jener Zeit wurde der Einfluß des Zarenreiches auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen aber eher überschätzt. Gleiches traf auf die Einschätzung zu, wonach das Riesenreich über innere Stabilität verfüge.²

Nicht ohne Grund widmete die LVZ nach dem Burenkrieg und dem Chinaabenteuer der Großmächte dem russisch-japanischen Krieg die bislang größte Aufmerksamkeit auf außenpolitischem Gebiet. Prophetisch und im Gegensatz zur gesamten übrigen deutschen Meinungspressen erklärte die Zeitung Stunden vor dem Ausbruch des Konfliktes: »Der russische Koloß steht vor der Alternative, entweder seine inneren Volkskräfte durch eine Verfassung nach modernem Muster zur Entfaltung bringen zu müssen, oder von dem kleinen Japan niedergedrückt zu werden. Das alte Rußland, das Rußland des Despotismus und der Korruption, kann den Konflikt mit Japan unmöglich bestehen, weil es seiner eigenen Bevölkerung wie ein fremder Eroberer gegenübersteht und den besten Teil seiner inneren Kraft zur Niederhaltung des ›inneren Feindes‹ braucht. In Rußland hat die letzte Stunde des Zarismus geschlagen.«³ Während in der deutschen und auch

1 Erweiterte Fassung des auf dem Kolloquium gehaltenen Beitrages. Das Motto wurde entnommen aus Das Ergebnis des Fünfjahrplanes. In: »Leipziger Volkszeitung« (im folgenden LVZ). 40(1933-01-17)14.

2 Siehe LVZ. 8(1901-05-28)120. – Es ist hier wie bei nachfolgenden Fußnoten nicht immer möglich, einen Aufsatztitel anzugeben. Selbst bei Leitartikeln war eine eigene Titelzeile zu jener Zeit noch nicht alltäglich.

3 LVZ. 11(1904-02-08)31.

Teilen der sozialdemokratischen Presse die »gelbe Gefahr« beschworen wurde, setzte die LVZ größte Hoffnungen auf einen japanischen Erfolg, ohne dabei in Abrede zu stellen, daß Japan nur die Spitze eines imperialen Machtkartells darstellte. Doch von jeder Niederlage des Zarismus, die die LVZ erwartungsvoll schilderte – ob es nun blutige Vernichtungsschläge gegen die zaristischen Streitkräfte im Osten, das blamable Abenteuer der russischen baltischen Flotte mit all ihren Peinlichkeiten schon fern vom Kriegsschauplatz oder die Korruptionsprozesse gegen gerade erst vom deutschen Kaiser hochdekorierte zaristische Militärs waren –, meinte das Blatt, daß sie das Land der Revolution entgegenträge. »Es ist das Kriterium reaktionärer Staaten«, hieß es schon im Vorfeld des Krieges, »daß glückliche Kriege für das Volk häufig größeres Unglück sind als unglückliche. Auch hierin gleicht Rußland Preußen. Die erfolgreichen Feldzüge von 1814 und 1815 brachten die Reformen in Preußen sofort ins Stocken, und nach 1870 zeigte sich die Reaktion in Deutschland frecher denn je zuvor. Ebenso in Rußland. Die einzige Reformperiode, die das Volk gesehen, begann nach dem Krimkriege. Und auch jetzt zittert der Despotismus vor einem unglücklichen Feldzuge viel mehr, als das russische Volk. Dieser hat alles zu verlieren, jenes nur seine Ketten.«⁴ Und polemisierend gegen die »Frankfurter Zeitung« bekannte die LVZ: »So wenig es Sache der Arbeiterklasse sein darf, einen Weltkrieg zu entzünden, so wenig darf sie sich darüber hinwegtäuschen, daß der Sieg des Zaren in dem gegenwärtigen Kriege für ihren Emanzipationskampf gewaltige Hindernisse schaffen, die Niederlage des Zaren aber gewaltige Hindernisse beseitigen wird [...] Die »gelbe Gefahr« wächst in dem Maße, wie sich der Schatten der zarischen Hegemonie über Europa verbreitet; sie schwindet in dem Maße, wie der Sieg der modernen Arbeiterklasse fortschreitet. Darum ist jenes Stichwort⁵ der Frankfurter Zeitung, angewandt auf den russisch-japanischen Krieg, so lächerlich wie unwürdig.«⁶ Es war daher nur konsequent, daß die LVZ ihr Interesse am russisch-japanischen Krieg ausdrücklich in dem Moment für erloschen erklärte, in dem »der ostasiatische Krieg seinen Zweck erfüllt« hatte, die Revolution ausgebrochen war.⁷

4 Russische Wandlungen. In: LVZ. 11(1904-01-22)17.

5 Die »Frankfurter Zeitung« hatte die Formel von der »gelben Gefahr« in Deutschland wesentlich mitgeprägt.

6 Der Krieg und die Arbeiterklasse. In: LVZ. 11(1904-02-11)34.

7 Siehe Der Brand frißt weiter. In: LVZ. 12(1905-01-25)20.

Mit dem Ausruf »Das ist die Revolution!« reagierte die Zeitung schließlich auf erste Informationen über den Blutsonntag. In der Tatsache, daß die ausgebrochenen Kämpfe maßgeblich von Proletariern getragen waren, sah die Zeitung die Garantie, daß die Aktionen nicht mehr im Keime zu ersticken seien, da man wohl »einige Studenten und eine Handvoll Verschwörer vor die Kanonen stellen oder an den Galgen hängen kann, aber nie und nimmer kann man eine Arbeiterklasse aus der Welt schießen«. ⁸ Pathetisch endete die erste Stellungnahme mit den Worten: »In dem Siege über den Zarismus, den die russische Arbeiterschaft zu erringen sich jetzt anschickt, erblickt das internationale Proletariat eine Vorbedingung für seinen Sieg über den Kapitalismus, und für den Freiheitskampf der russischen Nation gegen die Verbrecherbande, die sich russische Regierung nennt, heißt es wirklich: russischer Sieg ist deutscher Sieg, ist europäischer Sieg, ist internationaler Sieg.« ⁹

Ausdruck der Bedeutung, die die Redaktion der russischen Revolution beimaß, ist nicht zuletzt auch die Tatsache, daß seit Januar 1905 bis weit in das Jahr 1908 hinein eine eigenständige Rubrik »Die Revolution in Rußland« fast täglich einen zusammenfassenden Überblick über die Kämpfe in jenem Lande gestattete.

Erste Euphorie wich dann nach wenigen Wochen der realistischeren Einschätzung, daß es der revolutionären Bewegung wohl nicht gelingen werde, »mit einem Schlage den Kapitalismus zu stürzen«. ¹⁰ An die Stelle überschwänglicher Schilderungen traten erschütternde Berichte über Gegenaktivitäten der Konterrevolution und theoretische Erörterungen über die Taktik des politischen Massenstreiks unter Berücksichtigung russischer Erfahrungen. ¹¹ Bei alledem fällt aber auf, daß in der LVZ selbst Karl Kautsky, der später den besonderen Rahmenbedingungen des Landes und daraus erwachsenden besonderen Problemen große Aufmerksamkeit schenken wird, eine solche Problemsicht zu dieser Zeit in der LVZ noch nicht demonstrierte. Wie überhaupt zu entdecken ist, daß Fragen der Demokratie in einer künftigen Gesellschaft noch nicht einer gesonderten Erörterung bedürftig angesehen wurden. Auch Fragen der Gegengewalt wurden nicht der Diskussion für wert befunden. So wird die Hinrichtung Gapons im Auftrage eines »Arbeitergerichtes« trotz offensichtlicher Widersprüche in

8 Das ist die Revolution! In: LVZ. 12(1905-01-23)18.

9 Ebenda.

10 Die politische Situation in Rußland. In: LVZ. 12(1905-05-18)113.

11 Siehe hierzu Generalstreik und Sozialdemokratie (5. Teil). In: LVZ. 12(1905-08-17)189.

der Argumentation der Anklage, auf die die Zeitung trotz sonstiger Aufmerksamkeit nicht eingeht, lediglich mit den kalten Worten begleitet, daß »dieser Spruch ausgeführt worden sei«.¹²

Auch wenn die LVZ ab 1908 eine neuerliche Stabilisierung des Zaris-
mus¹³ vermerken mußte, hielt sich die Grundanschauung, wonach Rußland die Revolution im Leib trägt. Vor allem die Europareise des Zaren im Sommer 1909 wurde dementsprechend genutzt, um die Umtriebe im Reich des »Hänge-Zaren« wieder ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Daß erst jetzt das Kaiserliche Hofpostamt in St. Petersburg dazu schritt, den 35 offiziellen Postbeziehern der LVZ im Zarenreich die weitere Zustellung des Leipziger Blattes zu versagen, muß schon verwundern.¹⁴ Zugleich fällt auf, daß die Zeitung der Entwicklung in den beiden Hauptflügeln der Sozialdemokratie keine herausragenden Stellungnahmen widmete; im Gegensatz zu anderen Parteikonflikten – wie etwa dem in Ungarn¹⁵ – sich zu keiner eindeutigen Parteinahme durchrang und mehr die Versöhnung betonte. Lediglich im Radek-Konflikt, sofern man diesen überhaupt zu den russischen Angelegenheiten zählen kann, ergriff die LVZ zurückhaltend für den Verfeimten Partei, freilich auch erst, nachdem sich seine ordentliche Mitgliedschaft in der Leipziger Sozialdemokratie eindeutig bestätigt hatte.

Im Vorfeld des Ersten Weltkrieges griff die LVZ hoffnungsvoll und be-
gierig Informationen auf, die mögliche neue Eruptionen in Rußland verhieß-
ßen. Es handelte sich um öffentliche politische Auseinandersetzungen, auf die Hoffnungen gesetzt wurden, sie würden die Unmöglichkeit, russischerseits einen Krieg zu führen, bedeuten.¹⁶ Unmißverständlich legte sich die LVZ dann aber auch dahingehend fest: »Vor Jahrzehnten mochte ein Krieg gegen Rußland ein Krieg der Demokratie gegen den Despotismus gewesen sein. Heute hat Rußland die Revolution im Leibe. Ein Krieg Deutschlands gegen Rußland ist ein Krieg im Dienste des deutschen Imperialisten gegen die russische Revolution.« Und bezüglich des vorhersehbaren Argumentes, wonach das kaiserliche Deutschland Österreich beistehen müsse, stellte die

12 Gapons Ende. In: LVZ. 13(1906-05-07)103.

13 Siehe Die Sozialpolitik der Konterrevolution. In: LVZ. 15(1908-08-17)189.

14 Siehe LVZ. 16(1909-08-21)192ff. In dieser Zahl nicht enthalten sind die Emigranten, deren LVZ-Bezug weitaus höher gelegen haben dürfte. Lenin hatte selbst in der Verbannung nicht auf sein LVZ-Abonnement verzichtet.

15 Hier spielte die LVZ eine herausragende Rolle bei der Unterstützung der von ihrem Budapest-
er Korrespondenten Gyula Alpari geführten Opposition.

16 Siehe Rußland vor der Revolution. In: LVZ. 21(1914-07-23)167.

Zeitung fest, daß »Oesterreich-Ungarn [...] nicht angegriffen sei«, sondern angreife. Die Gefahr sah die Zeitung vor allem darin, daß die deutsche Regierung aber den Augenblick für einen Krieg, für eine Demütigung der Entente gekommen sehe.¹⁷ Und obwohl schon längst unter Vorzensur stehend, war die LVZ noch bemüht, ihre Verachtung für die wüste Radaustimmung der alldeutschen Blätter gegenüber Rußland zu bekunden – dabei offenbar nicht ahnend, daß das Argument vom Krieg gegen den Zarismus verbunden mit großdeutschem Getön auch einstige Bruderblätter und frühere Mitstreiter erfassen würde. Daß die LVZ ihre Vorkriegspositionen standhaft auch in den folgenden Jahren vertreten sollte, zählte wohl zu ihren herausragenden Leistungen und erlaubte ihr auch im Kriege, glaubwürdig zu bleiben. Voller Stolz betonte Hans Block noch nach dem Zweiten Weltkrieg, daß es eben sein Blatt gewesen sei, das von Anfang an gegen die Kriegskredite Stellung bezog.¹⁸ Für diesen bescheiden vorgetragenen Stolz gab es ausreichend Grund.

Auf die ersten Mitteilungen über die Revolution in Rußland im frühen Jahre 1917 reagierte die LVZ angesichts unklarer Aussagen über die handelnden Kräfte trotz Schlagzeile »Revolution in Rußland!« zurückhaltender als ein Jahrzehnt zuvor: »Es kann also möglich sein, daß die Bourgeoisie die in der Hauptstadt ausgebrochenen Unruhen benutzt hat, um das bisherige Regierungssystem zu stürzen und selbst die Macht an sich zu reißen. Das braucht noch keine sofortige Beendigung des Krieges in Aussicht zu stellen, sondern möglicherweise den Versuch der verschärften Kriegführung [...] Alles kommt jetzt darauf an, welchen Anteil die russische Arbeiterschaft an der revolutionären Bewegung hat. Man darf sich aber keiner Illusion über die Stärke der russischen Arbeiterbewegung hingeben.«¹⁹ Und schon am folgenden Tag legte die LVZ Wert auf die Feststellung, daß die »zweite Revolution« mit der ersten wenig Verwandtschaft aufweise. Die Zeitung hatte daher auch Zweifel, daß es der »gemäßigten Revolution« gelingen könne, die »bewaffneten Kräfte zu bändigen«. Die Bemerkung, daß die Revolution »keinerlei Besserung der Friedensaussichten« bedeute, erfuhr durch eine weitere Hervorhebung »vorerst allerdings« eine sichtbare Einschränkung.²⁰

17 Siehe Krieg? In: LVZ. 21(1914-07-24)168.

18 Siehe Hans Block auf einer gemeinsamen Beratung von Funktionären der KPD und SPD am 15. Januar 1946. In: SüHStaaA Dresden. SED. I A / 008. Bl. 29f.

19 Revolution in Rußland! In: LVZ. 24(1917-03-15)62.

20 Siehe Abdankung des Zaren. In: LVZ. 24(1917-03-16)63.

Die insgesamt zurückhaltende Bewertung des Umsturzes sollte sich auch in den nachfolgenden Tagen erhalten. Entscheidend für die Bewertung der Februarrevolution blieb für die LVZ die Frage, welche Folgen diese Revolution für den Krieg oder den Frieden nach sich zog. Selbst die Frage nach dem Einfluß der proletarischen Kräfte wurde immer nur damit im Zusammenhang betrachtet.

Aus der Feder eines russischen Genossen – möglicherweise Alexander Stein – wurde den Umstürzern ausdrücklich vorgehalten, die Aktion nur zum Zwecke der Weiterführung des Krieges vollzogen zu haben. Daraus leitete er auch die Instabilität der neuen Regierung und die Möglichkeit, daß sie durch »entschiedene Revolutionäre« oder durch die Reaktion gestürzt werden könne, ab.²¹ Erstaunlich ist da schon, daß trotz der besonders aufmerksamen Zensur auch ohne erkennbare spätere Reaktion in einem Versammlungsbericht über ein Auftreten Alfred Henkes in Leipzig dessen Rede wie folgt zusammengefaßt wurde: »Unsere Aufgabe ist es jetzt«, so Henke, »den Kampf zu führen, wie wir ihn vor dem Kriege geführt haben: den Klassenkampf. Mag man auch sagen: ihr brecht damit den Burgfrieden. Der Burgfrieden ist von ganz anderer Seite gebrochen worden. Die Kohlensteuer, die indirekten Steuern, die Wucherpreise, die schlechte Verteilung der Nahrungsmittel, das alles hat den Burgfrieden gebrochen. Wir wollen mehr politische Rechte! Wir wollen Frieden! [...] Insofern erklären wir uns solidarisch mit den Kämpfern der russischen Revolution [...] Wir hoffen, daß es der russischen Revolution gelingt, den Frieden möglichst bald herbeizuführen, und daß es auch uns gelingt, in diesem Sinne zu wirken.«²²

Es wäre immerhin denkbar, daß das selektive Vorgehen Folge der Zensur gewesen sein könnte. Doch dafür gibt es keinen eindeutigen Hinweis. Sicher, die LVZ unterlag einer scharfen Zensur. Aber ein für diese Behörden ungewöhnliches Maß an Flexibilität – gemeint sind die Mitarbeiter der Kriegsamtsstelle Leipzig und des Polizeiamtes Leipzig – dürfte auch hier dafür verantwortlich sein, daß diese Behörden wenig Veranlassung zum Eingreifen sahen. Eine tiefere Analyse der russischen Revolution wäre danach nur dann problematisch gewesen, wenn sie sich vordergündig mit Schlußfolgerungen für Deutschland befaßt hätte.

21 Siehe Die treibenden Kräfte und die Aussichten der russischen Revolution. In: LVZ. 24(1917-04-03)78.

22 Die Aussagen sind in einem Versammlungsbericht zu finden. Das Thema des Vortrages lautete: »Die russische Revolution und der Frieden« (siehe LVZ. 24(1917-04-04)79).

Bemerkenswert ist da vor allem, daß die LVZ an die eigene Regierung Forderungen stellte, die nicht nur auf das Verlangen nach Friedensangeboten beschränkt blieben, sondern einen nicht näher definierten demokratischen Wandel in Deutschland als Bedingung dahingehend formulierte, um im russischen Proletariat Impulse für einen nachhaltigeren Druck auf die provisorische Regierung zum Friedensschluß auszulösen.²³

Problematisch blieb auch in der Folgezeit, daß die LVZ Informationen über Rußland zumeist aus zweiter oder dritter Hand erhielt – vorwiegend aus der Auslandspresse, auf die sich dann Auslands- und Inlandsagenturen bezogen. Immerhin nahm die LVZ das Wirken der Sowjets wahr, in denen sie im Mai 1917 eine »proletarische Nebenregierung« sah, die die provisorische Regierung Lwow-Miljukow-Kerenski kontrolliere. Warum diese Räte nicht selbst die Macht übernommen hätten, war für die LVZ immerhin eine Frage, die sie unter Stützung auf Berichte des russischen Sozialisten J. M. Steklow dahingehend beantwortete, daß die Verankerung der Sowjets in den Massen nicht genügend sei und man daher auf den Augenblick warte, wo die liberale Regierung abgewirtschaftet habe.²⁴

Auch in den folgenden Monaten blieb die LVZ nur Beobachter. Analysen – so von Alexander Stein – reduzierten sich auf das Tagesgeschehen. Aus heutiger Sicht muß es zweifelhaft bleiben, daß sich aus den zahlreichen, aber kaum näher erläuterten Vorgängen für den LVZ-Leser ein einigermaßen zuverlässiges und verständliches Bild von den Entwicklungen in Rußland ergab. Vor allem die vielen hierbei erwähnten Namen konnten bestenfalls Eingeweihten etwas sagen.

Mit der Oktoberrevolution erweiterte sich auch das Spektrum der von der LVZ aufgeworfenen Fragen. Da war zunächst die begeisterte Aufnahme einer proletarischen Revolution. Aber schon mit der ersten Situationsanalyse wurde jetzt nach den spezifischen Bedingungen der russischen Revolution gefragt, ohne hieraus besondere Probleme abzuleiten. Daß die Bolschewiki über starke Positionen in Armee und Proletariat verfügten, stand für die LVZ fest. Aus den Erklärungen der Bolschewiki schlußfolgte die LVZ aber auch, daß diese Bolschewiki um die Bauern stark bemüht seien, daß »also die neue Regierung starke Stützpunkte im Lande« habe.²⁵

Zugleich fällt auf, daß auch die neuere Entwicklung in Sowjetrußland die LVZ nicht provozierte, über neue, die Arbeiterbewegung und ihre Partei

23 Siehe Die Friedensziele Rußlands. In: LVZ. 24(1917-04-12)84.

24 Siehe Die proletarische Nebenregierung in Rußland. In: LVZ. 24(1917-05-05)104.

25 Siehe Proletarische Diktatur in Rußland. In: LVZ. 24(1917-11-09)262.

berührende Fragen nachzudenken. Möglicherweise war das relative und vor allem absolute Wachstum der Arbeiterschaft in Rußland auch nicht Anregung, angesichts des gleichzeitig in Deutschland einsetzenden tendenziellen Rückgangs des Arbeiteranteils an der Gesellschaft über das Problem der Hegemonie der Arbeiterklasse und damit zusammenhängende Folgen für die Partei nachzudenken. Entsprechende Differenzen bestanden selbst zwischen der Sozialdemokratie der zwanziger Jahre und den Bolschewiki nicht. Ebenso wenig hinsichtlich der Frage, ob die Bolschewiki den revolutionären Umsturz vollziehen sollten. Karl Kautsky brachte das wohl auf den Punkt, wenn er dazu in einem Brief an Renaudel ca. 1928 bemerkte: »Allerdings, bis zum bolschewistischen Staatsstreich im November 1917 bestand zwischen uns und den Bolschewiks völlige Übereinstimmung zwar nicht ›des moyen[s]‹ aber doch ›des fins‹, denn bis dahin strebten auch sie den demokratischen Staat und die Verstaatlichung im demokratischen Staate an.

Aber einmal an der Macht, werfen sie alle demokratischen Grundsätze über den Haufen, die sie bis dahin aufs intensivste verfochten haben. Sie sind nicht die erste Partei, die, an die Macht gekommen, das Gegenteil dessen praktiziert, was sie als Opposition gefordert hat. Aber noch keine Partei hat diesen Umschwung so rasch und ungeniert vollzogen wie die bolschewistische, noch keine war so frech, sich selbst als die einzige Hüterin der früher von ihr vertretenen Lehre aufzuspielen und diejenigen, die an ihr tatsächlich festhielten, als Verräter zu brandmarken.« Letztere Bemerkung verdeutlichte, daß auch bei Kautsky offenbar noch der Renegatenvorwurf tief saß. Zuvor hatte Kautsky bezüglich der für die Sozialdemokratie bedeutsamen Eigentumsfrage noch festgehalten: »... in Sowjetrußland [...] ist der Staat dagegen gleichbedeutend geworden nicht mit der Nation, sondern mit einer Partei, die nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung umfaßt. Und diese Partei steht wieder in vollster Abhängigkeit von einer herrschenden Clique. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist dadurch tatsächlich zum privaten Eigentum der herrschenden Clique geworden. Sie verfügt über diese Produktionsmittel ganz nach Belieben.«²⁶

Die Beschäftigung der LVZ mit der Oktoberrevolution im verbleibenden Jahr des Ersten Weltkrieges ist weitgehend bekannt. Daher sollen hier nur einige wenige Stichworte fallen: Sehr bald nach der Auflösung der Konsti-

26 Karl Kautsky an Pierre Renaudel. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam. Nachlaß Kautsky. C 573.

tuante richteten Alexander Stein und Karl Kautsky scharfe Vorwürfe an die Adresse der Bolschewiki. Die Redaktion verhielt sich eher zurückhaltend. Und auch die Gegenpartei – insbesondere Franz Mehring, Noah Borowski (»Amalin«) und Clara Zetkin – erhielt Gelegenheit zur Meinungsäußerung. Da aber gerade die Aufsätze von Mehring und Borowski Konflikte mit der Zensur heraufbeschworen, da hier recht deutlich Bezug auf Deutschland genommen wurde, brach die Redaktion die Debatte ab. Sie folgte damit einer Empfehlung Rudolf Breitscheids, der ein vorläufiges Ende der Debatte unter den Bedingungen der militärischen Zensur empfahl, da Chancengleichheit für die Kontrahenten nicht gegeben sei.²⁷

Unter diesen Bedingungen war von Belang, daß Lenins »Renegat Kautsky«²⁸ von der LVZ überhaupt wahrgenommen wurde. Vielsagend bekannte die Redaktion, daß man weitgehend mit Lenins Kritik übereinstimme. Scharf verwahrte sich die Redaktion lediglich dagegen, daß ein verdienstvoller Denker wie Karl Kautsky von Lenin als Renegat kategorisiert wurde.²⁹ Und auch die Verkündung des »revolutionären Terrors« durch die Bolschewiki nach den Attentaten auf Urizki und Lenin sah die LVZ-Redaktion als eine den Bedingungen geschuldete, im Interesse der Revolution notwendige Maßnahme an.³⁰

Freilich wäre es auch denkbar, die moderate Herangehensweise der LVZ bezüglich der Taktik des revolutionären Terrors als einen Versuch zu sehen, die Gräben innerhalb der USPD nicht tiefer aufzureißen. Davon muß aber nicht ausgegangen werden, da Chefredakteur Hans Block schon Ende Juli 1918 in einem Brief an Kautsky seine Hoffnung, die »Spartakusrichtung dem Zusammenarbeiten mit der U.S.P.D. zu erhalten«, aufgegeben hatte.³¹

27 Siehe Rudolf Breitscheid: Gefühl oder Erkenntnis? In: LVZ. 25(1918-07-30)175.

28 Siehe Eine notwendige Verwahrung. In: LVZ. 25(1918-10-29)253. Die Notiz bezieht sich auf Lenins Aufsatz »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky« in der »Prawda« vom 11. Oktober 1918 (siehe W. I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 28. S. 94–103). Ob die wenig später herausgegebene gleichnamige Broschüre der LVZ-Redaktion bekannt geworden ist, konnte bisher nicht in Erfahrung gebracht werden.

29 Siehe ebenda.

30 Siehe Eine gegenrevolutionäre Verschwörung in Rußland. In: LVZ. 25(1918-09-02)204.

31 Siehe Hans Block an Karl Kautsky (Ende Juli 1918). In: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam. Nachlaß Kautsky. D VI Nr. 72.

DIE LVZ ÜBER DIE RUSSISCHE REVOLUTION IM ERSTEN JAHRZEHNT DER WEIMARER REPUBLIK

Fragt man nach der Entwicklung des grundsätzlichen Verhältnisses zu den Bolschewiki und zu Sowjetrußland, dann läßt sich im Laufe der Weimarer Republik schon ein nicht ganz geradliniger Entwicklungsgang aufzeigen, der auch nicht parallel zu den Beziehungen LVZ–KPD verläuft, selbst wenn das Leipziger Blatt in der KPD spätestens ab 1928 nur eine deutsche Filiale der Bolschewiki sah. Trotz der Zerwürfnisse im Vorfeld des Hallenser Parteitages 1920 war die Sowjetunion keineswegs ein Hauptobjekt kritischer Betrachtung. Die insbesondere von den sächsischen KPD-Blättern »SAZ« und »Der Kämpfer« mehrfach erhobene Behauptung, die LVZ sei in ganz besonders perfider Weise sowjetfeindlich, ist durch die Quellenanalyse nicht zu bestätigen.³²

Beachtung verdient vor allem die Beschäftigung der LVZ während der Weimarer Jahre mit dem Problem Machtausübung in Rußland und der Sowjetunion, mit der Partei der Bolschewiki und der von ihr dominierten Komintern, sowie die Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsordnung des nachrevolutionären Rußlands. Der Gesamteindruck ist widersprüchlich. Trotz einer sichtbar eingeschränkten Sicht auf die russischen Verhältnisse stellte die LVZ immer wieder Sachverhalte wie etwa die gewaltsame Ausschaltung politischer Gegner fest, die nicht das beste Licht auf die Sowjetunion warfen. Nur hat es eben den Anschein, als seien der LVZ viele solche unbestreitbaren Tatsachen selbst dann noch unangenehm gewesen, als sich die LVZ bereits längst in politischer Konkurrenz mit Komintern und KPD befand. Unangenehmes schien die LVZ mitunter nicht nur aus der eigenen Partei – sofern es sich nicht um den Berliner Reichsparteivorstand handelte, wo andere Parteigesetze galten³³ –, sondern auch aus dem Sowjetland nicht wahrnehmen zu wollen. Oder anders gesagt: Die alten Bande waren nie völlig zerrissen. Auch die Leipziger Linkssozialisten blieben in ihrem tiefsten Inneren der russischen Revolution mehr verbunden, als sie sich

32 Ursache dieser Einschätzungen in der KPD-Presse dürfte auch sein, daß die radikale Leipziger Sozialdemokratie und deren Blatt der KPD wenig Entwicklungsspielraum ließen. Die Verlängerung darüber schlug sich auch in entsprechender unsachlicher Polemik nieder.

33 Reale oder vermeintliche Verfehlungen der eigenen Berliner Parteiführung griff die LVZ mit Vorliebe auf. Das näher darzustellen, würde von den hier zu behandelnden Problemen wegführen.

wohl selbst zugeben wollten. Eine verborgene Verbundenheit, die offenbar auch für Unangenehmes schon damals blind machen konnte. Anders ist die weitgehende Ignoranz vieler Probleme etwa im Zusammenhang mit der Liquidierung der Kulaken – und sei es nur für bestimmte Zeiten – nicht zu verstehen. Aber sollten gerade wir, die sich doch ganz anderer Blindheit schuldig gemacht haben, uns heute darüber erzürnen? Allein in der Zeit nach dem verderblichen, von der KPD unterstützten Preußen-Volksbegehren bis zu den Reichstagswahlen im Juli 1932 blieb das Verhältnis eher feindselig, wobei auch hier parteitaktische Erwägungen die Oberhand zu gewinnen scheinen.

Das Problem *Komintern* war für die LVZ während der gesamten Weimarer Republik ein wesentlicher Gegenstand publizistischer Behandlung. Das um so mehr, als sich die LVZ zu Beginn des Jahres 1919 – jede Zusammenarbeit mit den Kaisersozialisten ausschließend – für eine Zusammenarbeit mit der im Frühjahr 1919 gegründeten Komintern stark machte. Es schien der Redaktion in ihrer Gesamtheit wenig zweckmäßig, neben der Moskauer Vereinigung eine weitere Internationale der nach eigener Ansicht revolutionären Sozialdemokratie zu installieren. Das sollte freilich nicht in Form eines Anschlusses, sondern mittels eines Zusammenschlusses geschehen, von dem sich – wie später deutlich wurde – die USPD ein Kräfteübergewicht der eigenen Partei versprach. In dem Maße, wie aber seitens der Komintern in den Verhandlungen Vorbedingungen aufgestellt wurden, zerbrach schon im Vorfeld des Leipziger Parteitages im Herbst 1919 die zumindest nach außen hin sichtbare politische Konformität in der Redaktion. Curt Geyer, Paul Böttcher und Feuilletonredakteur Rudolf Franz als entschiedene Komintern-Befürworter sowie Hermann Liebmann, Fritz Seger und Chefredakteur Hans Block als Anschlußgegner, zwischen denen vor allem Karl Marchionini agierte, standen einander künftig unversöhnlich gegenüber. Sachliche Argumente wichen sehr bald roher Auseinandersetzung, in der man sich kaum noch verständlich zu machen verstand. Was beide Seiten voneinander schied – nach der Verdrängung der Komintern-Befürworter zur Jahreswende 1919/1920 polemisierte die LVZ gegen die politisch konkurrierenden USPD-Blätter, ohne der Gegenseite noch irgendwelchen Raum einzuräumen –, war weniger die Frage, auf welchem Wege das Proletariat die Macht erobern und behaupten sollte, sondern vielmehr die Vorstellungen über die künftige Partei. Wovor Hermann Liebmann und sein Umfeld vor allem Furcht hatten, war die zentralisierte Weltpartei, in der die Leipziger Partei nur noch ein befehlsausführender Wurmfortsatz war. Aus dieser Position freilich darauf zu schließen, die Komintern-Ableh-

ner seien konsequente Demokraten gewesen, wäre verfehlt. Bei aller Sympathie für Hans Block und Hermann Liebmann ist eben nicht zu übersehen, daß insbesondere letzterer viel stärker aus einem Gespür für Macht heraus entschied und später selber den Leipziger Parteiunterbezirk mit eiserner Hand führte.

Seit dieser im Vorfeld des Hallenser Parteitages vollzogenen Trennung war das Verhältnis vorerst deutlich getrübt. Einzelne Aufsätze zeigten stark emotional gefärbte Züge. Erst 1923 trat im Umfeld der Bemühungen um eine Arbeiterregierung eine Entspannung ein. Mit Blick auf Komintern und KPD war im Oktober 1923 sogar zu lesen: »Schließlich stehen uns die Kommunisten als Klassengenossen und Vertreter einer Arbeiterpartei näher als jede andere Partei, mag sie noch so in Liberalismus schimmern.«³⁴ Eine Position, die sich trotz des komplizierten Verhältnisses zur Leipziger KPD bis zum Preußen-Volksentscheid 1931 nicht wesentlich abschwächte. Das mit diesem Ereignis geweckte Mißtrauen sollte sich dann bis zum Verbot der LVZ 1933 nicht wieder voll beseitigen lassen. Etwa seit der Jahresmitte 1925 kam freilich hinzu, daß die LVZ weitaus weniger Interesse an der Entwicklung im Osten bekundete als bislang. Das kam nicht ganz überraschend, hatte das Blatt doch – aufbauend auf der Taktik der SAI – mitgeteilt, daß die Losung »Hände weg von Sowjetrußland!« durch die an die sowjetische Adresse gerichtete Forderung »Hände weg von Westeuropa!« ergänzt werden sollte.³⁵ Wenn man dann aber die Kommentare zu den ersten »Russenfilmen« liest, wird man solche Distanz schon wieder nicht mehr spüren. Für mich ist es dort kaum vorstellbar, daß die KPD-Presse noch pathetischer schreiben konnte.

Die Oktoberrevolution und deren Folgen waren auch Gegenstand spezieller *Jubiläumsaufsätze*. Herausragend waren da vor allem die Betrachtungen zum zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution, der die LVZ am 7. November 1927 in Form von Gedenkaufsätzen sowie einem Auszug aus einer literarischen Darstellung die ersten drei Seiten ihres Hauptblattes widmete. Nicht nur der ungewöhnlich breite Umfang, auch der Inhalt verdient Beachtung. Vor allem der Aufsatz von Chefredakteur Hugo Saupe »Rückblick und Ausblick«³⁶ war ein ungewöhnlicher Versuch, ohne die geringste Häme der Oktoberrevolution Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

34 Die Linkscoalition in Sachsen. In: LVZ. 30(1923-10-08)234.

35 Siehe Die Internationale und Sowjetrußland. In: LVZ. 32(1925-08-20)193.

36 Siehe Hugo Saupe: Rückblick und Ausblick. In: LVZ. 34(1927-11-07)260.

Es waren nicht nur leere Worte, wenn Saupe die Revolution der Bolschewiki in einem Atemzug mit der Revolution Cromwells und dem Sturm auf die Bastille nannte. Für Saupe fand sich kein Grund, die Machtübernahme durch die Bolschewiki grundsätzlich in Frage zu stellen. In dem Versuch, die »bürgerliche Epoche der Entwicklung überspringen« zu wollen, erblickte er indes die eigentliche Tragik der Bolschewiki. Tragisch war in den Augen Saupes, daß die Bolschewiki nach fast zehnjähriger Herrschaft der bolschewistischen Partei gezwungen seien, »das Regime des Kapitalismus, wenn auch in neuen Formen, in der Gestalt des Staatskapitalismus aufzurichten«. Das war für Saupe freilich kein Hinderungsgrund, im gleichen Atemzug festzustellen: »Nichtsdestoweniger muß die russische Revolution historisch als ein grandioses Experiment bewertet werden, an dem keine sozialistische Partei, wo auch immer, vorüberzugehen vermag.« Saupe war keineswegs ein Gegner der Anwendung von Gewalt zur Sicherung politischer Herrschaft. Daraus hat sein Blatt im Zusammenhang mit der Sowjetunion niemals einen Hehl gemacht und gegen andere sozialdemokratische Blätter, die das prinzipiell anders sahen, scharfe Angriffe geführt. Deshalb betonte er auch, daß die Sozialdemokratie Westeuropas die Diktatur des Proletariats für eine historische Zwischenstufe der Entwicklung zwischen der Herrschaft der alten Ordnung und dem sozialistischen Zukunftsstaat akzeptiere. Den Bolschewiki gegenüber war Saupe milde gestimmt: »Die sozialistische Gesellschaft in einem Bauernlande konnte, wenn überhaupt, so nur errichtet werden, indem die Arbeiterklasse die Macht diktatorisch an sich riß und sofern es gelang, die gesellschaftlichen Kräfte der Bauernklasse zu neutralisieren. Daher die Ablehnung der Demokratie als Herrschaftsform, daher auch das Wesen der bolschewistischen Bewegung, die sich als revolutionäre Eliteorganisation zu Beginn des Jahrhunderts von den sozialdemokratischen Parteien Europas loszulösen begann.« In der Übertragung dieser Taktik auf Westeuropa lag nach Saupe die Ursache für das Mißlingen der Bemühungen der kommunistischen Parteien des Westens.³⁷

Angesichts der auch in sozialdemokratischen Kreisen weitverbreiteten Pauschalkritik an den Bolschewiki mag es schon überraschend sein, daß der Leipziger Chefredakteur gerade den Realitätssinn der Bolschewiki und insbesondere Lenins würdigte: Im Sinne einer Taktik, die sich »auf die realen Tatsachen des jeweiligen Standes der wirtschaftlichen und gesell-

37 Siehe ebenda.

schaftlichen Entwicklung« einstellt, sei »Lenin der kühnste Rechner, der stärkste Realpolitiker seiner Zeit« gewesen, wofür nach Saupe die Neue Ökonomische Politik (im weiteren NÖP) den Beweis erbracht habe.³⁸ Damit stand Saupe auch im Widerspruch zu Alexander Stein, der 1924 in einem Gedenkaufsatz zu Lenins Tod vor allem auf die Opfer und das Blut verwies, die Lenins Wirken bewirkt habe,³⁹ während drei Tage später – das sei nur am Rande erwähnt – das Feuilleton im Aufsatz »Lenin als Mensch und Führer«⁴⁰ ihn völlig überraschend vorrangig als geübten Sportler und Bergsteiger vorstellte.

Bezüglich der Perspektiven des Sowjetstaates war sich Saupe hingegen unsicher. Seine realitätsferne Sicht auf die Lage auf dem Lande, wo er ein Bündnis der »Stalinisten« mit den Kulaken gegen die »Trotzkisten« vermutete, will ich hier der Kompliziertheit wegen nicht näher beleuchten. Im Grunde zeigte sich hier aber exemplarisch, in welchem hohem Maße Aussagen zur Sowjetunion aufgrund mangelnder Innensicht stark hypothetischer Natur waren. Redakteure der KPD mochten da kaum anders dran gewesen sein. Nach Saupes Überzeugung hatte sich in der Sowjetunion ein neues staatskapitalistisches System entwickelt, das zwangsläufig in einen Gegensatz zu den proletarischen Interessen treten müsse. In den »Apparatschiki« sah er ein politisches Eigengewicht, das in der Lage sei, eine von den sozialen Klassen losgelöste Politik zu »inaugurieren«.

Ein möglicher Hinweis darauf, daß Saupes Position – er wird sich später Mitte der fünfziger Jahre in einem privaten Brief an seinen engen Vertrauten Alfred Neu als damaligen »Zentristen« denunzieren⁴¹ – nicht unbedingt von allen Redakteuren getragen wurde, könnte ein weiterer Beitrag des Gastautoren Aron Jugow sein. Abgesehen von einer weitaus pessimistischeren Bestimmung der wirtschaftlichen Situation, meinte Jugow vor allem, daß sich Rußland im zehnten Jahr nach der Revolution an einem Wendepunkt befinde. »Der sich im Schoße der herrschenden Kommunistischen Partei seit langem abspielende Kampf zweier Tendenzen«, hieß es

38 Siehe ebenda.

39 Siehe Alexander Stein: Wladimir Lenin. In: LVZ. 31(1924-01-23)19.

40 Dort heißt es u. a.: »Er war ein geübter Bergsteiger und geriet durch seine Kletterleidenschaft zu Beginn des Weltkrieges sogar in Verdacht, russischer Spion zu sein. Wichtige Parteiangelegenheiten entschied Lenin häufig auf der vor der Stadt Krakau gelegenen Schlittschuhbahn. Erst in den letzten Jahren, der Zeit seiner höchsten Arbeitsleistung und des körperlichen Siechtums mußte er auf die geliebten Bäder und den Fischfang verzichten.« (Lenin als Mensch und Führer. In: LVZ. 31(1924-01-26)22).

41 Siehe Sätstaa Leipzig. Nachlaß Alfred Neu. Bl. 7.

bei ihm, »einer revolutionären und einer thermidorianischen, nähert sich seinem Ende. Und es ist schwer zu sagen, welche Tendenz die Oberhand gewinnt; ob Rußland unter Anlegung von Druckbremsen in eine demokratische Staatsverfassung hineinschlittert und die sozialen Errungenschaften der Revolution behält, oder ob das dem Proletariat feindliche Thermidoriantum in dieser oder jener Form siegt.«⁴²

Jahrestage der Oktoberrevolution mit Gedenkbeiträgen zu begehen, blieb im übrigen nicht dem zehnten Jahrestag vorbehalten. Schon 1919 hatte »ein russischer Genosse« einen Bekenneraufsatz geschrieben. Der »russische Genosse« hatte sich selbst als ursprünglichen Gegner der bolschewikischen Taktik charakterisiert. Aber unter den Bedingungen des Bürgerkrieges, so meinte er, hielten selbst Menschewiken die energische Verteidigung der Rätemacht gegen Kolttschak und Denikin für unerlässlich. Sichtlich zeigte er sich beeindruckt, daß trotz der starken Verschlechterung ihrer sozialen Lage das Gros der russischen Arbeiter an der Rätemacht festhielt, weil es eine Arbeitermacht sei.⁴³

Angesichts dessen ist es vielleicht verständlich, daß die LVZ weitaus größeres Einsehen gegenüber der *Machtausübung* der Bolschewiki zeigte. Daß die Bolschewiki die Macht erobert, eine diktatorische Herrschaft errichtet hatten, war für die LVZ kein Grund zur Schelte. »Als in Rußland das Proletariat zur Herrschaft gelangte, mußte es zur Diktatur greifen«, stand für Karl Marchionini fest. »Wie ist sie von der kapitalistischen Welt und ihrer Hauptstütze, den abhängigen Sozialisten, angegriffen und verleumdet worden. Und jetzt muß Maxim Gorki in einem Aufruf gestehen:

»Noch vor kurzem Gegner der Sowjetregierung und immer noch in vielen Sachen mit ihr nicht übereinstimmend, kann ich nur sagen, daß die Geschichtsschreibung dereinst bei der Bewertung der Arbeit, die von den russischen Arbeitern während eines Jahres vollbracht wurden, nur Bewunderung übrig haben wird für die Größe der jetzigen kulturellen Arbeit.«⁴⁴ Und Paul Böttcher ging noch im September 1919 davon aus, daß die deutsche Arbeiterklasse bei der Anwendung der Diktatur des Proletariats vom Anschauungsunterricht der russischen Revolution profitiere.⁴⁵

42 A.[ron] Jugow: Proletariat und Sowjetmacht. In: LVZ. 34(1927-11-07)260.

43 Siehe Sp.: Vor zwei Jahren. In: LVZ. 26(1919-11-10)253.

44 Karl Marchionini: Mit der Diktatur zum Sozialismus. In: LVZ. 26(Maifestnummer 1919).

45 Siehe P. B. [Paul Böttcher]: Offene oder latente Diktatur des Proletariats? In: LVZ. 26(1919-09-05)198.

Solche Bewunderung wäre nach dem Ausscheiden der moskaufreundlichen Redakteure nicht mehr denkbar gewesen. Da war es schon bemerkenswert, daß nach dem Zerwürfnis von 1920 in einem Bericht aus Stockholm – nicht aus Moskau – Passagen einer Rede Lenins auf dem 7. Allrussischen Sowjetkongreß unkommentiert ausgeführt wurden, in denen Lenin zur Anwendung des revolutionären Terrors argumentierte.

Auch während des sowjetisch-polnischen Krieges waren die Sympathien der LVZ trotz der parallel laufenden Debatte gegen die 21 Bedingungen eindeutig auf seiten Sowjetrußlands. In Deutschland veröffentlichte Vermutungen, wonach Sowjetrußland Polen annektieren wolle, wurden – eventuell sogar wider besseres Wissen – als Lüge zurückgewiesen.

Einen Bruch mit dem Bisherigen stellte ohne Zweifel dann am 3. September 1920 Wilhelm Dittmanns Aufsatz »Die Wahrheit über Rußland« dar, der im Kontext des Hallenser Parteitages zu lesen ist. Den Hauptvorwurf Dittmanns würde ich darin sehen, daß sich im Zusammenhang mit dem Kriegskommunismus und der damit verbundenen Einführung eines allgemeinen Zwangssystems nach seiner Ansicht die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur über das Proletariat gewandelt habe. »Nur auf dem Fundament der Passivität und Kulturlosigkeit der russischen Volksmassen in Stadt und Land konnte die bolschewistische Diktatur errichtet werden«, schrieb Dittmann.⁴⁶ Damit stand Dittmann in starkem Gegensatz zu Alfons Goldschmidt, der kurz zuvor eine euphorische Reportage über ein Erlebnis während seines Moskauaufenthaltes veröffentlicht hatte.⁴⁷ Für den Leser der LVZ sicher ein unlösbares Problem, sich jetzt eine begründete Meinung zu bilden. Glaube war jetzt erst recht gefragt.

Seither dominierte in der Betrachtung sowjetischer Vorgänge die Kritik an der diktatorischen Machtausübung. Ihr eigenes Verständnis für den revolutionären Terror aus dem Jahre 1918 schien die Zeitung vorübergehend aufgegeben zu haben.

Als dann aber im Jahre 1927 durch die LVZ die Erschießung von 20 Menschen wegen Spionage in der Sowjetunion und andere gegen das Sowjetsystem gerichtete Aktionen mitgeteilt wurde, schien die zuvor geäußerte Kritik wieder vergessen. In der LVZ hieß es jetzt:

46 Siehe Wilhelm Dittmann: Die Wahrheit über Rußland. In: LVZ. 27(1920-09-03)177.

47 Siehe Alfons Goldschmidt: Fabrikbesuch in Sowjetrußland. In: LVZ. 27(1920-08-17)162. Der Beitrag erschien im Feuilleton, das vom Kominternanhänger Rudolf Franz geleitet wurde.

»Der Vorwärts bringt die obige Darstellung [...] unter der Überschrift: »Die Schreckensherrschaft beginnt«. Auch wir neigen zu der Auffassung, daß wir uns in der Nähe des russischen 9. Thermidors befinden. Das war der entscheidende Wendepunkt in der großen französischen Revolution. Mit dem Sturz Robespierres am 27. Juli 1794 trat die Großbourgeoisie, in Rußland die Kulaken, die politische Herrschaft an. Am 9. Thermidor endete die Periode der so viel gelästerten Schadenszeit. Mit dem 9. Thermidor endete die Herrschaft der Guillotine, um dem Terror der führenden großkapitalistischen Gesellschaftsklassen den Platz zu räumen.

Die sozialdemokratische Bewegung hat sich von jeher schützend vor die Träger der Schreckensherrschaft gestellt, und die größte historische Leistung der ersten Internationale [...] bestand in dem unerschrockenen Einsatz für die Pariser Kommune [...] Darum wenden auch wir uns nicht grundsätzlich gegen derartige Maßnahmen, wenn sie durch Akte der Notwehr gegeben sind, und wenn sie erforderlich erscheinen, um den Vorstoß konterrevolutionärer Bestrebungen abzuwehren. Das ist die prinzipielle Seite. Ob diese Voraussetzungen in Rußland zurzeit gegeben sind, vermögen wir nicht zu entscheiden. Die Wahrscheinlichkeit liegt aber nahe.«⁴⁸

Das war nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion. So übernahm Arkadij Gurland⁴⁹ in einem Aufsatz »Die Machtmittel des Proletariats« – selbst wenn er einräumte, daß man »den Sozialismus nicht mit weißen Handschuhen errichten« könne – den Gedanken Otto Bauers, wonach »wer zu Gewalt greift, der Gefangene der Gewalt« sei. Der Sozialismus kenne keine Jesuitenmoral. Wer das sozialistische Prinzip verletzte, verlasse den Boden des Sozialismus.⁵⁰

Knapp ein Jahr später, als ein Prozeß gegen deutsche Ingenieure ablief, war die LVZ erneut der Ansicht, daß die Arbeiterbewegung keine Veranlassung habe, sich »in die Front der kapitalistischen Gegner Sowjetrußlands einzureihen. Auch in diesem Falle nicht. Ihre Aufgabe ist es, Sowjetrußland in seinem Kampf gegen seinen übermächtigen Gegner beizustehen.«⁵¹

Die Diktatur des Proletariats als ein vorübergehender Zustand der Machtausübung zur Sicherung der eigenen Ordnung stand für die LVZ

48 Die Erschießungen in Rußland. Vor dem 9. Thermidor? In: LVZ. 34(1927-06-11)134.

49 Siehe Rüdiger Zimmermann: Arkadij Gurland (1904 bis 1979). Marxistischer Theoretiker und Publizist. In: Jürgen Schlimper (Hrsg.): »Natürlich – die Tauchaer Straße!« Beiträge zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung«. Leipzig 1997. S. 307–310.

50 Siehe Arkadij Gurland: Die Machtmittel des Proletariats. In: LVZ. 34(1927-08-27)196.

51 Front gegen Rußland? In: LVZ. 35(1928-03-19)67.

niemals zur Disposition. Ja selbst das Linzer Programm wurde von dem Leipziger Blatt harsch kritisiert, weil es sich nicht mit aller Eindeutigkeit zur proletarischen Diktatur bekannte.⁵²

Was freilich immer wieder Kritik auslöste und selbst bei der LVZ auch für ernste Verstimmung sorgte, war der kleinliche Umgang mit den Auslandsjournalisten. So erboste sich die LVZ während der gesamten Jahre nach dem Hallenser Parteitag mehrfach darüber, daß man journalistischen Vertretern von Organen sozialdemokratischer Blätter aus Westeuropa das Arbeiten völlig unmöglich machte. Aber da war es eben bemerkenswert, daß das Blatt sogar noch versuchte, die Bolschewiki zu bekehren, indem sie deren völliges Unverständnis für journalistische Arbeit im Westen sachlich klarzumachen versuchte.⁵³

Schließlich mußte 1929 selbst Hugo Saupe erleben, daß ihm die Einreise in die Sowjetunion verweigert wurde, was möglicherweise auf Jahre einen bleibenden Eindruck hinterließ.⁵⁴ Wochen zuvor hatte die LVZ unter der Schlagzeile »Kriegsgefahr und Sowjetunion. Wie die Stalinisten Lenins Lehre verschandelt haben« vor allem die militärischen Abenteuer der Sowjetunion im Fernen Osten scharf kritisiert.⁵⁵

Im Zusammenhang mit den Jubiläumsaufsätzen hatte ich schon darauf verwiesen, daß in der LVZ die *Wandlungen im sowjetischen Wirtschaftssystem* sehr wohl wahrgenommen wurden. Die LVZ besaß hinsichtlich einer möglichen Wirtschaftsordnung nach der Revolution keine grundlegend anderen Vorstellungen als die Bolschewiki. Es fehlen im Blatt aber auch eindeutige Hinweise darauf, wie eine reale Kontrolle der Produktion und Distribution durch die Organe der proletarischen Massen aussehen sollte. Mit Bezug auf Deutschland stellte die Zeitung lediglich im Frühjahr 1919 einmal fest, daß ein wahrhaft sozialistisches Staatswesen, das sich auf das Rätssystem stützt, proletarischer Kontrollorgane bedürfe.

Der NÖP stand die LVZ zunächst skeptisch gegenüber. In ihr sah Otto Janssen von der Heimvolksschule Tinz, der seit Anfang der zwanziger Jah-

52 Siehe A.[rkadij] Gurland: Die Diktatur des Proletariats. Zum österreichischen Programmwurf. In: LVZ. 33(1926-09-18)218. Eine Nachbemerkung der Redaktion in der Ausgabe vom 23. September läßt sich als Übereinstimmung mit Gurland auslegen. Hier wird auf selbstkritische Bemerkungen der »Wiener Arbeiter-Zeitung« verwiesen.

53 Siehe Rußland für sozialdemokratische Journalisten gesperrt. In: LVZ. 33(1926-09-07)208.

54 Siehe Wer nach Rußland fahren darf. In: LVZ. 36(1929-10-15)241.

55 Siehe Schlagzeile in LVZ. 36(1929-07-30)175.

ren Aufsätze mit theoretischem Anspruch in der LVZ veröffentlichte, eine Rückentwicklung. Zugleich befürchtete er, daß die neuen Eigentümer Träger eines neuen Bonapartismus werden könnten, der die Machtverhältnisse derart verändere, daß mit sozialistischer Maske der rücksichtsloseste Kapitalismus walten könne.⁵⁶ Ähnliche Ansichten waren auch in den nächsten Monaten zu finden.⁵⁷

Das Bemühen um soziale Einrichtungen fand durchaus Anerkennung. Bei seiner Betrachtung über das erste Jahrzehnt der Sowjetmacht bemängelte Aron Jugow aber auch, daß die im Vorkriegsrußland unbekanntem Einrichtungen wie Sozialversicherung und Arbeiterschutz jetzt durch eine hohe Zahl von Erwerbslosen wieder abgewertet würden.⁵⁸

Nicht zu übersehen ist auch, daß die LVZ in den Jahren der Isolierung Sowjetrußlands mitunter Aufsätze veröffentlichte, deren Adressat schwerlich im normalen Leserkreis der LVZ zu suchen war. Ich meine damit weniger, daß die LVZ 1919 nach der Verhaftung Karl Radeks, des früheren LVZ-Mitarbeiters, permanent Informationen über dessen Aufenthaltsort lieferte. Das lag mit Sicherheit zuerst im Interesse des Verhafteten und war ein Akt der Solidarität mit dem früheren Kollegen. Recht ungewöhnlich waren da eher journalistische Leistungen rein werbenden Charakters. Da wurde z. B. einem sowjetrussischen Regierungsvertreter, J. P. Kasakow, im April 1919 umfassend Gelegenheit gegeben, ökonomische Aspekte der Innen- und Außenpolitik Rußlands darzulegen. Kritisiert wurde da u. a. die deutsche Regierung, die als Vorkämpferin gegen Sowjetrußland bezeichnet wurde, während angeblich die Ententemächte längst wieder die wirtschaftliche Annäherung an Rußland suchten. Zugleich wurde das Ausland eingeladen, Konzessionen zu erwerben – noch vor Einleitung der NÖP! Schwer vorstellbar, daß dieser offiziös gehaltene und sich an diplomatische Etikette haltende Beitrag den Leipziger Proletarier zum Anlegen seiner Ersparnisse im Osten anregen sollte. Wer aber weiß, daß die LVZ zu dieser Zeit nachweislich von allen relevanten politischen und wirtschaftlichen Verbänden intensiv ausgewertet wurde, kann sich gut vorstellen, daß proletarische Kreise hier gar nicht als Adressat zu verstehen waren.

Vor allem im Jahre 1920 wurde in Gesprächen des Berliner Korrespondenten der LVZ, Walter Oehme, mit offiziellen Vertretern der Sowjetunion jenen Gelegenheit gegeben, die sowjetischen Positionen darzulegen (die

56 Siehe Otto Jansen: Russische Rückentwicklung. In: LVZ. 28(1921-05-02)101.

57 Siehe Rußland, das Zukunftsland des Kapitalismus. In: LVZ. 29(1922-12-09)286.

58 Siehe A.[ron] Jugow: Proletariat und Sowjetmacht. In: LVZ. 34(1927-11-07)260.

Form des Interviews war bis dahin übrigens absolut unüblich). Hier ging es u. a. darum, daß von sowjetrussischer Seite vor einer unkontrollierten und massenhaften Auswanderung nach Sowjetrußland gewarnt wurde, daß in einem weiteren Interview der Chef des sowjetischen Verkehrswesens öffentlichen Druck auf die deutsche Lokomotivbauindustrie ausübte, Sowjetrußland Vertragsangebote zu unterbreiten. Ein Anliegen, das die LVZ zur verstärkenden Feststellung veranlaßte, auch aus Arbeiterkreisen im Interesse der Sicherung von Arbeit Zwang auf die Unternehmen auszuüben, die Handelsbeziehungen nach Osten auszubauen.⁵⁹

Auch in den folgenden Jahren bis 1923 sollte es keine Ausnahme bleiben, daß Erklärungen sowjetischer Vertreter unkommentiert veröffentlicht wurden. In den Jahren weitgehender diplomatischer Blockade eine sicher nicht zu unterschätzende Öffentlichkeitsarbeit. Gleiches war nach dieser Zeit aber nicht mehr zu finden.

DIE EPISODE 1930/1932

Waren die Töne gegenüber dem Sowjetstaat und insbesondere seiner nachrevolutionären Entwicklung durchaus widersprüchlich, häufig sogar moderat, trat dann ab dem Jahre 1930 ein spürbarer Wandel ein. Diesen dadurch zu charakterisieren, daß das Verhältnis jetzt durch völlige Abgrenzung gekennzeichnet sei, wäre mit Sicherheit nicht differenziert genug. Indes bereitet es ab dieser Zeit große Mühe, ein nur einigermaßen verbindendes Wort zu finden. Die Krise im eigenen Lande bewog auch die Leipziger Redaktion, eine Art innerparteilichen Burgfrieden zu schließen. Das hieß nichts anderes, als daß die Zeitung sich bisweilen der Parteiräson beugte und ihre eigene Meinung zurückstellte.⁶⁰ Gleichwohl verwies die zunehmende Schärfe der gegenseitigen Angriffe auf sich zuspitzende Gegensätze.

Vor allem das Verhältnis gegenüber der KPD verschärfte sich unheimlich. Sachargumentationen wichen vielfach platten Feststellungen, so,

⁵⁹ Ein in Frage gestellter deutsch-russischer Lieferungsvertrag. In: LVZ. 27(1920-08-18).

⁶⁰ Schon 1928 hatte Hugo Saupe eingestanden, daß das Bestehen der KPD, also einer Partei links von der Sozialdemokratie, das Blatt vor Probleme stellte, »weil die Aeußerungen der führenden linkssozialdemokratischen Presse gegen die Gesamtbewegung« ausgenützt würden. »Insofern wurden auch der »Leipziger Volkszeitung« in den taktischen Kämpfen der Partei entsprechend Schranken auferlegt«, hieß es bei Saupe (siehe Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse. Berlin. 28(1928)Sonderausgabe zur Pressa. S. 17).

wenn im Zusammenhang mit der »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« der Autor »k.«⁶¹ allein aus dem Titel, nicht aber dem Programminhalt, ableitete, daß durch diese Erklärung die »Entwicklung der Kommunistischen Partei zur Nationalsozialistischen beendet wird«.⁶² Das war kaum stilvoller als das KPD-Gerede vom »Sozialfaschismus«.⁶³ Für die LVZ war das auf jeden Fall eine neue Schreibart, hatte sich das Parteiblatt doch selbst in den zwanziger Jahren gemäß ihrer Tradition bislang eher auf eine geistvolle Auseinandersetzung mit ihren innerparteilichen und äußeren Konkurrenten eingelassen.

In bezug auf die Sowjetunion wurden aber selbst jetzt nicht alle Türen zugeschlagen. Man unterschied jedoch stärker als bisher zwischen dem revolutionären Rußland mit seinem Proletariat und seiner politischen Führung. So konstatierte dann auch die LVZ im Februar 1930, daß »die Beherrscher Rußlands seit Jahren immer so getan [hätten], als sei so ziemlich die ganze Welt eine einzige antisowjetische Front«. Jetzt aber gäbe es Anzeichen, als ob »die Feinde Sowjetrußlands« zu einer erhöhten Aktivität übergegangen seien. Das Blatt begründete seine Annahme mit einer Reihe von aktuellen Ereignissen – so dem vorübergehenden Abbruch der Beziehungen Mexikos zur Sowjetunion »unter dem Druck der Imperialisten«, wie das Blatt anmerkte. Auch »der deutschen Bourgeoisie« wurde vorgehalten, daß sie die »sowjetrussische Freundschaft nicht mehr benötige« und daher jetzt auf andere Bundesgenossen setze. Gegenüber der »Verurteilung angeblicher Grausamkeiten und der zahlreichen Todesurteile in Rußland durch die Bourgeoisie, die im eigenen Lande brutale Klassenjustiz übt« – so die LVZ –, zeigte das Blatt seine Verwunderung angesichts des Schweigens der gleichen Kräfte bei Verbrechen in anderen Ländern. Zwar klassifizierte die LVZ die Politik der Komintern als eine »Katastrophenpolitik«, der Widerstand entgegenzusetzen sei. Eine Zusammenarbeit mit »der internationalen Bourgeoisie gegen Sowjetrußland«, gar in deren Schlepptau, schloß die LVZ weiter grundsätzlich aus. »So schwer auch Stalin und seine Kreaturen dem sozialistischen Proletariat das Eintreten für Rußland machen, seine Sympathien gehören trotzdem der russischen Revolution und dem Rußland der Arbeiter und Bauern«, schrieb das Blatt.⁶⁴

61 Vielleicht Karl Kautsky.

62 K.: Die nationalsozialistische KPD. In: LVZ. 36(1930-09-22)221.

63 Der Begriff »Sozialfaschismus« wurde übrigens auch von der LVZ verwendet. Hier diente er seit Bildung der Alten Sozialdemokratischen Partei als Schlagwort zu deren Abkündigung.

64 Siehe Die antirussische Welle. In: LVZ. 39(1932-02-20)43.

Die Abneigung gegenüber der Führung um Stalin wuchs in der Folgezeit, wobei Arkadij Gurland im Vorfeld des XVI. Parteitages der Bolschewiki neue Veränderungen im politischen Leben des Landes ausmachte: Für ihn bot die öffentliche Selbstgeißelung der »kommunistischen Rechtsopposition« Anlaß zum Spott.⁶⁵ Gurland bemerkte, daß sich auf den Parteitag das Ritual geändert habe. Auf früheren Kongressen habe es offene Kritik und Auseinandersetzung gegeben. Die Abstimmung sei erst am Parteitageende plaziert worden, dem erst »die Unterwerfungserklärungen der sündigen Ketzer mitsamt dem Versprechen, fürderhin nicht zu sündigen, mit der buhlenden Dirne ›kulakischer‹ Ideologie nicht anzubündeln und in Keuschheit zu leben, in geziemendem Abstand folgten«. Diesmal aber sei die »Hinrichtung« der Ketzer schon vor dem Parteitag erfolgt. Und trotz großer Probleme insbesondere bei der Kollektivierung der Landwirtschaft habe der Parteitag geschlossen wie nie die »stalinistische Generallinie« vertreten. Gurland ahnte voraus, daß gerade die inneren Probleme den Apparat zusammenschweißen könnten, daß damit aber jeder, der der Abweichung auch nur verdächtigt werden könne, verloren sei.⁶⁶

Insbesondere die Anklagen gegen mehrere Menschewiki in Sowjetrußland im März 1931⁶⁷ riefen bei der LVZ neue Empörung hervor. In einem redaktionellen Beitrag warf das Blatt mit bislang ungekannter Schärfe⁶⁸ der Stalinschen Führung vor, mit diesem Prozeß die Revolution geschändet zu haben. Mit diesem Prozeß habe diese Führung den Versuch unternommen, die Sozialdemokratie und die SAI als »Kriegshetzer gegen Rußland bloßzustellen«. »Nur diesen Zweck hatte der Moskauer Prozeß.« Im Gegensatz zu anderen Sozialdemokraten in Deutschland forderte die LVZ aber nicht zu subversiver Arbeit gegen Sowjetrußland auf und beschränkte sich auf den Protest. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet äußerten sich Redaktion wie auch Gastautoren weitaus skeptischer über die Perspektiven Rußlands.

65 Siehe A.[rkadij] Gurland: Triumphator Stalin. In: LVZ. 39(1930-07-11)159).

66 Siehe ebenda.

67 Am 9. März 1931 wurden im Prozeß gegen das »Unionsbüro der Menschewiki« jeweils Freiheitsstrafen zu je zehn Jahren gegen die Angeklagten Groman, Scher, Ginsburg, Suchanow, Jakubowitsch, Petunin und Finn-Jenatweski ausgesprochen. Gegen sieben weitere Angeklagte wurden Strafen zwischen fünf und acht Jahren verhängt.

68 Bereits am 8. Januar war in der LVZ unter der Überschrift »Sowjetkerker« eine umfassende Beschreibung des Strafvollzugs und der Lagerpolitik in der Sowjetunion veröffentlicht worden, in der ausdrücklich auch auf die »Methode der Ausrottung« gegenüber politischen Gegnern verwiesen wurde. Aus heutiger Kenntnis der Dinge kann beim betreffenden Beitrag nur von einer zurückhaltend-nüchternen Beschreibung gesprochen werden.

DIE LVZ IN DEN JAHREN 1932/1933 ZU SOWJETRUSSLAND
UND DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Dieses scharf-distanzierte Verhältnis zu Sowjetrußland und seiner Revolution blieb ein Zwischenspiel. Dazu mag beigetragen haben, daß insbesondere die Ereignisse in Deutschland zur Jahresmitte 1932 bei der LVZ deutliche Spuren hinterließen. Die Wahl Hindenburgs, die Wahlergebnisse der Sozialdemokratie wie auch die Ratlosigkeit der Sozialdemokratie in den Tagen des Papen-Staatsstreiches bewirkten eine neuerliche Radikalisierung der LVZ, die nunmehr wieder stärker danach zu fragen begann, welche positiven Erfahrungen aus der Existenz der Sowjetunion gewonnen werden konnten. Vor allem wurde aber deutlich, daß die LVZ bei aller an den Bolschewiki geübten Kritik unter keinen Umständen einen Mißerfolg der Erben der russischen Revolution wünschte.

Schon im Mai 1932 hatte sich die LVZ unter der Überschrift »Rußland im Buch« mit fünf aktuellen Buchveröffentlichungen über die Lage im Osten befaßt. Daß sich darunter zwei Arbeiten befanden, die sich ohne tiefere Prüfung lediglich euphorisch über die Erfolge des Fünfjahrplanes äußerten, war der LVZ zwar eine Erwähnung wert, aber kein Anlaß zur Polemik. Und auch bei der Rezension von Werken, die sich nicht auf Erfolgspropaganda beschränken wollten, blieb die Redaktion um eine sachlich-zurückhaltende Sicht bemüht. Heraushebenswert erschien ihr da vor allem eine Publikation von Aron Jugow, weil er den »entscheidenden Gegensatz zwischen dem in bestimmten Ziffern unleugbar imponierenden Produktionseffekt des Fünfjahrplanes und der gleichwohl rapid sich steigenden Verelendung der Massen Rußlands« dargestellt habe; ein Gegensatz, der nach Auffassung von Theodor Dan, der zu Jugows Arbeit das Nachwort verfaßt hatte, bei fehlender Lösung die Gefahr der Konterrevolution nach sich ziehe.⁶⁹

Auch die Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Belletristik aus der Sowjetunion geriet jetzt sehr viel nachdenklicher. So nutzte Fritz Heller die Veröffentlichung einer Erzählung von Sergej Jurin im Rowohlt-Verlag, »Die Leute von Gaidansk«, um eine Antwort auf die ihn »brennend« interessierende Frage zu erhalten, ob es »in Rußland gelang, neben der Schaffung neuer Produktionsformen auch neue Menschen, Menschen von einer neuen veränderten Geisteshaltung zu erziehen (fast möchte man sagen: zu er-

69 Siehe Rußland im Buch. In: LVZ. 39(1932-05-13)111.

zeugen)«. Die Antwort befriedigte Heller nicht in vollem Umfang. Seine Sympathie gewannen vor allem die Repräsentanten der älteren Generation, die »gute, alte ›Vorkriegsmarke‹ der Arbeiterbewegung«. Es handelte sich nach Hellers Meinung hier um die »sympathischsten, die menschlichsten, die innerlich fortschrittlichsten, die revolutionärsten Menschen dieses so herrlich wahrheitsgetreuen Buches«. In ihnen erblickte er Gestalten, die »keine Produkte des Diktatur-Milieus« seien. Solche Sympathie mochte Heller für die Jüngeren nicht entwickeln. Harscher Ablehnung verfielen vor allem die Individualisten – gemeint sind eher die Intellektuellen –, die »die anderen mit ihren seelischen Verdauungsbeschwerden aufhalten«, während für ihn die »wirkliche Jugend«, worunter er die Arbeiter im tradierten Verständnis begreift, »wirklich ›Bauvolk der neuen Zeit‹« seien. »Aber hier stutzt man«, heißt es bei Heller weiter, »denn: das Kollektivbewußtsein dieser Menschen ist in einer Weise normiert und militarisiert [...] Es sind nicht die jungen Menschen, wie wir sie uns wünschen, wie wir sie in unserer Arbeiterjugend, in unseren Erwerbslosenkursen, in unseren Abwehrformationen finden. Man hat nämlich aus allem, was man hier von ihnen weiß – Jurins Buch ist hier gegen seinen Willen ein treffender Beleg – den Eindruck, es komme bei ihnen nicht zuerst die erkämpfte Ueberzeugung, sondern eine Aktivität, die gewiß brauchbar und anerkennenswert ist, die man zweifelsohne auch oft in der ›Elite‹ des faschistischen Italiens findet.« Daher erblickte Heller in ihr nicht eine »vorstürmende, begeisterte und kritische Jugend«. Er hielt sie für »greisenhaft in ihrer Bereitschaft, parolengläubig« zu sein und für ein Produkt des Diktatur-Milieus. Trotz solcher Ernüchterung meinte Heller aber, auch in Jurins Werk »versteckt« auch jene Jugend entdecken zu können, die mit Herz und Hirn für die Revolution stehe; eine Jugend, die mehr sei als eine Elite und der Heller aufrichtig wünschte, daß sie sich gesellschaftlich durchsetzen möge.⁷⁰

Auch die Beschäftigung mit dem 15. Jahrestag der russischen Revolution – für die LVZ synonym mit Oktoberrevolution – war fern von jener reinen Polemik, die Monate zuvor das Blatt beherrscht hatte. Unter Berücksichtigung der rückständigen Ausgangsverhältnisse akzeptierte die Autorin Olga Domajewskaja die forcierte Industrialisierung, ohne dabei die negativen Auswirkungen auf die vernachlässigte Agrarproduktion zu übersehen. Den Aufbau moderner industrieller Riesenbetriebe empfand sie als einen Erfolg, »errungen unter den ungünstigsten Verhältnissen«, der belege,

70 Siehe Fritz Heller: Jugend des Fünfjahrplanes. In: LVZ. 39(1932-10-06)235.

»welche gewaltigen Vorteile die Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht in den Händen eines Staates darstellt, der nicht als Willensvollstrecker profitsüchtiger Interessengruppen fungiert, sondern die industrielle Entwicklung im Interesse der Gesamtwirtschaft lenkt und verwaltet«. Zugleich stellte die Autorin aber auch heraus, daß die Vorstellung der Schöpfer des Fünfjahrplans, parallel dazu den Wohlstand der breiten Massen zu heben, sich nicht erfüllt habe, daß sogar eine Verschlechterung der Lage der Werktätigen eingetreten sei. »In diesem Auseinanderklaffen der Interessen des Proletariats und der Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Massen spiegeln sich eben die inneren Widersprüche des Sowjetregimes, die daraus erwachsen, daß die industrielle Basis zu schmal ist für die Verwirklichung des Sozialismus«, konstatierte Domajewskaja. Die Probleme in der Landwirtschaft ergäben sich zudem daraus, daß man zwar Kollektivwirtschaften geschaffen habe, daß aber die Bauern bei ihrer individualistischen Einstellung geblieben seien und der kollektiven Wirtschaft nicht das gebührende Interesse entgegenbrächten. Auch daraus resultiere die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Einen erfolgreichen Aufbau des sozialistischen Zukunftsstaates in Rußland schloß Domajewskaja nicht aus. Das Sowjetsystem stellte nach ihrer Ansicht aber lediglich eine Übergangsform auf diesem Wege dar. Angesichts der gewaltigen Hindernisse im Inneren des Landes schien ihr die »Vollendung des sozialistischen Aufbauwerkes« allein aus eigener Kraft unmöglich. »Nur revolutionäre Umwälzungen in den anderen Ländern vermögen die Situation grundlegend zu wandeln«, lautete Olga Domajewskajas Fazit.⁷¹

Mit der politischen Neuorientierung wandte man sich bei der LVZ wieder stärker dem praktischen Wirken des Austromarxismus zu, insbesondere den Überlegungen Otto Bauers. Es war daher schon von Bedeutung, daß die Redaktion der eher pessimistischen Perspektivbeschreibung Domajewskajas Auszüge aus einem Aufsatz Otto Bauers zur Seite stellte. Bauer hatte am 23. Oktober auf den Ausruf Dollfuß' im österreichischen Nationalrat »Sie sind ein Bolschewik!« zunächst herausgearbeitet, was ihn vom Bolschewismus scheidet: Für Bauer war die »Methode der Bolschewisten« in der Geschichte und sozialen Struktur Rußlands begründet und daher für West- und Mitteleuropa nicht anwendbar. »Was mich vom Bolschewismus scheidet«, betonte er weiter, »ist etwas [...] Grundsätzliches, etwas, was in meiner Auffassung der Entwicklung der menschlichen Kultur begründet

71 Siehe Olga Domajewskaja: Sowjetrußlands Jahrestag. In: LVZ. 39(1932-11-07)261.

ist: ist meine Schätzung des unersetzlichen Wertes der individuellen, der geistigen Freiheit. Es ist meine Ueberzeugung, daß der Sozialismus die Bürgschaften der individuellen geistigen Freiheit nicht zerstören soll, sondern sie, das kostbare Gut des Zeitalters der bürgerlichen Revolution, hinüberretten muß in die sozialistische Gesellschaft der Zukunft, in der sie erst, von allen kapitalistischen Fesseln befreit, ihre volle Schöpferkraft bekunden werden.« Da er aber geistige Freiheit schätze, müsse er »unauslöschlich« den Kapitalismus hassen, was Bauer mit den Mechanismen dieser Gesellschaft erklärte, in der es möglich sei, daß Millionen Menschen in furchtbarste Not getrieben würden, »nicht weil es an Gütern fehlte, sie mit allem Notwendigen zu versorgen, sondern weil es nicht profitabel ist, diese Güter zu erzeugen«. Daher sei ihm der Erfolg der Bolschewiki wichtig: »Und sehen Sie nun, Herr Dollfuß: wenn die Diktatur des russischen Bolschewismus gewaltsam gestürzt würde, dann würde die Menschheit für geraume Zeit den Glauben an die Möglichkeit einer anderen, einer höheren Gesellschaftsordnung als der des Kapitalismus verlieren; dann würde dadurch die Lebensdauer kapitalistischer Barbarei verlängert. Wenn es dagegen dem russischen Bolschewismus gelingen sollte, auf dem großen Kontinent zwischen der Ostsee und dem Japanischen Meer den Völkern der Welt durch die Tat den Beweis zu erbringen, daß ein Volk Wohlstand erringen kann in einer Gesellschaftsordnung, in der die Naturschätze und die Arbeitsmittel nicht mehr dem Kapital gehören [...], dann würde der Gedanke des Sozialismus in der ganzen Welt unwiderstehliche Werbekraft erlangen. Dann würde die letzte Stunde des Kapitalismus schlagen.«⁷²

Die drohende faschistische Gefahr und der eigene Mißerfolg bei den Wahlen im Jahre 1932, die mit Hilfe der KPD-Wahlergebnisse noch zur Aussage »Der Marxismus unerschüttert«⁷³ hochgerechnet werden konnten, stärkten auch bei der LVZ den Willen, sich wieder um eine Zusammenarbeit mit der KPD zu mühen, was aufgrund der bekannten spezifischen Probleme in der Stadt Leipzig nicht leicht gefallen sein dürfte. Es muß daher schon als programmatisch verstanden werden, wenn die Ausgabe der »Leipziger Volkszeitung« vom 15. November 1932 mit der Schlagzeile »Das Gebot der Stunde« erschien, was eine eindeutige Anspielung an eine andere Schicksalsstunde⁷⁴ der Arbeiterbewegung war. Für den Anlaß sorg-

72 Otto Bauer: Wir Bolschewiken. Eine Antwort an Dollfuß. In: LVZ. 39(1932-11-07)261.

73 Siehe LVZ. 39(1932-11-07)261.

74 Siehe Das Gebot der Stunde. In: LVZ. 22(1915-06-19)139.

te der Appell Otto Bauers auf dem Parteitag der österreichischen Partei, auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen SAI und Komintern die Einheitsfront im internationalen Maßstab zu erzielen. Der Zwang zum Verzicht auf jedes taktische Manöver ergab sich für ihn aus politischen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, aus denen er »das Ende einer ganzen Geschichtsepoche [...] und de[n] Beginn einer neuen Epoche, einer neuen internationalen Arbeiterbewegung« ablas.⁷⁵

Bauers Idee beherrschte auch in der folgenden Zeit die LVZ, selbst wenn die Kommentierung einzelner Ereignisse in Deutschland immer wieder belegte, in welchem hohem Grade die Beziehungen zwischen den großen Arbeiterparteien selbst jetzt vergiftet waren. Es war dann vor allem Hendrik de Man, der sich in einem Leitaufsatz noch wenige Tage vor der Einsetzung des ersten Hitler-Kabinetts bemüht zeigte, die Differenzen zwischen den beiden Hauptrichtungen der internationalen Arbeiterbewegung als minimal darzustellen, fast möchte man sagen: klein zu reden. Otto Bauers Rede empfand Hendrik de Man als Sensation, auch wenn sie wenig Resonanz gefunden habe. Als sensationell verstand de Man auch die Voraussage Bauers, daß eine Zeit bevorstehe, in der »positive Erfolge für die Arbeiterschaft schwer zu erreichen sein werden«.⁷⁶

Angesichts des Vorschlages von Bauer warf de Man aber auch die Frage auf, worin das Trennende beider Richtungen der Arbeiterbewegung unter den aktuellen Bedingungen bestünde. »Ja, ich glaube«, schrieb de Man, »daß sogar die Unterschiede, die in bezug auf die Auffassung der Demokratie zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bestehen, so offenkundig sie ihrem theoretischen Ausdruck nach auch sind, in ihrer heutigen praktischen Bedeutung stark überschätzt zu werden pflegen. Diese Ueberschätzung liegt auf beiden Seiten vor.« De Man argumentierte dazu weiter mit den theoretischen Grundlagen: »Der theoretische Leninismus hat niemals das Ziel einer demokratisch-freiheitlichen, klassenlosen Gesellschaft aufgegeben und immer wieder den Uebergangscharakter der ›Diktatur des Proletariats‹ betont. Das Sowjetsystem an sich – das heißt losgelöst von der Parteidiktatur, ohne die es sehr wohl bestehen könnte und der Theorie nach später weiterbestehen soll – ist durchaus demokratisch. In einigen sehr wichtigen Punkten ist es sogar demokratischer als der Parlamentarismus Europas; zum Beispiel darin, daß es eine unmittelbare Vertretung der

75 Siehe Das Gebot der Stunde. Einheitsfront nicht Einheitsfrontmanöver. LVZ. 39(1932-11-15)268.

76 Hendrik de Man: Wende des Sozialismus. In: LVZ. 40(1933-01-26)22.

Masseninteressen und eine aktivere Teilnahme an der Selbstverwaltung ermöglicht, oder auch eine bessere Lösung des Problems der nationalen und sprachlichen Minderheiten auf föderativer Grundlage.« Zudem müsse, so de Man, unter den von Otto Bauer geschilderten Verhältnissen die Frage aufgeworfen werden, ob jetzt der Kampf um den Sozialismus noch als Kampf um Reformen geführt werden könne. Aus österreichischer Sicht könne auf eine Antwort noch verzichtet werden, insbesondere aus deutscher Betrachtung sei das aber schon nicht mehr möglich. Für de Man stellte sich die Antwort einfach dar. Und es ist schwer zu sagen, ob aus seinen Worten Verzweiflung oder ein durch die Umstände in Deutschland schon wenig realistischer Glaube spricht: »Die Zeit des reformistischen Sozialismus ist vorbei, die Zeit der praktischen Sozialisierungspolitik, also der Umwälzung der Produktionsordnung selber, ist gekommen.«⁷⁷ Für die angekündigten Folgebeiträge sollte bereits keine Gelegenheit mehr in der LVZ gegeben sein.

Überhaupt fällt auf, daß besonders 1933 angesichts eigener Orientierungslosigkeit viel stärker der Blick nach Osten gerichtet wurde, um von dort Argumente für den eigenen Überlebenskampf zu gewinnen. Dabei nahmen Fragen der Demokratie – möglicherweise angesichts der Probleme im eigenen Lande – nur noch eine nebensächliche Bedeutung ein. Es dominierten daher auch bei der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Fünfjahrplanes die optimistischen Aussagen: »Es ist eine Umwälzung von ungeheuren Dimensionen. Wenngleich der Fünfjahrplan nicht zu 100 Prozent, sondern nach der offiziellen Rechnung zu 93,7 Prozent verwirklicht worden ist, so hat er doch das Bild Rußlands vollständig verändert.«⁷⁸ Begründet wurde eine solche Sicht mit dem Aufbau völlig neuer Industrien, »noch ungeheurer als dieser Erfolg« sei aber die Umwälzung in der Landwirtschaft, die »unzweifelhaft die gewaltigste Agrarrevolution der Weltgeschichte« sei. »Man müßte blind sein, um die ungeheure Größe dieser Leistung, die gewaltige Schöpferkraft der Revolution zu verkennen«, lautete die Einschätzung des Leitartiklers. Vorhandene Probleme wurden zwar als konstatiert, im wesentlichen aber auf alte Denk- und Verhaltensweisen insbesondere bei der Landbevölkerung zurückgeführt. Die tiefgreifenden Veränderungen in der politischen Führung wurden von der LVZ nur noch als Randproblem wahrgenommen. Dafür veranlaßten die Ergebnisse des

77 Ebenda.

78 Das Ergebnis des Fünfjahrplanes. In: LVZ. 40(1933-01-17)14.

ersten Fünfjahrplanes die LVZ zu großer Euphorie: »Der erste Fünfjahrplan hat den russischen Menschen mit der Maschine ausgerüstet; der zweite muß ihn lehren, die Maschine richtig zu gebrauchen. Erst wenn er das gelernt haben wird, erst dann wird der Sieg der Revolution wirklich errungen sein. Er ist noch nicht errungen – das zeigen die Schwierigkeiten am Ende der ersten Fünfjahrplanperiode. Aber er kann errungen werden – das zeigen die Erfolge des ersten Fünfjahrplanes. Wird er errungen sein, dann wird durch die Tat der Beweis erbracht sein, daß der Sozialismus schaffen und siegen kann, während der Kapitalismus zerfällt. Dann wird die Werbekraft der sozialistischen Idee in der ganzen Welt unwiderstehlich sein«, lautete das Resümee des Leitartikels.

Angesichts solcher Töne war es gar nicht überraschend, daß die Redaktion in ihrem Leitartikel »Aufgaben des Parteitags«⁷⁹ der eigenen Partei eine ernsthafte und unvoreingenommene Prüfung des Weges der Bolschewiki empfahl: »Gewiß sind die taktischen Methoden des Kampfes, die das Proletariat des Sowjetstaates unter der Führung der Kommunistischen Partei zur Anwendung bringt, ein außerordentliches Hemmnis für die Verständigung im Lager des Proletariats und es wäre unangebracht, übergroße Illusionen zu wecken. Die Geschichte wird dereinst ihr Urteil sprechen. Sie wird zu entscheiden haben, ob in Ländern mit unterentwickelter Wirtschaftsstruktur der russische Weg der richtige ist. Für das westeuropäische Proletariat mit seiner hohen kulturellen Entwicklung wird jedenfalls der Weg nicht möglich sein, den die russische Arbeiterschaft vielleicht hat zwangsläufig gehen müssen. Sind aber um deswillen die gewaltigen Experimente und Erfahrungen, die in Rußland gemacht worden sind, für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse bedeutungslos? Muß nicht jede sozialistische Bewegung die russischen Erfahrungen auszuwerten versuchen? [...] Können im Angesicht dessen die russischen Erfahrungen einfach in antibolschewistischen Haßkomplexen unterdrückt und umgangen werden?«⁸⁰ Diese Aussagen sollten bis zum Verbot der LVZ am 2. März 1933 unwidersprochen bleiben ...

79 Der Beitrag zeichnet sich durch einen ganz eigentümlichen Ton aus, liest sich aus heutiger Sicht wie eine Art Grabgesang auf die deutsche Sozialdemokratie. Im Grunde stellte die Zeitung sogar die eigenen, zurückhaltender gewordenen Zweifel am Weg der Bolschewiki in Frage. In den folgenden Tagen werden nur einzelne konkrete Anlässe dafür sorgen, überhaupt noch eine Kritik an den Verhältnissen in Sowjetrußland zu üben. Siehe hierzu in der Ausgabe vom 21. Januar einen Brief aus der UdSSR an einen Leipziger, in dem über die drakonische Anwendung der Arbeitsgesetzgebung Beschwerde geführt wird.

80 Die Aufgaben des Parteitags. In: LVZ. 40(1933-01-19)16.



Fraglich bleibt, ob sich der Leser der LVZ vor 1933 überhaupt ein einigermaßen zuverlässiges Bild über die Verhältnisse in Rußland machen konnte. Ich habe große Zweifel und meine, daß es eher mehr ein bestimmter Glaube war, der in Abhängigkeit von der bevorzugten politischen Richtung stand und der mehrfachen Konjunkturschwankungen unterworfen war. Allein schon das Fehlen visueller Medien machte den Leser noch viel abhängiger von der Meinung einzelner Autoren, die selbst oft nur aus der Ferne und auf mäßiger Informationsbasis über komplizierte Fragen reflektieren mußten. Quellenkritik erwies sich als noch komplizierter als heute. Man mag die Oberflächlichkeit vieler heutiger Medien kritisieren. Die größere Fülle an Informationen und an Kanälen, auf denen heute Informationen zu uns gelangen können, bieten größere Chancen, uns ein Bild von Verhältnissen in anderen Ländern zu machen. Freilich stellt diese Vielzahl auch höhere Anforderungen an den Rezipienten – nicht selten ist es eine Überforderung.

Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts der zunehmenden eigenen Probleme auch in der linkssozialistischen LVZ berechtigte und unberechtigte Hoffnungen, die in die russische Revolution und deren Erben gesetzt wurden, 1932/1933 eine neue Konjunktur erlebten. Gerade die eigene Situation mochte mit dafür verantwortlich sein, daß Entwicklungen in der Sowjetunion nur selektiv und ins eigene Weltbild passend wahrgenommen wurden. Unübersehbar ist zugleich, daß das jeweilige Verhältnis zur russischen Revolution und zur aktuell in Rußland herrschenden Kraft auch von politisch-pragmatischen Faktoren bestimmt wurde. Auch das Konzept der Redaktion, mit Hilfe einer Zeitung den Leser auf eine ganz bestimmte Meinung festzulegen, hatte Auswirkungen auf die Beschäftigung des Blattes mit der russischen Revolution. Man kann sicher der LVZ-Redaktion aus heutiger Kenntnis der Dinge vorhalten, daß ihre Sicht auf die Revolution und auf Rußland sich auch durch Blindheit auszeichnete. Eine solche Feststellung mit Schelte zu bedenken, steht uns nicht zu. Einen Anlaß, tiefer über eigene Blindheit in der Vergangenheit nachzudenken, liefert sie aber allemal.

IV

NYOTA THUN

Erwartungen der Kunst-Linken: die absolute Freiheit der Kunst oder Legenden und Realität

Geschichtsbilder sind im historischen Bewußtsein ein dichtes Geflecht von legendären Überlieferungen und historischen Tatsachen, dessen Entflechtung zwangsläufig das gesamte Flechtwerk zerstört. Die Akteure zeit-schichtlicher Vorgänge haben an den Legendenbildungen kräftig mitgewirkt und dadurch die eifrigen Spurensucher späterer Generationen nicht selten in Sackgassen gelockt. So hat sich auch die Meinung verfestigt, die russischen Avantgarde-Künstler – Maler, Dichter, Theaterleute – waren in jenen Oktobertagen des Jahres 1917 die einzigen ihrer Zunft, die sofort und bedingungslos die neue Macht begrüßten und zur Zusammenarbeit bereit waren. Doch das ist ein Trugschluß.

Wladimir Majakowski lieferte in seiner sogenannten Autobiographie von 1922 – »Ich selbst« – das vielzitierte Argument: »Anerkennen oder nicht anerkennen? Eine solche Frage gab es für mich (und die anderen Moskauer Futuristen) nicht. Das war meine Revolution. Ging in den Smolny. Arbeitete. Alles, was zu tun war. Es begannen die Sitzungen.«¹ – Gewiß, Majakowski hat den politischen Machtwechsel ohne Einschränkungen angenommen, damit auch die radikalen sozialen Eingriffe in die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen. »Aber mit den Organen der Sowjetmacht in einen konkreten, sachlichen Kontakt zu kommen, gelang Majakowski nicht gleich.«² Das mußte selbst Ossip Brik eingestehen, tat dies jedoch erst nach über zwanzig Jahren.

Die Bereitschaft war vorhanden gewesen. Doch die Enttäuschung folgte auf dem Fuße.

Knapp zwei Wochen nach dem Oktoberumsturz reagierte Majakowski spontan auf einen Aufruf des Zentralen Exekutivkomitees an die Intelligenz Petrograds, sich im Smolny zu einer gemeinsamen Beratung über erste

1 Vladimir V. Majakovskij: *Polnoe sobranie sočinenij v 13 tomach.* Bd. 1. Moskau 1955. S. 25.

2 Ossip M. Brik: *IMO – Iskusstvo molodych.* In: *Majakovskomu.* Moskau 1940. S. 88.

Maßnahmen der Sowjetregierung auf dem Gebiet der Kunst und Kultur einzufinden. Die Intelligenz boykottierte jedoch bis auf wenige Ausnahmen die neue Macht. Erschienen waren mit Majakowski nur etwa fünf bis sechs Personen, unter ihnen Blok, Meyerhold, der Maler Altman und Larissa Reiser. Dokumente über diese und etwaige weitere Zusammenkünfte liegen nicht vor.

Anfang Dezember verließ Majakowski Hals über Kopf Petrograd. Er habe einen Streit mit Lunatscharski gehabt. Das bezeugte der Kunstkritiker Nikolai Punin. Die näheren Umstände, die bislang nicht aufgeklärt sind, kannte er auch nicht.

Majakowski hatte sofort prinzipielle Einwände gegen die Kunstpolitik des Volkskommissars für Bildungswesen. Er teilte nicht dessen Hauptsorge um die Erhaltung der Kunstdenkmäler und deren Überführung in Volkseigentum. Er vermißte ein tieferes Verständnis für die neue, die linke Kunst. Er beharrte weiterhin, wie in den ersten Wochen nach der Februarrevolution, auf einer strikten Trennung von Kunst und Staat. Den Künstlern sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich in freien Organisationsformen zusammenzuschließen, um ihre Belange selber entscheiden zu können. Gemeinsam mit linksorientierten Künstlern hatte er schon damals die Bildung eines Ministeriums für schöne Künste abgelehnt, mit der Begründung, eine solche staatliche Einrichtung sei nichts anderes als eine Variante des alten Ministeriums am Zarenhof. Ähnliche Bedenken brachte er gegen das Volkskommissariat für Bildungswesen vor. Zudem lehnte er es kategorisch ab, mit seinen Kunstgegnern von ehemals zusammenzuarbeiten, mit Leuten wie Benois, den Lunatscharski zum Direktor der Kunstsammlungen im ehemaligen Zarenschloß ernannt hatte. Benois, der seinerzeit führende Kopf der »Mir iskusstva«-Anhänger, blieb für ihn ein »Gegner« in Sachen Kunst, ein »Feind«, mit dem er, Majakowski, sich nicht an einen Tisch setzte. Diese Haltung mußte zwangsläufig zu einer Konfrontation zwischen dem Dichter und dem Volkskommissar führen.

Vertreter der russischen Kunst-Avantgarde, vorwiegend Maler, nahmen zu dieser Zeit eine ähnliche Position ein. In Petrograd war es wohl nur der noch radikalere Brik, der Majakowskis unversöhnliche Haltung teilte. Und noch der Maler Lew Bruni. Brik, ein geistreicher Kopf und bestechender Redner, war jedoch kein Schaffender. Deshalb die hastige Abreise des Dichters nach Moskau, die fixe Idee, den Moskauer Futuristenkreis wieder auferstehen zu lassen, um die Vorstellungen von – wie er meinte – echter revolutionärer Kunst durchsetzen zu können.

Noch im Dezember erweckte das alte Trio Burljuk-Kamenski-Majakowski den schon totgesagten Futurismus zu neuem Leben. Doch die Kubo-Futuristen von ehemals hatten kein neues Kunstprogramm vorzuweisen, lediglich neue Losungen: Demokratisierung der Künste und Verlagerung der Kunst auf die Straße. Zunächst beschränkten sich ihre Aktionen auf die Unterhaltung eines bunt zusammengewürfelten Publikums aller politischen Schattierungen in dem berühmten »Poeten-Café«, einem in eine »Futuristenhöhle« verwandelten alten Waschhaus. Tatlin, Jakulow, Lentulow tauchten hier auf. Auch Chlebnikow. Aber schon nach kurzer Zeit ödete der Kaffeehaus-Futurismus das Trio an. Der erste Versuch, die großen Säle zu erobern, war zur Jahreswende das »Tannenbaum-Fest der Futuristen« im Polytechnischen Museum. Das Plakat hatte eine »Menge Volks« angelockt, wie Majakowski an Lili Brik schrieb. In Großbuchstaben prangten die Reizwörter »Bacchanal. Verse. Reden. Paradoxa. Möglichkeiten. Schaukeln. Prophezeiungen«³ usw. in diesem Stil. Majakowski mußte das zirkensische Spiel auf der großräumigen Bühne ganz allein betreiben; Burljuk, Kamenski und Holzschmidt hatten ihn im Stich gelassen.

Das alles hatte mit Kunstrevolution nichts zu tun, selbst wenn der Dichter das Publikum mit einem aufrührerischen Zweizeiler schockte:

»Friß Ananas, Bürger, und Haselhuhn.
Mußt bald deinen letzten Seufzer tun.«⁴

Diese Verse waren eine rein politische Provokation. Das war dem Trio wohl bewußt. Und so suchte es einen Ausweg in einer spektakulären Straßenaktion.

Am 15. März erschien die erste Nummer der reißerisch aufgemachten »Futuristen-Zeitung«, die auch die einzige bleiben sollte. Unter der Losung »ES LEBE DIE REVOLUTION DES GEISTES« vereinte die Ein-Blatt-Zeitung Kunstprogrammatik mit einigen Beispielen neuer Verskunst und einem Aufruf zu Kunstauktionen auf der Straße. Das »Manifest der fliegenden Föderation der Futuristen« rief die Proletarier der Fabriken und des Grund und Bodens dazu auf, nach der politischen Revolution im Februar und der sozialen im Oktober die dritte – unblutige, aber grausame – Revolution des

3 Zit. nach Vasilij A. Katanjan: Majakovskij. Chronika žizni i dejatel'nosti. 5. erg. Aufl. Moskau 1985. S. 137.

4 Zit. nach Wladimir Majakowski: Ausgewählte Werke. Hrsg. von Leonhard Kossuth. Nachdichtung und Übersetzung von Hugo Huppert. Bd. 5. Berlin 1973. S. 273.

Geistes zu vollbringen. Ihre Forderungen lauteten: 1. Trennung von Kunst und Staat. 2. Übergabe aller materiellen Kunstmittel an die Künstler (Theater, Museen, Kunstakademie). 3. Allgemeine Kunsterziehung. Und 4. Sofortige Beschlagnahme aller verborgenen »ästhetischen Bestände« zum Zwecke einer gerechten und gleichmäßig verteilten Nutzung im ganzen Land. Majakowski bekräftigte in seinem »Offenen Brief an die Arbeiter«: »Nur der Ausbruch einer REVOLUTION DES GEISTES reinigt euch vom Trödelkram der alten Kunst.« Seine Grundthese war ein Plädoyer für eine autonome Kunstentwicklung ohne staatliche Einmischung und gipfelte in dem Kernsatz: »Die Revolution des Inhalts – der Sozialismus-Anarchismus – ist ohne die Revolution der Form – den Futurismus – undenkbar.«⁵ Die Vision vom »Individualanarchismus des gesamten Kunstschaffens«, den er verkündete, knüpfte an die futuristische Kampflosung »Verteidigung der Freien Kunst« von 1912 an, verbunden mit dem Versuch, sie an die veränderten politischen und sozialen Verhältnisse anzupassen.

Die Aktion war ein totaler Mißerfolg. Der Aufruf an die Arbeiter blieb ohne Resonanz. Sie waren in der Mehrzahl Analphabeten und hatten zudem andere Sorgen als gerade die Belange der Kunst, die sie ohnehin nicht durchschauten – die der Futuristen noch am allerwenigsten. Auch die angestrebte Vereinigung aller Kunstrichtungen und -gruppierungen platzte wie eine Seifenblase. Nicht mal die linksorientierten Künstler konnten sich einigen. Tatlin stellte sich in seinem »Brief an die Futuristen«, veröffentlicht in der Zeitung »Anarchija«, auf die Seite des kunstrevolutionären Flügels, grenzte sich jedoch von den nicht mehr zeitgemäßen Kaffeehauskandalen ab (dies richtete sich gegen das Trio) wie auch vom Rückzug einiger futuristischer Künstler in die Herstellung kunstgewerblicher Gebrauchsgegenstände (das war ein Seitenhieb gegen Malewitsch). Er beklagte den »Verlust an Schärfe der künstlerischen Sehweise« bei einem Großteil der Avantgarde und rief alle Berufsgenossen auf, durch das von ihm gewiesene Tor zu treten: »Vervollkommnung des Auges« zum Sturz des Überlieferten, damit »ihr Geist den Weg des Anarchismus beschreiten kann«.⁶ Tatlin vertrat genauso wie der Futuristen-Kern Burljuk-Kamenski-Majakowski den »Weg des Anarchismus« im Sinne einer Kunstbewegung, die dem individuellen Kunstschaffen freien Spielraum zugesteht.

5 Vladimir V. Majakovskij: *Polnoe sobranie sočinenij v 13 tomach*. Bd. 12. Moskau 1959. S. 8 und 9.

6 Zit. nach Larisa A. Shadowa (Hrsg.): *Tatlin*. Budapest 1987. S. 251.

Tatlin war nicht der einzige, der das Presseorgan der Moskauer Anarchisten für die Propagierung seiner Ideen nutzte. Auch Malewitsch veröffentlichte hier zur gleichen Zeit einige Artikel im Kampf gegen den konservativen Flügel im Kunstleben, und dies in einer betont groben, vulgären Sprache. Die Artikel in der Zeitung »Anarchija« sind ebenso wie der häufige Gebrauch des Begriffs »Anarchismus« noch kein Beweis dafür, daß sich die genannten russischen Futuristen mit den politischen Zielen der Anarchisten identifiziert hätten. Aber zweifellos sympathisierten sie mit deren Auffassung von der individuellen Freiheit des Menschen.

Und dennoch gab es einen Zusammenhang zwischen dem Ende des »anarchischen Futurismus«, setzt man diesen Begriff als einen Arbeitsbegriff, und dem Ende des politischen Anarchismus. Die Schließung des »Poeten-Cafés«, zwei Tage nach der blutigen Aushebung der Moskauer terroristierenden Anarchistengruppe, der sogenannten Expropriateure, war kein Zufall.

Der letzte Abend im »Poeten-Café« vom 14. April 1918 war zugleich der letzte gemeinsame Auftritt von Majakowski und Burljuk. Der eine im »gelben Hemd«, der andere als »Großkampfschiff« angekündigt, zogen sie beide noch einmal alle Register ihres auf Schockwirkung angelegten Repertoires. Laut Zeitungsmeldung war sogar Lunatscharski anwesend, der von Majakowski zum Disput herausgefordert wurde: »Die schwungvoll vorgetragene Rede Lunatscharskis war interessant: Der Kommissar fühlte sich nicht verpflichtet, mit den Hausherrn freundlich umzugehen, und kritisierte scharf die marktschreierischen und antiästhetischen Verfahren der Futuristen, ihre Abneigung gegen die Klassiker, ihren Wunsch, um jeden Preis Anarchisten sein zu wollen; sie verachteten die Bourgeois und würden ihnen gleichzeitig dienen. Zum Schluß versüßte er ein wenig die bittere Pille und meinte, daß die Aufrichtigkeit Majakowskis die Massen anziehen könne und dem Futurismus einen Anflug von Volkstümlichkeit verleihe.«⁷ Der Volkskommissar warb um den Dichter.

Tags darauf verließ Burljuk die Stadt. Expropriateure, wie sich die Hausbesitzer reich ausgestatteter Villen selber nannten, hatten u. a. die Villa Michail Zetlins besetzt, der sich auch als Dichter unter dem Namen Amari in Künstlerkreisen eingeführt hatte. In einem dieser Häuser hatte Burljuk Unterkunft gefunden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß er schon vor der Besetzung in Zetlins Haus gewohnt hatte und dann aufgrund seiner

7 Zit. nach Vasilij A. Katanjan: Majakovskij. Chronika žizni i dejatel'nosti. 5. erg. Aufl. Moskau 1985. S. 144.

Bekannschaft mit Anarchisten nach der Expropriierung einfach in dem Haus geblieben war. Aber dafür gibt es keinerlei Belege. In jedem Fall war er in die Aktion der Tschekisten gegen die Anarchisten verwickelt, denn am 15. April verschwand er fluchtartig aus Moskau, schlug sich in langen Wochen bis nach Wladiwostok durch, arbeitete dort noch mit der sibirischen Futuristengruppe zusammen, setzte sich 1920 nach Japan ab und ging schließlich zwei Jahre später nach New York, wo es 1925 zu der freundschaftlichen Wiederbegegnung mit Majakowski kam.

Auch Kamenski verschwand aus Moskau. Majakowski blieb allein. Die Trennung von den Freunden warf ihn auf sich selbst zurück. Aus seinem Wortschatz tilgte er hinfort den Begriff »Anarchismus«; der war politisch suspekt geworden. Zwar stellte er die skandalumwitterten Auftritte nicht gänzlich ein und sorgte in dem Moskauer Café »Pittoresk« noch für Aufsehen. Aber das war mehr aus Kurzweil und aus Trotz. Die Hochphase des Kaffeehaus-Futurismus war endgültig vorbei. Die Straßenaktion, auf die die »Futuristen-Zeitung« gesetzt hatte, war im Sande verlaufen. Doch Majakowski gab die Idee »Kunst für die Massen« nicht auf und – machte Filme. Drehbuchautor, Schauspieler, Regieassistent, Dekorations- und Plakatsmaler in einer Person, schrieb er sich in drei Szenarien die männlichen Hauptrollen auf den Leib. Entgegen seinen hochgeschraubten Erwartungen, der neuen freien Schauspielkunst im Film zum Durchbruch zu verhelfen, gelang es ihm nicht, eine neue, revolutionäre Filmkunst zu begründen. Mit diesem Anspruch hatte er sich abermals übernommen. Damit war auch sein drittes kunstrevolutionäres Experiment über die Köpfe der neuen staatlichen Einrichtungen hinweg gescheitert. Enttäuscht kehrte er im Juni nach Petrograd zurück. Zusammen mit Brik bastelte er an neuen Strategien.

Im Herbst 1918, erst ein ganzes Jahr nach der Oktoberrevolution, ging Majakowski regelmäßig zu Sitzungen in der Petrograder Theaterabteilung (TEO) wie in der Abteilung Darstellende Künste (ISO) beim Volkskommissariat für Bildungswesen. Und er nahm auch an Redaktionssitzungen der vom ISO herausgegebenen Wochenzeitung »Iskusstvo kommuny« teil, die von Brik, Altman und Punin redigiert wurde. Der plötzliche Sinneswandel erfolgte aus der pragmatischen Erwägung, die linken Künstler könnten nur über die Medien der staatlichen Macht im Kunstalltag die Vorherrschaft erringen.

Maler wie Malewitsch, Tatlin und Altman hatten das viel früher begriffen. Tatlin war bereits seit April 1918 Vorsitzender des Moskauer Kollegiums des ISO. Trotz einiger Konflikte mit Sterenberg, dem Leiter des ISO im Volkskommissariat, hatte er keine Berührungssängste, mit der neuen

Macht zusammenzuarbeiten. dadurch konnte er fürs erste, genauso wie Malewitsch und Chagall, in einer der neugegründeten Künstlerischen Werkstätten weiterarbeiten und junge Leute um sich scharen. Dennoch: Die Spannungen zwischen den Kunstlinken und dem Volkskommissar waren mit solchen Entscheidungen bei weitem nicht ausgeräumt. In einigen kunsttheoretischen wie -praktischen Fragen trifteten ihre Auffassungen auseinander. Die mit Lunatscharski geführten öffentlichen Debatten wurden von den Richtungskämpfen der verschiedenen Gruppen untereinander überlagert und ufernten schon bald in gegenseitige politische Verdächtigungen aus. Doch dies wäre bereits ein anderes Thema.

Obige Darlegungen beschränken sich auf folgenden Sachverhalt: Die Legende, die russische Kunst-Avantgarde sei in den Oktobertagen nahezu geschlossen zur Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht bereit gewesen, entspricht nicht der Realität. Sie widerspricht auch der Biographie Majakowskis. Der Dichter verknüpfte seine – unumstößliche – Entscheidung für die Oktoberrevolution mit dem Anspruch auf eine freie Kunstentwicklung, frei von staatlichen Eingriffen in die Belange der Kunst. Die im Verlaufe der zwanziger Jahre zunehmende Politisierung seiner poetischen Texte wie kunstprogrammatischen Erklärungen ging einher mit der Präzisierung und Verfestigung seiner avantgardistischen Kunstziele. Gegen Lebensende beschwor er die ursprünglichen Ideale der Revolution, so wie er sie sah. In seinem Stück »Die Wanze« griff er erneut den Gedanken einer »Revolution des Geistes« auf, die noch ausstehe und von der seit 1918 in seinen Texten mehrfach die Rede ist. Damit war der Grundkonflikt zwischen Kunst und Macht in seinem Selbstverständnis vorprogrammiert. Das Bewußtsein des Scheiterns – im Kunst- wie im Privatleben – trieb Majakowski 1930 schließlich zum Selbstmord.

WILLI BEITZ

Literarische Lektüre als vergegenwärtigte Revolutionsgeschichte. Schlüsselkapitel aus Scholochows Romanepos »Der stille Don« rekapituliert

Michail Scholochows Romanepos »Der stille Don« ist ein künstlerisches Dokument, dem in der literarischen Revolutionsthematik eine Schlüsselrolle zukommt. Deshalb ist es ein umkämpfter Text. Alexander Solshenizyn und andere haben die Autorschaft Scholochows nicht bloß, um ihm zu schaden, in Frage gestellt;¹ ihnen ging es bei dem Versuch der Umwidmung des Romans vielmehr um ein Stück Deutungsmacht hinsichtlich der russischen Revolution. Das war nur möglich, weil sie von der richtigen Erkenntnis ausgingen: Die Botschaft des Romans ist so eindeutig nicht, wie es in Zeiten des Realsozialismus behauptet wurde. Diese Erkenntnis verlangt nicht nach einem anderen Autor; sie verlangt allerdings ein anderes Autorenbild von Scholochow, das widersprüchlicher ist als jenes, das bei uns gepflegt wurde. Dieses muß erst noch erarbeitet werden.² Doch das, was wir über die Textgeschichte des »Stillen Don« und seinen Autor bereits wissen, gestattet uns schon jetzt, manches auf neue Art zu sehen und zu problematisieren.

Wenn mich mein Eindruck nicht täuscht, wird in den neuesten, um sachliche Aufarbeitung bemühten Publikationen von Historikern der Zusammenhang zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Charakter und Verlauf der russischen Revolution 1917 nachdrücklicher akzentuiert. Der

1 Im Jahre 1974 erschien bekanntlich in Paris mit einer Einleitung von A. Solshenizyn unter dem Kürzel D• eine anonyme Schrift »Stremja ›Tichogo Dona«, deren Verfasserin die Literaturwissenschaftlerin Irina Medwedjewa-Tomaschewskaja war. Ihre Behauptung, Scholochow habe sich plagiatorisch eines in seine Hände gefallenen Manuskripts eines anderen Kosaken-Schriftstellers (Fjodor Krjukow, 1870–1920) bedient, hat ebenso wenig wie andere die Autorschaft betreffenden Hypothesen Bestätigung gefunden. Siehe zum jüngsten Stand der Debatte Gejr Ch'etso [d. i. der norwegische Slawist Geir Kjetsaa]: Plagiator li Šolochov? Otvet opponentam. In: Scando-Slavica. Tomus 41. Kopenhagen 1995. S. 168ff.

2 Wesentliches ist dazu in der für die Scholochow-Forschung grundlegenden, durch strenge Sachlichkeit und kritische Sympathie für den Schriftsteller gekennzeichneten Monographie von Herman Ermolaev: Mikhail Sholokhov and his Art (Princeton University Press 1982) geleistet worden.

Bürgerkrieg hingegen, der sich als Konsequenz der Revolution ergab, scheint mit seinen Langzeitfolgen für die inneren Verhältnisse der Sowjetgesellschaft bislang weniger Beachtung zu finden. Für Scholochow war der Zusammenhang zwischen der kriegerischen Geburt der Sowjetmacht und den von daher latent in der Gesellschaft vorhandenen Phänomenen des Hasses und Mißtrauens, der Intoleranz und der Gewaltbereitschaft sowie dem davon profitierenden Terrorregime Stalins offenbar ein zentraler Punkt seines Denkens und seiner Sorgen, von dem er bis ins hohe Alter nicht loskam.³ Im »Stillen Don« fand dies seinen deutlichen künstlerischen Ausdruck – und zwar dergestalt, daß sich in dessen zweiter Hälfte und zum Ende hin, eben in den Bürgerkriegskapiteln, die Zeichen mehrten und verdichteten, die man als warnende Signale an die Adresse der Zeitgenossen verstehen konnte. Das ist auch der Grund, weshalb ich bei einigen dieser Kapitel verweilen werde.

Zuvor sei noch klargestellt: Ich möchte den »Stillen Don« nicht als ein Werk empfehlen, aus dem der Historiker – etwa im Sinne der bekannten Äußerung von Friedrich Engels über Balzac – viel zu »lernen« hätte, auch wenn man dem Roman dank der Zeittreue der Darstellung sicherlich eine ganze Menge hinsichtlich der Psychologie und der Interessenlagen der bäuerlichen Bevölkerung am Don entnehmen kann, und auch wenn es heißt, Scholochow habe quasi als Historiker im Roman als erster ein adäquates Bild vom Verlauf des Kosakenaufstandes von 1919 geliefert. Denn seine eigentliche Leistung besteht in etwas anderem: nämlich darin, daß er die Schilderungen von den Kriegsschauplätzen aus den Stanizen und Chutors am Don immer wieder zu Szenen hinführt, in denen am Einzelnen geprüft wird, welchen Sinn es macht, mit der Waffe statt mit dem Pflug umzugehen, welche inneren Spuren das Töten hinterläßt, kurz: um welchen menschlichen Preis da Siege errungen oder Niederlagen erlitten werden.

3 Aufschlußreich ist vor allem, was Scholochow in seinen letzten Lebensjahren in Gesprächen mit seinem Sohn Michail (siehe Michail M. Šolochov: *Iz vospominanij ob otce*. In: *Special'nyj vypusk »Literaturnoj Rossii«, posvjaščennyj 85-letiju so dnja roždenija M. A. Šolochova*. Moskau vom 23. Mai 1990. S. 4 und 14f. – Michail M. Šolochov: *Razgovor s otcom*. In: »*Literaturnaja gazeta*«. Moskau vom 23. Mai 1990. S. 3) und seiner Tochter Svetlana geäußert hat. Diese schreibt: »[...] er opferte alles, um nicht erneut Mißtrauen, Feindschaft, Intoleranz zu säen, um die Menschen nicht erneut in das Chaos eines Bürgerkriegs und neuer Erschütterungen zu stoßen« (Svetlana Šolochova: *K istorii nenapisannogo romana*. In: *Šolochov na izlome vremeni. Stat'i i issledovanija. Materialy k biografii pisatelja. Istoričeskie istočniki »Tichogo Dona«. Pis'ma i telegramy*. Moskau 1995. S. 109).

Dafür stehen ihm seine großartigen Charaktere⁴ zur Verfügung, und die wichtigsten von ihnen zeichnen sich durch die Verbindung von Tatkraft und sensibler Reflexivität aus, durch die Fähigkeit, sich in entscheidenden Momenten des Lebens auf das allein Wesentliche zu besinnen. Daher kann, was uns da mit den vergegenwärtigenden Mitteln der Kunst vor Augen geführt wird, über den Anlaß und die geschilderte Zeit hinaus exemplarische Bedeutung erlangen. Und es ist geeignet, unseren Blick zu klären, weil Scholochow jegliche Mythenbildung fremd ist, wie man sie oft in Kriegsdarstellungen findet. Seiner strengen Auffassung von individueller Verantwortung folgend, konterkariert er gerade in den überschaubaren Maßstäben des »lokalen« Bürgerkrieges jegliche Abdelegierung und Anonymisierung von Täterschaft und Schuld. Bei Grigori Melechow, dem Haupthelden des Romans, gibt es einen Satz, über den ich früher hinweggelesen habe, dessen großes Gewicht mir erst jetzt aufgegangen ist. Im Moment einer tiefen Krise, die ihn ergreift, nachdem er während einer Attacke vier rote Matrosen blindwütig niedergesäbelt hat, bekennt er im Gespräch seine moralische Schuld und sagt (im russischen Original): »Неправил'ныj u žizni chod, i, možet, i ja v ètom vinovatyj [...]« In der deutschen Werkausgabe (Volk und Welt) wird durch (versehentliche?) Aussparung des »i« (»und«) der Satz sogar noch wuchtiger: »Das Leben ist vom Weg abgekommen, [und] vielleicht bin ich selbst daran schuld [...]«⁵ Im enormen Anspruch dieses Satzes, dem Anspruch auf moralische Mitverantwortung für einen verhängnisvollen gesellschaftlichen Vorgang, erkennen wir den Autor wieder, darin ist ihm Melechow zutiefst verwandt. Aus dieser Haltung heraus werden Geschehnisse in den Bürgerkriegskapiteln, die viele in ihren Strudel reißen, nach ihren Anfängen befragt, ihre Anatomie wird bloßgelegt – und mit alledem gelangen die moralischen Implikationen und Verwicklungen der jeweils handelnden Seite auf den Prüfstand. Ich will versuchen, dies in der gebotenen Kürze an ein paar Beispielen zu veranschaulichen.

-
- 4 Bereits Georg Lukács hat (1949) bewundernd von der »Wucht, Plastizität und Tiefe der Menschendarstellung« gesprochen (siehe Georg Lukács: Scholochow: »Der stille Don«. Epos des Bürgerkriegs im Kosakenland. In: Georg Lukács: Der russische Realismus in der Weltliteratur. Berlin 1952. S. 391). Übrigens ist dies eines der stärksten Argumente für die Autorschaft Scholochows, denn keiner der hypothetisch als »wahrer« Verfasser des »Stillen Don« veranschlagten Autoren kann ihm in dieser Beziehung das Wasser reichen.
- 5 Michail Scholochow: Der stille Don. Drittes Buch. 9. Aufl. Berlin 1975. S. 320 (im folgenden werden hinter den dieser Ausgabe entnommenen Zitaten Band und Seite in Klammern angefügt).

In den Bürgerkriegskapiteln wiederholen sich und beziehen sich in auffälliger Weise aufeinander Szenen, in denen wir miterleben, wie die jeweiligen Machthaber oder momentanen Sieger mit Gefangenen der Gegenseite oder mit wehrlosen Menschen aus der Dorfbevölkerung verfahren – allgemein gesprochen: wie mit verfügbaren Menschenleben umgegangen wird. Und es ist nicht nur die eigentümlich brennende Neugier, die kochende Erregung einer innerlich stark beteiligten Figur wie Grigori Melechow, die auch unseren Blick bannt. Dahinter steht vielmehr die Sensibilität eines Schriftstellers, für den die Wertschätzung des Lebens ganz allgemein und der Einmaligkeit und Unwiederbringlichkeit jeder einzelnen menschlichen Existenz im besonderen ganz obenan stehen. Scholochow läßt uns gleichsam jeden Todesgang, jedes einzelne Sterben schmerzhaft durchleben. Die schonungslose Genauigkeit seiner Darstellung in solchen Szenen ist kein an Grausamkeiten sich weidender Naturalismus, es ist eine Stimme gegen das zur Gewohnheit verkommene Massentöten! Das gilt auch für jene schreckliche Szene, wo der rote Kommandeur Podtjolkow – wie wir wissen, eine authentische Figur – vierzig weißgardistische Offiziere niedersäbeln und erschießen läßt und selber als erster dreinschlägt. An diesem Beispiel läßt sich belegen, wie Scholochow, seiner Absicht folgend, den von Zeitzeugen berichteten Vorgang verändert und zugespitzt hat. In Wirklichkeit hatte sich das Ganze daraus entwickelt, daß die Offiziere zu fliehen versuchten, dabei waren die meisten entkommen und nur neun (!) getötet worden. Bei Scholochow sind es, wie gesagt, vierzig, und von Flucht ist keine Rede, es handelt sich um einen blindwütigen Exzeß der Gewalt. In der sowjetischen Literaturwissenschaft wurde dem Autor diese »Abweichung« von der Wirklichkeit angekreidet, und die Zensur strich ihm noch 1953 jene Textstelle heraus, wo es über Podtjolkow heißt, sein Verhalten zu den ihm unterstellten Kosaken habe sich in letzter Zeit geändert: »in seiner Stimme lag bereits ein Ton von Überheblichkeit. Die Macht war dem von Natur schlichten Kosaken zu Kopf gestiegen« (2, 267).

Für Scholochow spielt es keine Rolle, ob es sich im Sinne der Romanhandlung um bedeutende Figuren handelt oder um solche, die nur das eine Mal als Opfer und Todgeweihte erscheinen. Ich greife jene stille Episode heraus, wo beschrieben wird, wie man die sieben alten Männer aus dem Chutor schafft, die angeblich wegen Verweigerung einer Kontribution nach Wjoschenskaja gebracht werden sollen, man wird sie dort am nächsten Tag auf Befehl des Revolutionskomitees erschießen. Wir sehen die Sieben, wie sie, von zwei Milizsoldaten eskortiert, langsam dem Ochsenschlitten hinterhergehen, sehen, wie einer noch seine Opanken festbindet, zwei rau-

chen, einer sich am Schlitten festhält – und über den letzten, mit Namen Bogatyrjow, heißt es: »Der Gegenwind wehte die Spitzen seines Patriarchenbartes nach hinten und schwenkte wie zum Abschied die Fransen seines über die Schultern geworfenen Schals [...]« (3, 178f.).

Eine kleine Episode – scheinbar am Rande. Doch sie ist so plaziert, daß man fast meinen könnte, es sei gerade der Tod dieser Sieben gewesen, der im Frühjahr 1919 den großen konterrevolutionären Kosakenaufstand ausgelöst habe – und nicht, wie Scholochow in seinem bekannten Brief an Gorki vom 6. Juni 1931 schreibt, die Erschießung von zweiundsechzig Kosakenältesten in Migulinskaja oder von mehr als vierhundert Kosaken innerhalb von sechs Tagen in Kasanskaja und Schumilinskaja.⁶ Nein, gerade der scheinbar so unbedeutende Vorfall hat im Roman ein Nachspiel, er löst eine Kontroverse aus und fordert offizielle Erklärungen heraus, so daß er den Rang eines exemplarischen Falles erlangt. Scholochow sorgt für die nötige hochrangige Präsenz: Just zu dem Zeitpunkt, als der Vorsitzende des Revolutionskomitees im Chutor, Iwan Alexejewitsch, ein einfacher, integrierter Mann aus der Arbeiterschaft, zu seinem Schrecken von der Erschießung der Sieben erfährt (er hatte nur an Haft gedacht), ist ein alter Bekannter im Dorf aufgetaucht: Stockmann, Berufsrevolutionär alter bolschewistischer Schule, nunmehr in der Politabteilung der Armee tätig. Von ihm will Iwan Alexejewitsch wissen, wieso man die Alten kurzerhand töten ließ. Stockmann war seit Haft und Verbannung nicht mehr im Dorf, er kennt wohl auch kaum einen von den Alten, doch er erkundigt sich auch nicht nach dem Vorgang – vielmehr hält er den Anwesenden sogleich einen Vortrag, in dem er ohne zu zögern, »Kulaken« und Atamane als feindliche Drahtzieher benennt, und er endet mit der Beschimpfung seines proletarischen Mitkämpfers als flennender »Intelligenzler« und mit der Losung: »Entweder sie uns – oder wir sie! Ein Drittes gibt es nicht.« (3, 183) Doch damit nicht genug. Auf einer anschließenden Dorfversammlung verlangt einer der Kosaken Aufklärung über die Sieben. Man könne ja, so sagt dieser, durchaus die Bestrafung des reichen Korschunow akzeptieren, aber warum die anderen? »Sie waren ebensolche Leute wie wir, ungebildet, einfach, gerade.« (3, 192) Da zückt Stockmann eine ihm vorliegende Liste mit den Namen der Erschossenen und dazugehörigen »Begründungen«. Diese Liste hat – was Stockmann wohl gar nicht weiß – Mischka Koschewoi verfaßt – ein naiver Dorfbursche aus ärmlichen Verhältnissen, dem

6 Siehe Maxim Gorki: Briefwechsel mit sowjetischen Schriftstellern. Hrsg. von Ilse Idzikowski. Berlin 1984. S. 405.

unter der alten Obrigkeit manche Erniedrigung widerfahren war und der daher hinreichend mit Rachegefühlen aufgeladen ist. Die »Begründungen« auf dieser nach Gutdünken verfaßten Liste sind von der Art wie: »legte Schulterstücke an, brüllte auf der Straße gegen die Sowjetmacht [...]« (3, 194) Diese »Begründungen« liest nun Stockmann vor und gibt ihnen damit sozusagen die höheren Weihen revolutionärer Gerichtsbarkeit. Die Genesis des Falles offenbart, wie wir sehen, ein ineinandergreifendes Räderwerk zwischen plebejischem Vergeltungsdrang an der »Basis«, Skrupellosigkeit im Apparat der Macht und revolutionärer Phrase. Alles in allem ein todbringender Mechanismus, der sich während des Stalinschen Terrors erneut »bewährte«.

Mir bleiben noch ein paar resümierende Bemerkungen. Worauf – so werden an dieser Stelle manche fragen wollen – lief für Scholochow der Bürgerkrieg letztlich hinaus? Gab es nicht auch positive Bilanzpunkte? Man könnte das von Scholochow gezogene Resümee vielleicht in zwei Sätzen sehen, die konträr zueinander stehen, aber die Lage aus der Sicht der dreißiger Jahre, als der Roman abgeschlossen wurde, wohl zutreffend kennzeichnen. Der erste Satz ist eine Äußerung Grigori Melechows, die offenbar auch der Auffassung des Autors entspricht, weil sie sich in anderen Texten von ihm abgewandelt wiederholt: Die Kosaken seien es nach allem, was sie erlebten, »nicht mehr gewohnt, die Hand an die Mütze zu legen und vor den Hochwohlgeborenen strammzustehen [...]« (4, 57) Es wird also ein emanzipatorischer Gewinn konstatiert. Der andere Satz wird geäußert, als der Krieg im großen und ganzen schon vorbei ist. Ein alter Mann, der sich einfach als »Flüchtling« bezeichnet, kehrt bei einem Bauern ein, bittet um ein Nachtlager, es wird ihm gewährt, und er erzählt, was er erlebt hat, als er, wie er sagt, »immerzu auf der Flucht« war, »bis ans Meer«. Und in dieser fast biblisch-archetypischen Szene (die durch den Vergleich mit dem Schicksal der »über die ganze Welt verstreuten« Juden einen zusätzlichen Akzent erhält) zieht der Hauswirt das Fazit: »Der Mensch ist billig geworden in der Revolution« (4, 306).

Die beiden Sätze bilanzieren nicht nur – sie stehen auch in ihrem Widerspruch für zwei mögliche, miteinander ringende oder einander ausschließende Entwicklungen, die Scholochow in den dreißiger Jahren sah: Emanzipation oder Entwertung des Menschen. Als wahrheitsliebender Realist ließ er seine Aussage in der Schwebe. Für welche von beiden Entwicklungen er sich nach Kräften, wenn auch nicht frei von Illusionen, eingesetzt hat – das bedarf keiner Erläuterung, doch es ist schon ein anderes Thema.

GERHARD WAPPLER

Auswirkungen der Oktoberrevolution 1917 auf das sowjetische Musikschaffen

Wenn uns besonders in diesen Tagen die Auseinandersetzung mit Fragen der Russischen Revolution von 1917 bewegt, bietet sich an, auch einen Blick auf das sowjetische Musikschaffen zu richten, das in Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion zu sehen ist. Bei der Fülle des Stoffes können sich meine Ausführungen nur auf wenige Beispiele beschränken.

So läßt sich besonders an den Entwicklungswegen *Sergej Prokofjews* und *Dmitri Schostakowitschs* aufzeigen, wie starke Charaktere mit großen fachlichen Fähigkeiten den Zugang zu den gesellschaftlichen Tagesfragen suchen und sich mit diesen auseinandersetzen, wie sie kurzsichtige, unsachliche Kritiken der herrschenden sowjetischen Staatsmeinung hinnehmen mußten und wie sie dennoch mit den von ihnen geschaffenen Werken – unbeirrt und standhaft – höchste internationale Anerkennung gefunden haben.

Lassen Sie mich unterstreichen, daß es daneben auch noch viele andere russische Musikerpersönlichkeiten – Komponisten und Interpreten – gegeben hat, die das sowjetische Musikschaffen auf der Basis von eigenständigen nationalen Musiktraditionen ganz wesentlich mitgeprägt haben und deren Meisterschaft weltweit unumstritten bleibt.

Da wären z. B. noch zu nennen: *Aram Chatschaturjan* (wer kennt nicht sein Ballett »Gajaneh« und den Säbeltanz oder seine Orchestersuite »Maskerade«?), *Dmitri Kabalewski* (seit 1952 Vorstandssekretär des Sowjetischen Komponistenverbandes und Komponist der »Komödianten-Suite« sowie eines Violinkonzertes, das so ziemlich jeder Violinstudent zu Beginn seines Hochschulstudiums kennenlernt), *Isaak Dunajewski* und *Juri Milju-tin* (sie stellten der weltweit die Bühnen beherrschenden Wiener Operette mit »Freier Wind«, »Die Brautschau«, »Trembita« und »Kuß der Juanita« sowjetische Operetten zur Seite, die vom Publikum begeistert aufgenommen wurden).

Als internationale Maßstäbe setzende Interpreten sind aus sowjetischen Musikausbildungsinstituten hervorgegangen: *David Oistrach*, *Lew Oborin*, *Swjatoslaw Richter*, *Emil Gilels*, *Mstislaw Rostropowitsch* und andere.

Doch zurück zu *Prokofjew*.

Sein Lebens- und Schaffensweg zeigt einen hervorragenden Künstler (Komponist und Interpret zugleich), der – seiner Heimat verbunden – sich mit sozialistischen Ideen auseinandersetzte und äußerst bedeutungsvolle Werke schuf, die in der Sowjetunion unter dem seit 1932 existierenden Begriff des »sozialistischen Realismus« verstanden wurden.

Anatoli Lunatscharski, der erste Kommissar für Volksbildung der RSFSR, eine hervorragende Persönlichkeit der sowjetischen Kultur und Mitsstreiter W. I. Lenins, wohnte im April 1918 einem Konzert bei, in welchem Prokofjew zum ersten Mal seine »Klassische Sinfonie« aufführte. Der russische Maler und Kunstkritiker Alexander Benois und Maxim Gorki machten Prokofjew mit Lunatscharski bekannt. Dabei ergab sich, wie Prokofjew später in seiner Autobiographie mitteilt, folgendes Gespräch zwischen ihm und Lunatscharski:

»Ich hatte lange gearbeitet und möchte jetzt ein bißchen frische Luft schöpfen.« »Finden Sie nicht, daß wir hier jetzt genug frische Luft haben?« »Ja, aber ich meine die physische Luft der Meere und Ozeane.« Lunatscharski dachte ein wenig nach und sagte dann belustigt: »Sie sind Revolutionär in der Musik, und wir sind es im Leben – wir müßten zusammenarbeiten. Aber wenn Sie nach Amerika wollen, werde ich Ihnen nichts in den Weg legen.«¹

Und Prokofjew kommentiert seinen Schritt in die Fremde mit folgenden Worten: »Auf diese Weise ließ ich mir die Möglichkeit entgehen, an dem Aufbau des sowjetischen Lebens tätigen Anteil zu nehmen [...] und ging am 7. Mai 1918 auf die Reise, wie ich glaubte, nur für einige Monate.«² Es ist ersichtlich, daß Prokofjew durchaus nicht vor den jüngsten politischen Ereignissen in Rußland die Flucht ergriff, sondern sich in Amerika und Westeuropa künstlerisch vervollkommen wollte.³

In der Zeit des Auslandsaufenthaltes führte Prokofjew eine rege Korrespondenz, mit der er einerseits die sowjetischen Leser mit der Lage des

1 Sergej Prokofjew: *Dokumente, Briefe, Erinnerungen*. Leipzig 1965. S. 148.

2 Ebenda.

3 Siehe auch Jörg Antretter: Zum 100. Geburtstag des Komponisten Sergej Prokofjew. In: »Tribüne«. Berlin vom 24. April 1991. Er schreibt: »Doch Sergej Sergejewitsch wollte sich zunächst in Amerika und Westeuropa künstlerisch vervollkommen, eine wohl durchaus legitime Absicht jedes aufstrebenden Musikers. Daraus nun unbedingt eine Flucht zu konstruieren, wie es heute gern geschieht, halte ich aus den gegebenen Umständen für nicht sonderlich seriös, zumal wenn man den internationalen Charakter der Musik und ihrer Interpreten so gern beschwört.«

ausländischen Musiklebens bekanntmachte und mit der er andererseits die Leser im Ausland über Namen und Werke der neuen sowjetischen Komponisten informierte.

Sergej Djaghilew, der Organisator und Inspirator des russischen Modernismus im Ausland, überraschte nun im Sommer 1925 Prokofjew mit dem Vorschlag, ein Ballett auf einen *sowjetischen* Stoff zu komponieren. Prokofjew willigte erfreut ein und fand dazu folgende Worte: »Ich traute meinen Ohren nicht. Für mich war es wie ein Fenster, durch das frische Luft hereinkam, von der Lunatscharski gesprochen hatte.«⁴

Und so entstand »Der Tanz des Stahls«.

Die Premiere fand am 7. Juni 1927 in Paris statt, »und zwar« – ich zitiere wieder Prokofjew – »wie alles bei Djaghilew, in blendender Ausstattung und unter großem Beifall des Publikums. Die französische Presse meinte: ›Ein sonderbares Werk, vom Titel bis zur Musik und Choreographie; ob es vielleicht an die Stelle des ›Lebens für den Zaren‹ treten wird?‹⁵ Die reaktionären Emigranten-Zeitungen trampelten mit den Füßen: ›Eine giftige Blume von den Dienern des Proletkults‹. Strawinski regte sich darüber auf, daß die Hämmer laut auf der Bühne aufschlugen. Die Jugend war hingerissen. Am 4. Juli fand die Erstaufführung in London statt. Alle Lords saßen in ihren Logen, von den Brillanten taten einem die Augen weh. ›Das bis auf den letzten Platz ausverkaufte Haus klatschte begeistert‹, schrieben die Zeitungen. ›Sergej Prokofjew verdient seine Berühmtheit. Als Apostel des Bolschewismus hat er nicht seinesgleichen.‹ – ›Prokofjew reist durch unsere Länder, weigert sich aber, nach unserer Art zu denken.«⁶

Typisch für Prokofjew war, daß er die Kontakte mit Maxim Gorki und Wladimir Majakowski beibehielt. Beide hatte er 1917/1918 in Petrograd kennengelernt. Bedeutungsvoll waren die Wiederbegegnungen mit Majakowski 1922 in Berlin und mit Gorki 1926 in Neapel und 1932 in Moskau.

Gorki hatte immer großes Interesse für die Kompositionen Prokofjews gezeigt. Und Prokofjew schrieb über Gorki: »Jede Begegnung hinterließ einen tiefen Eindruck auf mich. Ich wurde mir nicht nur deutlich bewußt, welch einen großen Dichter ich vor mir hatte, sondern, was mich am meisten in Bewunderung versetzte, war seine eminent humanistische, wahrhaft menschliche Weltanschauung [...] Als wir uns das letzte Mal in

4 Sergej Prokofjew: Dokumente, Briefe, Erinnerungen. Leipzig 1965. S. 161.

5 Es handelt sich um die seinerzeit vom Zaren befohlene und bis zur Oktoberrevolution beibehaltene Umbenennung der Oper »Iwan Sussanin« von Glinka.

6 Sergej Prokofjew: Dokumente, Briefe, Erinnerungen. Leipzig 1965. S. 167.

Moskau unterhielten, fragte ich ihn, was für eine Musik wir jetzt brauchen: ›Das müssen Sie selbst wissen‹, lächelte er. ›Alle sind der Meinung‹, sagte ich, ›daß unserem neuen Leben entsprechend vor allem eine lebens- und kraftvolle Musik geschrieben werden muß.‹ – ›Aber auch eine zärtliche und zu Herzen gehende‹, fügte er hinzu.⁷

Es gibt keinen Zweifel, daß Gorkis humanistische Gesinnung die Haltung Prokofjews entscheidend mitgeformt hat und daß Gorkis Hinweis auf »Zärtliches« und »zu Herzen Gehendes« in den wunderschönen Lyrismen Prokofjews, wie sie besonders in den Werken der dreißiger und vierziger Jahre ausgeprägt sind, mittönt.⁸

In einem Gespräch mit dem französischen Kritiker George Moreux, das 1933 in Paris geführt wurde, äußerte Prokofjew: »Die Luft der Fremde bekommt meinem Schaffen nicht, weil ich Russe bin, und das Unbekömmlichste für einen Menschen wie mich ist es, im Exil zu leben, in einem seelischen Klima zu bleiben, das meiner Herkunft nicht entspricht [...] Ich muß mich wieder in die Atmosphäre meines Heimatbodens einleben. Ich muß wieder den wirklichen Winter sehen und den Frühling [...] Ich muß die russische Sprache in meinem Ohr widerhallen hören, ich muß mit den Leuten reden, die von meinem eigenen Fleisch und Blut sind, damit sie mir etwas zurückgeben, was mir hier fehlt: ihre Lieder, meine Lieder. Hier werde ich entnervt. Ich bin in Gefahr, am Akademismus zugrunde zu gehen. Ja, mein Freund, ich gehe zurück!«⁹

In diesem Gespräch bringt Prokofjew zum Ausdruck, daß sich der Kunstbetrieb des Westens, dem er im Exil ausgesetzt ist, negativ auf sein Schaffen auswirkt und daß er jetzt ganz stark heimatliche Volksnähe sucht.¹⁰

7 Ebenda. S. 202.

8 Gestützt wird diese Vermutung durch Prokofjews Aussagen in seiner Autobiographie. Dort heißt es: »In der Lyrik hatte ich lange Zeit gar keinen Erfolg, und sie entwickelte sich, nicht ermuntert, recht langsam. Dafür legte ich später auf sie immer größeren Wert.« (siehe ebenda. S. 137). – Auch Ellen Kohlhaas zitiert in diesem Sinne Prokofjew in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Lange Zeit wurde mir jede lyrische Begabung abgesprochen. Aber im Laufe der Zeit pflegte ich diese Seite meines Schaffens immer mehr und mehr.« (»Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 29. Juli 1997).

9 Israil Nestjew: Prokofjew. Der Künstler und sein Werk. Berlin 1962. S. 232.

10 Das 1991 veröffentlichte »Sowjetische Tagebuch 1927« von Prokofjew gibt vom Standpunkt des aus der Fremde in die Heimat Zurückgekehrten neue Sicht. Friedbert Streller schrieb Anfang 1994 in der »Sächsischen Zeitung«: »Bei aller Sachlichkeit schwingt eine innere Bewegtheit mit. Sie läßt ahnen, warum sich der Komponist trotz Einsicht in die Probleme, auf die er sich einließ, trotz aller Warnungen von vor ihm ...

So kehrt er nach fünfzehn Jahren Auslandsaufenthaltes in seine Heimat zurück, in der er nun mit Veröffentlichungen wie »Was ich für einen Stoff suche«,¹¹ »Wege der sowjetischen Musik«¹² und »Die sowjetische Musik und das Arbeiterpublikum«¹³ in den sowjetischen Alltag eintrat und mit *seinen* Mitteln an der weiteren Gestaltung des sowjetischen Musiklebens teilnahm.

... Heimgekehrten entschloß, sich in diesem Land endgültig niederzulassen – in dem gerade in jenen Jahren die stalinistische Liquidationswelle anrollt. Es war bestimmt kein politisches Bekenntnis, aber ein menschlich-künstlerisches, auch ein seinen Freunden zugewandtes.« (»Sächsische Zeitung«, Dresden vom 22./23. Januar 1994). – Derselbe Autor vermutet drei Jahre später (siehe »Sächsische Zeitung«, Dresden vom 28. Januar 1997): »Vielleicht hat ihn doch etwas von dem sozialistischen Experiment interessiert – und war es nur das andere, günstigere, ihn materiell absichernde Musikleben.«

- 11 Sergej Prokofjew: Dokumente, Briefe, Erinnerungen. Leipzig 1965. S. 196. Dort heißt es: » Ich suche einen Stoff, der den positiven Anlauf zum Gegenstand hat, eine Eroika des Aufbaus, den neuen Menschen darstellend, den Kampf und die Überwindung der Hindernisse. Mit solcher Einstellung, mit solchen Erlebnissen möchte ich große musikalische Gemälde anlegen«. Und weiter: »In meinem Hang zur sowjetischen Thematik bestärkt mich außerdem die für die gegenwärtige westliche Musik so charakteristische Sackgasse, in welche ihre Stoffe geraten sind.« Und schließlich: »Während meines kurzen Verweilens in der Sowjetunion überraschten mich zwei Dinge – die nie dagewesene schöpferische Aktivität der sowjetischen Komponisten, die ich aufmerksam nach dem, was mir nach Paris nachgeschickt wird, verfolge, und zweitens das ungeheure Anwachsen des Musikinteresses überhaupt, das sich so offensichtlich in den breiten Schichten der vollständig neuen Zuhörerschaft, die jetzt die Konzertsäle füllt, gebildet hat. Mit dieser neuen Zuhörerschaft in die engste Verbindung zu treten, wird nach meiner Rückkehr mein eigentliches Anliegen sein.« – Siehe auch Jörg Antretter: Zum 100. Geburtstag des Komponisten Sergej Prokofjew. In: »Tribüne«. Berlin vom 26. April 1991. Er glaubt, »daß Prokofjews Absicht, dem ungeheuer anwachsenden Musikinteresse großer Hörerkreise mit entsprechenden Werken Rechnung zu tragen, ehrlich gemeint war«.
- 12 Ebenda. S. 199. Prokofjew schreibt: »Vor allem muß *große* Musik geschrieben werden, das heißt solche, in der sowohl die Idee als auch die technische Gestaltung der Größe unserer Epoche angemessen sind [...] Leider besteht dabei für unsere heutigen sowjetischen Komponisten die nicht geringe Gefahr, sich ins Provinzielle zu verlieren. Wenn aber der Komponist sich großer Musik zuwendet, so hat er zu bedenken, daß in der Sowjetunion Millionen von Menschen von der Musik erfaßt werden, die ihr früher fern oder mit ihr nur in schwacher Berührung standen.«
- 13 Ebenda. S. 200. Hier ist zu lesen: »Das Interesse unseres Arbeiterpublikums an sowjetischer Musik hat in letzter Zeit außerordentlich zugenommen [...] Es muß nur eine entsprechend große Sorgfalt bei der Auswahl der Programme an den Tag gelegt werden. Sie dürfen nicht über die Maßen schwierig, »ausgeklügelt« sein. Ebenso sind aber durchaus solche pseudovolkstümlichen Werke zu vermeiden, die häufig nichts als schlechter Geschmack sind.«

Seinen eigenen ästhetischen Anschauungen folgend, bereicherte Prokofjew das sowjetische Musikschaffen bedeutend. In den letzten zwanzig Jahren seines Wirkens schuf er hervorragende Werke, z. B. das Sinfonische Märchen für Kinder »Peter und der Wolf«, Ballette (u. a. »Romeo und Julia«), Opern, Kantaten, Filmmusiken, Schauspielmusiken, seine letzten drei großen Sinfonien, bedeutende Klaviersonaten, Solokonzerte und anderes mehr. Viele dieser neuen Werke trugen dazu bei, Prokofjews Ansehen in der Musikwelt und zugleich das des sowjetischen Musikschaffens wesentlich zu stärken.

Wir wollen nun an Hand des Lebens- und Schaffensweges von *Schostakowitsch* jene unheilvollen »Formalismus«-Debatten und ZK-Beschlüsse der KPdSU aus den Jahren 1936 und 1948 beleuchten, die auch Prokofjew große Probleme bereiteten und Aufführungen behinderten oder unmöglich machten.

Der um 15 Jahre jüngere Schostakowitsch ist quasi mit der Oktoberrevolution aufgewachsen und auch als hochbegabter künstlerischer Nachwuchs in der neuen Gesellschaftsordnung entsprechend gefördert worden.

13jährig begann er auf Empfehlung Glasunows mit dem Musikstudium am Petrograder Konservatorium. Als Komponist machte er schon 1926 mit seiner noch traditionsgebundenen 1. Sinfonie erstmals auf sich aufmerksam.

In der Auseinandersetzung mit der Neuen Musik Westeuropas entstanden u. a. die 2. Sinfonie 1927 (anlässlich des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution), die 3. Sinfonie 1929 (auf den 1. Mai) und die Opern »Die Nase« und »Lady Macbeth des Mzensker Kreises«.

Schostakowitsch geriet schon als junger Komponist in eine Entwicklung, die – ausgehend von einem ZK-Beschluß im Jahre 1932 – zwar Orientierungen auf realistische Schaffensprinzipien vorsah, aber in den folgenden Jahren zunehmend diktatorischen kulturpolitischen Ausrichtungen durch Partei und Staat ausgesetzt war, »deren Ursachen in immer weiter um sich greifenden Formen des Personenkults in allen Lebensbereichen, auch in der Kunst, zu suchen sind [...]«¹⁴

So bedeuten schließlich die Prawda-Artikel »Chaos statt Musik« (über Schostakowitschs Oper »Lady Macbeth«) und »Ballett-Verlogenheiten« (über Schostakowitschs Ballett »Der klare Bach«) – erschienen im Januar und Februar 1936 – einen entscheidenden negativen Einschnitt, vor allem

14 Eckart Kröplin: Frühe Sowjetische Oper. Schostakowitsch. Prokofjew. Berlin 1985. S. 31.

für den Bereich der Bühne. Als äußerst unproduktiv und hemmend erwiesen sich dabei die mit der Realismus-Debatte zugleich aufkommenden Diskussionen um Fragen des »Formalismus«.

Schostakowitschs »Lady Macbeth« wurde als Präzedenzfall offiziell als bourgeois, dekadent und abstrakt formalistisch kritisiert und diffamiert. Schostakowitsch wurde dadurch in eine persönliche schwere Krise gestürzt. Er hatte Furcht vor weiteren Repressalien, die in dieser Zeit Stalinischer Säuberungen und Schauprozesse durchaus lebensbedrohend sein konnten. Er wurde in Angst und Schrecken versetzt. Der Theaterwissenschaftler und Kritiker Isaak Glikman, Freund und Herausgeber von Briefen, die Schostakowitsch zwischen 1941 und 1974 ihm geschrieben hatte, spricht in diesem Zusammenhang vom »traumatischen Schlüsselerlebnis Schostakowitschs«. ¹⁵ Die »Lady Macbeth«, die bereits erfolgreich über die Bühnen in Leningrad, Moskau und auch im Ausland ging, wurde von den sowjetischen Spielplänen verbannt. Erst Jahrzehnte später legte Schostakowitsch eine Neufassung der Oper vor, jetzt unter dem Titel »Katerina Ismailowa«, deren erste Aufführung 1963 erfolgte.

Unter dem Eindruck dieser bedrückenden Erlebnisse zog Schostakowitsch nach der Hauptprobe auch seine 1936 entstandene 4. Sinfonie zurück; er brachte sie erst 1962 zur Uraufführung. Zu diesem Sachverhalt äußert sich sein Sohn Maxim in einem aufschlußreichen Gespräch. Auf die Frage: »Hat Ihr Vater mit Ihnen über diese Zeit und seine Arbeit an der Sinfonie gesprochen?« antwortete er: »Ja. Von ihm habe ich erfahren, wie schwer die Zeit für ihn war. Er stand unter starkem Druck der Regierung und der Partei. Er konnte nicht mehr richtig schlafen aus Angst, daß ihn die Gulag-Leute abholen. Er befürchtete weitere Repressionen. Er fühlte, daß es nicht die Zeit war, die Sinfonie aufzuführen. Die Zeit damals war sehr kompliziert [...]« ¹⁶

Für Schostakowitsch spricht, daß er sich durch die niederschmetternde und unsachliche Kritik nicht aus dem Gleise werfen ließ, sondern nach Wegen suchte, die neue kulturpolitische Richtung in Einklang zu bringen mit seinen eigenen künstlerischen Vorstellungen. So entstand seine 5. Sinfonie, mit der er triumphalen Erfolg erntete, in der er aber dennoch sich

15 Zitiert in Liesel Markowskis Beitrag: Über Versuche, ein neues Bild vom Komponisten Dmitri Schostakowitsch zu zeichnen. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 19. Juli 1996.

16 Christiane Wilhelm: Mit Maxim Schostakowitsch im Gespräch. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 8./9. Juni 1996.

und seinen Schaffensprinzipien treu blieb. Der Musikwissenschaftler und Musikkritiker Werner Wolf bemerkt dazu: »Wer heute die 1937 als Antwort auf jene Kritiken geschaffene fünfte Sinfonie aufmerksam hört, wird tief davon berührt, welch bewegendes und auch schmerzliches Ringen sich da vollzog und heute nachvollzogen werden kann.«¹⁷

In den Kriegsjahren erlebte Schostakowitsch hautnah die Aggressivität des deutschen Faschismus während der Belagerung Leningrads. Es entstand seine 7. Sinfonie – die »Leningrader«. Unermeßliches Leid während des Krieges floß ein in sein persönliches Leiden und wurde zu ergreifender künstlerischer Expression geführt. Auch Prokofjew reihte sich ein in die Schar jener Künstler, die sich gegen den Faschismus engagierten und den Patriotismus ihres Volkes stärkten.

Angesichts der Erfolge, die vor allem Schostakowitschs Werke im westlichen Ausland hatten, kam erneute heftige Kritik vom ZK am 10. Februar 1948. Sie richtete sich nicht nur gegen Schostakowitschs 9. Sinfonie, ein ironisch gebrochenes, keineswegs unproblematisches Werk, sondern betraf auch eine ganze Reihe von Prokofjews Kompositionen. Und es gab eine Anordnung vom sogenannten »Repertoire-Komitee« über nicht mehr aufzuführende und von den Spielplänen auszuschließende Werke.

Das, was jetzt geschah, glich – nach den Worten der Sängerin Galina Wischnewskaja, der Ehefrau Rostropowitschs – »einer öffentlichen Hinrichtung« Schostakowitschs.¹⁸ Von da an ist in seinem Verhalten eine Zweigleisigkeit festzustellen: Einerseits erscheint er persönlich verschlossen – andererseits betätigt er sich rege in der Öffentlichkeit. Er hält sich jetzt an die »Spielregeln«, von denen sein Sohn Maxim spricht: »In einem totalitären Staat gibt es Spielregeln. Wenn man nicht eingesperrt werden wollte oder um sein Leben fürchten mußte, in der Heimat blieb, aber auch nach Anerkennung strebte, mußte man sie einhalten.«¹⁹

Erst nach dem Tode Stalins – er starb am 5. März 1953, merkwürdigerweise am selben Tag (!) wie Prokofjew – und erst mit der allmählichen Überwindung des »Personenkults« nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 sowie nach dem Beschluß des ZK zu Fragen der Musik und

17 Werner Wolf: Zum 80. Geburtstag des sowjetischen Komponisten Dmitri Schostakowitsch. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 25. September 1986.

18 Liesel Markowski: Über Versuche, ein neues Bild vom Komponisten Dmitri Schostakowitsch zu zeichnen. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 19. Juli 1996.

19 Christiane Wilhelm: Mit Maxim Schostakowitsch im Gespräch. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 8./9. Juni 1996.

Oper vom 28. Mai 1958 kam es zur politischen Entspannung, die sich auch auf allen Gebieten der Kunst positiv auswirkte.

Interessant ist, wie Schostakowitsch nach dem Tode Prokofjews die Haltung Prokofjews beurteilt. Er schreibt: »Aber nicht blind unterwarf sich Prokofjew der Kritik. Auf Grund seines starken schöpferischen Eigenlebens verteidigte er ebenso unentwegt diejenigen seiner Werke, die seiner Meinung nach keinerlei Änderungen erforderten. So dachte er ungeachtet der scharfen Kritik an seiner Oper ›Semjon Kotko‹, an seiner Sechsten, Achten und Neunten Klaviersonate sowie an seiner Sechsten Symphonie nicht daran, eine einzige Note in diesen Werken zu ändern.«²⁰

Unerschütterlich in seiner humanistischen Haltung, befreit vom seelischen Druck, den er in all den Jahren der Drangsalierung ertrug, schuf Schostakowitsch neue bedeutende Werke, die sich seit 1960 wieder stärker auf die Frühzeit seines Schaffens besannen. Das »autobiographische« 8. Streichquartett, den Opfern des Krieges und des Faschismus gewidmet, geschaffen angesichts der Trümmer von Dresden, verdeutlicht diese Rückbesinnung durch Zitate aus früheren Werken (u. a. aus der Oper »Lady Macbeth«). Große, über das Musikalische hinausgehende Bedeutung gewannen die Sinfonien Nr. 10 bis 15. In den letzten drei Sinfonien wendete sich Schostakowitsch, schon von tückischer Krankheit gezeichnet, immer stärker Gedanken des Todes zu.

So vollendet sich eine große Persönlichkeit, die tief in der russischen Kultur wurzelt und ein Kind der Sowjetunion mit all ihren Problemen war. Mit der Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaftsordnung aufgewachsen, von der gesellschaftlichen Realität bitter enttäuscht und angefeindet, versuchte er durch die Übernahme von Ämtern und Funktionen, anderen zu helfen und Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken. »Glikman berichtet von solchen Bemühungen Schostakowitschs als Abgeordneter«, schreibt Liesel Markowski. »Sein ureigenes Feld der Wahrheit und Ehrlichkeit hat er allerdings in seiner Musik gesehen. – Die schwarze Trauer, wie sie in der 14. Sinfonie zum Thema des Todes anklingt, läßt die Tragik und Verzweiflung des Komponisten in erschütternder übergreifender Menschlichkeit verständlich werden. Ist darin nicht auch die Verzweiflung eines Enttäuschten, der sich den Ideen des sozialistischen Gesellschaftsentwurfs verbunden fühlte, zu hören?« fragt sie.²¹

20 Sergej Prokofjew: Dokumente, Briefe, Erinnerungen. Leipzig 1965. S. 376f.

21 Liesel Markowski: Über Versuche, ein neues Bild vom Komponisten Dmitri Schostakowitsch zu zeichnen. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 19. Juli 1996.

Mit welchen Erkenntnissen und Gefühlen begehen wir nun nach dem wirtschaftlichen und politischen Untergang der Sowjet-Union und der Ostblock-Staaten den 80. Jahrestag der Oktoberrevolution?

Fakt ist, daß sich das sogenannte »realsozialistische« System am Ende eines mehr als 70jährigen Entwicklungsprozesses in der uns hinreichend bekannten Form als nicht lebensfähig erwiesen hat.

Nehmen wir an, daß es sich nach dem »Kommunistischen Manifest« 1848, nach der Hinrichtung der Kommunarden 1871 in Paris und nach dem brutalen Ende des Wirkens von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1919 um das tragische Ende eines von Lenin ausgelösten Versuchs der Weltgeschichte handelt, ist doch folgendes nicht zu übersehen:

Im künstlerischen Bereich dieses letzten historischen Zeitraumes, einem Bereich, der wegen seiner Spezifika weniger durchschaubar geblieben ist, aber dennoch heftigen ideologischen Bevormundungen ausgesetzt war, sind analog unterschiedlicher künstlerischer Begabungen und menschlicher Charaktere in einer Vielzahl von Produktionen weltweit hervorragende künstlerische Leistungen hervorgegangen. Diese aber haben sich durchaus als lebensfähig und bedeutend erwiesen.

Bleibt zu hoffen, daß die menschliche Gesellschaft in ihrer Entwicklung Formen findet, die in ihren sozialen und demokratischen Forderungen den Vorstellungen der Mehrheit des Volkes entsprechen, damit eine Basis geschaffen werden kann, auf der ohne Einschränkung und Diffamierung das humanistische, sozialistische Gedankengut und Empfinden des »kurzen 20. Jahrhunderts«²² akzeptiert wird und die möglicherweise neue großartige geistige und künstlerische Strömungen der Zukunft begünstigt: im Sinne einer positiven, menschlicheren Entwicklung und einer gesunden Welt.

22 Eric Hobsbawm: Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991. London 1994.

Zu den Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. sc. Helga Watzin-Heerdegen (geb. 1932); studierte von 1953 bis 1958 Geschichte an der Lomonossow-Universität Moskau und arbeitete dann als Assistentin bzw. Oberassistentin am Institut für Geschichte der Völker der Sowjetunion der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Sie promovierte 1964 und habilitierte 1981 jeweils zu Themen der sowjetischen Innenpolitik in der Nachkriegszeit. Ihre Lehrtätigkeit im Bereich für Geschichte Rußlands und der UdSSR endete 1991 mit der Auflösung des Lehrstuhls. Heute lebt Watzin-Heerdegen als Rentnerin in Leipzig.

Dr. Wladislaw Hedeler (geb. 1953); studierte Philosophiegeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; promovierte 1985 in Moskau mit einer Arbeit über Nikolai Bucharin. Hedeler gehört dem Redaktionskollegium von »Berliner Debatte Initial« an. Publiizierte u. a. zur Theorie- und Philosophiegeschichte in Rußland bzw. der Sowjetunion, darunter »Nikolai Bucharin. Leben und Werk« (Mainz 1993, zusammen mit Ruth Stoljarowa).

Prof. Dr. sc. Ernstgert Kalbe (geb. 1931); Studium der Geschichte und Bulgaristik in Leipzig, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa. 1961 zum Dozenten für Geschichte Südosteuropas, 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen. Kalbe legte zahlreiche monographische Veröffentlichungen vor, darunter »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus« (Berlin 1962), »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß« (Berlin 1963), »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa« (Berlin 1979), »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft« (Berlin 1981), »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus« (Berlin 1988), »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt« (Leipzig 1993).

Dr. Monika Runge, MdL (geb. 1950); studierte Philosophie und Geschichte und promovierte nach einem Forschungsstudium an der Universität Leipzig. Danach war sie an der Sektion für Philosophie bzw. dem Institut für Philosophie der Leipziger alma mater tätig, zuletzt von 1992 bis April 1994 im Rahmen eines Forschungsprojektes der »Deutschen Forschungsgemeinschaft«. Seit Oktober 1994 ist Runge Abgeordnete für die PDS im sächsischen Landtag und dort Vorsitzende des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten. In der PDS-Landtagsfraktion ist sie energiepolitische Sprecherin.

Prof. Dr. habil. Manfred Weißbecker (geb. 1935); war 1967–1992 Hochschullehrer an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Veröffentlichungen vor allem zur Geschichte des Natio-

nalsozialismus, der Weimarer Republik und des antifaschistischen Widerstandes, zum Rußlandbild in Deutschland, zur Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus, sowie zum Rechtsextremismus. Er ist Mitherausgeber von »Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830–1945« (Leipzig 1981) und des vierbändigen »Lexikons zur Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Vereine 1789–1945« (Leipzig 1983 bis 1986). Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören z. B. (zusammen mit Kurt Pätzold) »Hitler. Eine politische Biographie« (Leipzig 1995), »Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen« (Leipzig 1996), »Geschichte der NSDAO 1920–1945« (Leipzig 1998). Seit 1994 ist er Vorsitzender des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.

Doz. Dr. habil. Wolfgang Geier (geb. 1937); ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Nach dem Studium der Philosophie und Soziologie, der Promotion und Habilitation arbeitete er bis 1981 am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Seine Lehr- und Forschungsgebiete an der Leipziger Universität sind Kultursoziologie (Geschichte, Theorien, Methoden) und Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Er ist Präsident der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig und Herausgeber von »Kultursoziologie. Ambitionen, Aspekte, Analysen«. In jüngster Zeit veröffentlichte er (zusammen mit Balint Balla) »Zeitbrüche im Osten« (Wiesbaden 1994) und »Zur Soziologie des Postkommunismus« (Münster, Hamburg 1994).

Prof. Dr. sc. Sarkis Latchinian (geb. 1930); studierte Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Hochschule für Ökonomie in Sofia. Er promovierte 1962 und habilitierte 1970, jeweils an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1972 wurde er zum Hochschuldozenten und 1975 zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Universität Leipzig berufen und leitete diesen Wissenschaftsbereich von 1978 bis zu seiner Abwicklung 1990. Gastvorlesungen hielt er an den Universitäten Leningrad, Kiew, Jerewan, Warschau, Sofia, Addis Abeba, Paris, Lyon, Brügge, Leuven la Neuve und Konstanz. Seit 1982 ist er Autor, Mitautor und -herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen. Jüngste Arbeiten beschäftigen sich mit der westeuropäischen Integration, den Neuentwicklungen in der Weltwirtschaft und der Karabach-Problematik.

Prof. Dr. sc. Klaus Kinner (geb. 1946); studierte 1965–1969 Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig und konzentrierte sich in einem anschließenden Forschungsstudium auf Probleme der Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere der historiographischen und theoriegeschichtlichen Entwicklungen in KPD und Komintern. Davon zeugen zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, u. a. die Monographie »Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933« (Berlin 1982). Einer zweijährigen Tätigkeit als Sekretär der FDJ-Kreisleitung an der Leipziger Universität schloß sich eine Habilitation in Berlin an. Seit 1978 wieder in Leipzig, war Kinner als Oberassistent, Dozent und seit 1981 als ordentlicher Professor am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität tätig. Nach Abberufung und Abwicklung seit 1992 freiberuflich in Lehre und Publizistik tätig, ist er gegenwärtig u. a. Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Dr. Volker Caysa (geb. 1957); studierte Philosophie in Leipzig und unterrichtet dort Geschichte der Philosophie und Sportphilosophie. Zu seinen zahlreichen Publikationen gehören

u. a. »Hoffnung kann enttäuscht werden«. Ernst Bloch in Leipzig« (Frankfurt am Main 1992, zusammen mit Petra Caysa, Klaus-Dieter Eichler und Elke Uhl), »Das Seyn entwerfen. Die negative Metaphysik Martin Heideggers« (Frankfurt am Main u. a. 1994), »Praxis – Vernunft – Gemeinsamkeit. Auf der Suche nach einer anderen Vernunft« (Weinheim 1994, zusammen mit Klaus-Dieter Eichler), »Auf der Suche nach dem Citoyen. Konzepte der Citoyenität« (Frankfurt am Main u. a. 1997).

Dr. Jürgen Schlimper (geb. 1956); studierte bis 1981 Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig, war danach am dortigen Lehrstuhl »Geschichte des Journalismus« bzw. »Geschichte journalistischer Kommunikation« beschäftigt und ist seit Abwicklung der Sektion Journalistik im Jahre 1990 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, Abteilung Historische und systematische Kommunikationswissenschaft. 1985 promovierte er zur Geschichte der regionalen KPD-Tagespresse und arbeitete dann zur Geschichte der sozialdemokratischen Presse in der Weimarer Republik zu. Seit 1991 forscht er außerdem zur Geschichte der LVZ von 1894 bis 1990 und zum Journalismus in der DDR. Seit 1994 ist er 3. Landesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes in Sachsen. Zu seiner Veröffentlichungen gehören u. a. »Die proletarische Presse. Chronologischer Leitfaden 1914 bis 1933« (Leipzig 1986), »Die antifaschistische deutsche Publizistik. Chronologischer Leitfaden 1933 bis 1945« (Leipzig 1989), »Die proletarische deutsche Presse. Chronologischer Leitfaden 1914 bis 1918/1919« (Leipzig 1990), »Die proletarische deutsche Presse. Chronologischer Leitfaden 1919 bis 1933« (Leipzig 1990).

Prof. Dr. sc. Nyota Thum, geb. Kirchner (geb. 1925); studierte 1944 und 1946–1949 Romanistik und Slawistik an der Universität Leipzig, wo sie 1955 promovierte und 1973 habilitierte. Anschließend lehrte sie an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1969–1985 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der DAW der DDR. Forschungen zur russischen Literatur des 20. Jahrhunderts (Schwerpunkt zwanziger und dreißiger Jahre). Sie legte zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, Essays und Monographien vor, u. a. »Das erste Jahrzehnt. Literatur und Kulturrevolution in der Sowjetunion« (Berlin 1973, München 1974), »Puschkinbilder. Bulgakow, Tynjanow, Platonow, Sostschenko, Zew-tajewa« (Berlin, Weimar 1984), »Majakowski – Maler und Dichter. Studien zur Werkbiographie 1912–1922« (Tübingen, Basel 1993). In Vorbereitung befindet sich eine Majakowski-Biographie.

Prof. Dr. sc. Willi Beitz (geb. 1930); studierte Slawistik und Germanistik an der Universität Greifswald. Promotion 1957. Habilitation 1964, jeweils mit Arbeiten zur modernen russischen Literatur. Während seiner Tätigkeit als Direktor des Instituts für Slawistik der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg (1962–1969) wurde er 1965 zum Dozenten, 1966 zum Professor für Geschichte der russischen und sowjetischen Literatur berufen. 1969 erfolgte seine Berufung an die Leipziger Universität, wo er ab 1970 Forschungsdirektor und 1974–1976 Direktor der Sektion Kulturwissenschaften und Germanistik war. bis 1992 am Fachbereich Slavische Literaturen tätig. Von 1986 bis 1990 war er Vizepräsident der Internationalen Assoziation der Lehrkräfte für russische Sprache und Literatur (MAPRJaL) und Vorsitzender des zugeordneten Nationalkomitees der DDR. Beitz war federführend an Literaturgeschichten zu Literaturen der UdSSR beteiligt (u. a. Mitherausgeber von Geschichte der russischen Sowjetliteratur. 2 Bde. Berlin 1973 und 1975. – Einführung in die multina-

tionale Sowjetliteratur. Leipzig 1983). Zu seinen vielen Veröffentlichungen, die auf internationale Anerkennung stießen, zählt u. a. »Vom ›Tauwetter‹ zur Perestroika. Russische Literatur zwischen den fünfziger und neunziger Jahren« (Bern u. a. 1994, Mitherausgeber).

Prof. Dr. Gerhard Wappler (geb. 1931); studierte 1949–1951 Musikwissenschaft, Germanistik und Kunstgeschichte an der Universität Leipzig. An der Hochschule für Musik Leipzig setzte er von 1951 bis 1956 sein Studium mit dem Hauptfach Orchesterdirigieren fort. 1956–1964 wirkte er – zunächst als Solorepetitor mit Dirigierverpflichtung, dann als Erster Kapellmeister – am Theater der Stadt Brandenburg. Danach war er bis 1968 Hauptreferent und stellvertretender Abteilungsleiter beim Zentralen Bühnennachweis in Berlin. 1968 erhielt er eine Berufung an die Hochschule für Musik Leipzig, wo er von 1969 bis 1993 pädagogisch tätig war, ab 1969 als Oberassistent, ab 1971 als Dozent, ab 1984 als ordentlicher Professor. Parallel dazu nahm er als Gasthörer an der damaligen Karl-Marx-Universität das Studium der Musikwissenschaft wieder auf. 1976 promovierte er zum »Typ des Prokofjewschen Klavierkonzerts. Seine Stellung und Bedeutung in der Gegenwartsmusik«. 1980 veröffentlichte er die quellenkritische Neuausgabe des Rondos A-Dur für Violine und Streichorchester von Franz Schubert. Nach seinem Ausscheiden aus dem Hochschuldienst 1993 unterstützte er weiterhin durch Privatinitiative Studenten der Musikhochschule sowie Schüler der Musikschule »Otmar Gerster«. In der Öffentlichkeit tritt er nach wie vor mit künstlerischen Programmen als Pianist hervor.

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S.

Texte zur politischen Bildung

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche – eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S.

Texte zur Literatur

Heft 4: »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

Texte zur Philosophie

Heft 3: [Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács]. Leipzig 1997. 80 S.

Diskurs
Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus

Hefi 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S.

Menschen ohne Hoffnung. Materialien des Symposiums vom 18. und 19. Juni 1993 in Berlin. Veranstalter: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. Berlin, Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig, Zeitgenössische Osteuropaforschung e. V. Berlin. Hrsg. von Birgit Schliewenz und Cornelia Domaschke. Leipzig 1996. 192 S.

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.